



# Wortprotokoll

der 8. Sitzung vom 3. Februar 2004

# Resoconto integrale

della seduta n. 8 del 3 febbraio 2004

XIII. Legislatur  
XIII. Legislatura  
2004 - 2008



**SÜDTIROLER LANDTAG**  
**CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA**  
**DI BOLZANO**

**SITZUNG 8. SEDUTA**

**3.2.2004**

**INHALTSVERZEICHNIS**

Aktuelle Fragestunde. . . . .  
. . . . .Seite 3

Beschlussantrag Nr. 3/03 vom 18.11.2003,  
eingebracht vom Abgeordneten Seppi, betref-  
fend die sofortige Einhaltung des geltenden  
Gesetzes über das Aufhängen des Kreuzes in  
den Schulklassen. . . . .  
. . . . .Seite 33

Beschlussantrag Nr. 19/03 vom 18.11.2003,  
eingebracht von den Abgeordneten Leitner  
und Mair, betreffend Einwanderung und inne-  
re Sicherheit – Zuständigkeit ans Land. . . . .  
. . . . .Seite 39

Beschlussantrag Nr. 26/03 vom 18.11.2003,  
eingebracht von den Abgeordneten Leitner  
und Mair, betreffend die verspätete Auszah-  
lung der Abfertigungen von Seiten der Lan-  
desverwaltung. . . . .Seite 47

**INDICE**

Interrogazioni su temi di attualità. . . . .  
. . . . . pag. 3

Mozione n. 3/03 del 18.11.2003, presentata  
dal consigliere Seppi, riguardante: “Deve es-  
sere preteso l’immediato rispetto della legge  
in vigore che prevede la presenza dei crocifis-  
si all’interno di ogni aula scolastica. . . . .  
. . . . . pag. 33

Mozione n. 19/03 del 18.11.2003, presentata  
dai consiglieri Leitner e Mair, riguardante  
l’immigrazione e sicurezza interna – compe-  
tenza alla Provincia. . . . . pag. 39

Mozione n. 26/03 del 18.11.2003, presentata  
dai consiglieri Leitner e Mair, riguardante il  
pagamento ritardato delle indennità di buon-  
uscita da parte dell’amministrazione provin-  
ciale. . . . . pag. 47

Beschlussantrag Nr. 33/03 vom 28.11.2003, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend die Neuabgrenzung und Wildregulierung im Nationalpark. . . . .  
.....Seite 51

Beschlussantrag Nr. 37/03 vom 1.12.2003, eingebracht von den Abgeordneten Klotz und Pöder, betreffend die Verringerung nächtlicher Lichtkonzentrationen – Umstellung von den Quecksilber-Hochdrucklampen auf Natriumdampflampen. . . . .  
.....Seite 56

Beschlussantrag Nr. 42/03 vom 10.12.2003, eingebracht von den Abgeordneten Kury, Heiss und Kusstatscher, betreffend die Errichtung einer Mobilitätszentrale in Bozen. . . . .  
.....Seite 61

Beschlussantrag Nr. 46/03 vom 15.12.2003, eingebracht von den Abgeordneten Kury, Heiss und Kusstatscher, betreffend “Gegen die drohende Zunahme des Schwerverkehrs braucht es dringend Maßnahmen. . . . .  
.....Seite 68

Mozione n. 33/03 del 28.11.2003, presentata dai consiglieri Leitner e Mair, riguardante la definizione dei nuovi confini e controllo della fauna selvatica del Parco nazionale. . . . .  
..... pag. 51

Mozione n. 37/03 del 1.12.2003, presentata dai consiglieri Klotz e Pöder, riguardante la riduzione delle emissioni luminose notturne – sostituzione delle lampade ai vapori di mercurio con lampade ai vapori di sodio. . . . .  
..... pag. 56

Mozione n. 42/03 del 10.12.2003, presentata dai consiglieri Kury, Heiss e Kusstatscher, riguardante la centrale della mobilità. . . . .  
..... pag. 61

Mozione n. 46/03 del 15.12.2003, presentata dai consiglieri Kury, Heiss e Kusstatscher, riguardante “Urgono misure per contrastare l’incombente aumento del traffico pesante. . . . .  
..... pag. 68

VORSITZ DER PRÄSIDENTIN:

**Dr. VERONIKA STIRNER BRANTSCH**

PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE:

ORE 10.07 UHR

*(Namensaufruf – Appello nominale)*

**PRÄSIDENTIN:** Die Sitzung ist eröffnet.

Ich ersuche um die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

**PÜRGSTALLER (Sekretär - SVP):** *(Verliest das Sitzungsprotokoll – legge il processo verbale)*

**PRÄSIDENTIN:** Wenn keine Einwände erhoben werden, so gilt das Protokoll als genehmigt.

Die Mitteilungen gelten im Sinne des im Kollegium der Fraktionsvorsitzenden erzielten Einvernehmens als verlesen und werden dem Wortprotokoll beigelegt.

Für die heutige Sitzung haben sich Landeshauptmann Durnwalder und die Abgeordnete Mair entschuldigt.

Bezüglich des Ablaufs dieser Sitzungssession möchte ich Ihnen Folgendes mitteilen: In der Fraktionssprechersitzung von heute morgen wurde beschlossen, nach der Verlesung des Protokolls mit der Aktuellen Fragestunde zu beginnen und anschließend mit der Behandlung der Beschlussanträge fortzufahren. Am morgigen Sitzungstag werden dann die institutionellen Punkte (Tagesordnungspunkte 2 bis 9) behandelt. Die morgige Sitzung endet dann bereits um 12.00 Uhr, da wir Altlandeshauptmann Dr. Silvius Magnago anlässlich seines 90. Geburtstages in den Landtag eingeladen haben. Ich lade Sie alle herzlich ein, an diesen Feierlichkeiten teilzunehmen.

Punkt 1 der Tagesordnung: **“Aktuelle Fragestunde”**.

Punto 1) dell’ordine del giorno: **“Interrogazioni su temi di attualità”**.

**PRÄSIDENTIN:** Wir beginnen mit der **Anfrage Nr. 1/02/04** vom 15.1.2004, eingebracht von den Abgeordneten Kury, Kusstatscher und Heiss, betreffend Natura 2000 Gebiet Südtirol. Ich ersuche die Abgeordnete Kury um Verlesung der Anfrage.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo verde – Grupa verda):** In diesen Tagen hat die Europäische Kommission offiziell die Ausweisung von 41 Natura 2000 Zonen in Südtirol bekannt gegeben.

- Befindet sich auch die Villanderer Alm unter dem Schutz der Natura 2000 Gebieten?

- Falls nicht, wie ist dies zu erklären, handelt es sich doch um eine besonders ursprüngliche und artenvielfältige Alm, die es vor Eingriffen aller Art zu schützen gilt?

**LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Umwelt und Energie, Natur und Landschaft, Landesagentur für Umwelt und Arbeitsschutz, Wasser und Energie – SVP):** Es stimmt, die Europäische Kommission hat am 22. Dezember des letzten Jahres 41 Gebiete als Natura 2000 in Südtirol offiziell bestätigt und damit ausgewiesen. Unter diesen 41 Natura-2000-Gebieten befindet sich nicht die Villanderer Alm, auch deshalb nicht, weil der entsprechende Vorschlag nicht nach Brüssel geschickt worden ist. Der Grund dafür liegt vor allem in der Tatsache, dass seitens der Grundeigentümer und gleichermaßen auch seitens der Gemeindeverwaltung eine kategorische Ablehnung formuliert worden ist. Sehr wohl entsprechen die Kriterien und die Gegebenheiten für die Ausweisung eines Natura-2000-Gebietes, es ist allerdings sinnvoll und notwendig, dass im Vorfeld einer solchen Ausweisung im Konsenswege versucht wird, eine Abklärung mit den Grundeigentümern und mit der Gemeindeverwaltung herbeizuführen. Wir hoffen, dass man in absehbarer Zeit auch diesen Antrag nachreichen kann.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Herr Landesrat, wir bedauern, dass die Villanderer Alm noch nicht als Natura-2000-Gebiet ausgewiesen worden ist. Ich denke es ist eines der ökologisch wertvollsten Gebiete in Südtirol und man sollte auch der Aufforderung der Europäischen Kommission nachkommen, die ja explizit festgestellt hat, dass die Liste nicht vollständig ist und dass man in Südtirol offensichtlich sehr knausrig bei der Ausweisung von solchen Gebieten ist. Man muss dieser Aufforderung so schnell wie möglich nachkommen und die Villanderer Alm neben anderen Gebieten in Südtirol unter Schutz stellen. Aus gut informierten Kreisen wird mir gerade zugerufen, dass der Gemeinderat in Villanders sich nicht mit der Sache beschäftigt hat und auch nicht dagegen gestimmt hat. Offensichtlich haben Sie andere Informationen als die Gemeinderatsmitglieder! Dass Grundbesitzer dagegen sind, ist eigentlich der Normalfall und wenn man sich vom Protest einiger Grundbesitzer abhalten lässt, dann hätte man in Südtirol wohl überhaupt keine Ausweisung und nicht einmal einen Naturpark. Im Übrigen möchte ich hier noch einmal feststellen, Herr Landesrat Laimer, dass es schon so eine Dramatik an sich hat mit den Natura 2000-Gebieten in Südtirol.

Ich weise darauf hin, dass wir als Grüne Fraktion im letzten Jahr gezwungen waren, drei Fälle nach Brüssel zu melden, wo Natura-2000-Gebiete nicht berücksichtigt wurden. Ich zitiere Pfelders, wo letzthin ja auch der positive Bescheid von Brüssel gekommen ist, dass die Abgrenzung des Skigebietes abzuändern ist. Meine Verwunderung darüber ist, dass die Landesregierung, obwohl sie seit Juli darüber informiert war, dass die Kommission nachprüft, erst am 30. Dezember beschlossen hat, diesen Anträ-

gen nachzukommen und damit jetzt verspätet die Abänderung auch nach Brüssel mitgeteilt hat. Somit wird jetzt dieses Vertragsverletzungsverfahren de facto eingeleitet, obwohl der Tatbestand, um den es geht, momentan gar nicht mehr besteht, und dass nur, weil die Landesregierung äußerst säumig war.

Wichtigere Beispiele, wo Natura-2000-Gebiete verletzt werden, sind zum Beispiel der Klettersteig in Wolkenstein beziehungsweise eine aus unserer Sicht übermäßig dimensionierte Zufahrt zu einer Alm im Naturpark Rieserferner. Dass man innerhalb von einem Jahr dreimal Natura-2000-Gebiete verletzt, die eh schon kärglichst ausgewiesen sind, lässt eigentlich tief schließen, wie es letztlich um den Naturschutz in Südtirol bestellt ist.

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen zur **Anfrage Nr. 2/02/04** vom 15.1.2004, eingebracht von den Abgeordneten Kusstatscher, Kusstatscher und Heiss, betreffend LKW-Kontrollen. Ich ersuche den Abgeordneten Kusstatscher um Verlesung der Anfrage.

**KUSSTATSCHER (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Nördlich des Brenners haben umfassende LKW-Kontrollen eine beeindruckende Vielzahl an Unzulänglichkeiten ans Tageslicht geführt, u.zw. was den Zustand der Fahrzeuge, die Ladesicherheit und Ladekapazität, die Vorschriften für Gefahrgut, aber auch die Einhaltung der Ruhe- und Fahrzeiten für die Fahrzeuglenker, deren Arbeitserlaubnis und soziale Sicherstellung, usw. betrifft.

- Was unternimmt das Land Südtirol in Bezug auf Verkehrssicherheit bei LKW-Transporten?
- Werden Schwertransporte regelmäßig kontrolliert? Auf welchen Strassen?
- Welche der oben erwähnten Kontrollen werden auch bei uns regelmäßig durchgeführt?

**WIDMANN (Landesrat für Personal, Tourismus, Verkehr und Transportwesen, Handel und Dienstleistungen – SVP):** In ihren Vorbemerkungen stellen die Einbringer fest, dass nördlich des Brenners viele Kontrollen bezüglich Nutzlast und Zustand der Fahrzeuge durchgeführt werden. Nun zu ihren Fragen, ob solche Kontrollen auch in Südtirol durchgeführt werden, ob die Transporte regelmäßig kontrolliert werden, auf welchen Straßen und welche Kontrollen durchgeführt werden.

Die Kompetenz der Kontrollen liegt bei den Ordnungskräften der Polizei, der Carabinieri und der Gemeindepolizei, trotzdem ist das Land natürlich interessiert, die Weiterentwicklung der Sicherheit aller Transporte auf der Straße weiter zu prüfen und zu kontrollieren. Insgesamt werden jedes Jahr viele Tausende Schwerfahrzeuge im Kontrollzentrum, im Revisionszentrum des Landes überprüft.

Zu den Straßenkontrollen auf Autobahnen, Staatsstraßen und Landesstraßen: Laut Auskunft der zuständigen Behörden wurden im letzten Jahr 3895 Kontrollen

durchgeführt. Es wurden 1188 Überschreitungen festgestellt, davon hauptsächlich die Übertretung der zugelassenen Nutzlast, der Zustand des Fahrzeuges aber genauso Unregelmäßigkeiten in der Beachtung der Fahrzeiten und der entsprechenden Pausen. Insgesamt wurden im Amt für Verkehrswesen und Gütertransporte im Jahre 2003 über 350 Protokolle ausgestellt, die Übertretungen der in Südtirol niedergelassenen Betriebe mit Schwerfahrzeugen betreffen. Dabei wurden Disziplinarmaßnahmen zu Lasten der betroffenen Unternehmer, die im Berufsverzeichnis der gewerblichen Güterkraftverkehrsunternehmen eingetragen sind, in die Wege geleitet.

**KUSSTATSCHER (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):**

Der Hinweis des zuständigen Landesrates, dass die Polizei zuständig ist, ist uns klar. Es ist auch in Nordtirol so, dass die Gendarmerie bei diesen KFZ-Sicherheitszentrum mitarbeitet. Es gibt dort die Kooperation von Land, Straßenbetreiber plus Gendarmerie und genau darum geht es, dass dies mit einer bestimmten Systematik durchgeführt wird. Wenn man weiß, dass diese Prüfstation in Kundl bewirkt hat, dass man Jahr für Jahr 5 – 10 % weniger illegale oder gesetzesübertretende Fahrzeuge antrifft, heißt das einfach auch, dass die Frächter diese Station in Kundl scheuen und sie somit einfach lieber über den Fernpaß oder über das Oberinntal fahren. Deshalb war meine Frage an Sie, Herr Landesrat, ob nicht auch auf unserer Autobahn systematisch bei den vielen LKW-Durchfahrten strenger nachgeschaut, strenger geprüft werden könnte. Denn wenn man feststellt, wie viele in Kundl trotz allem noch illegale oder straffällige Fahrer beziehungsweise fahruntüchtige LKWs angetroffen werden, rechtfertigt dies auf jeden Fall unser Argument, zu dem wir auch einen Beschlussantrag eingereicht haben, wo wir verlangen, dass sofort hinter dem Brenner zwischen Landesverwaltung, Autobahn und Polizeikräften so etwas Ähnliches eingeführt wird. Die Zone hinter dem Brenner ist ideal, weil wir dort genug Areal haben und auch wegen des Gefälles zwischen Brenner und Sterzing. Ein besonderes Argument auch deshalb, weil durch die zurückgehende rollende Landstraße, weil in Österreich ja die Ökopunkte gefallen sind, immer mehr solche Schwarzfahrer beziehungsweise illegale, gefährliche Fahrer unterwegs sind, die in der Zwischenzeit gezwungen worden waren auf die rollende Landstraße zu gehen. Die kommen nun am Brenner herunter und rollen durch unser Land. Deshalb wäre eine Prüfstation auf unserer Seite notwendig. Denn das, was bis heute getan wird, ist unser Erachtens zu wenig! Dankeschön.

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen zur **Anfrage Nr. 3/02/04** vom 26.1.2004, eingebracht von der Abgeordneten Klotz, betreffend die Eignungsprüfung für Reisebüroleiter. Ich ersuche die Abgeordnete Klotz um Verlesung der Anfrage.

**KLOTZ (UFS):** Es gibt Unmut über die kürzlich durchgeführte Prüfung: Nur wer 7/10 der 45 Fragen betreffend allgemeine Geografie, Wirtschaftskunde und Verwaltung richtig beantwortete, wurde zur mündlichen zugelassen. Die Fragen aus Wirtschaft seien Steuer- oder Wirtschaftsberatern, nicht jedoch Reisebüroleitern angemessen gewesen, und auch die aus Geografie irreführend, Beispiele: „Welche Region würden Sie einem Kunden im Februar nicht empfehlen?“ Es gibt kein Land oder Zielgebiet, welches man so nicht empfehlen kann! Oder: „Ein Kunde interessiert sich von Vulkane – in welches der folgenden Länder würden Sie ihn nicht schicken: Island, Japan, Ecuador oder Vietnam? In jeder dieser Länder gibt es Vulkane. Zeichnet es einen Reisebüroleiter nur dann aus, wenn er stets die klassischen Reiseziele vermitteln?“

- Die Eu-Richtlinie 295 von Feber 1991 wurde falsch zitiert (Febr. 2004), weshalb sie ungültig sein und sich auf das Gesamturteil nicht auswirken dürfte! Ist dem so?
- Warum gab es den Vorbereitungskurs nur für italienische, nicht jedoch für deutsche Kandidaten?
- Erachtet der Landesrat solche Prüfungen für korrekt, wenn ja, weshalb, wenn nein, was wird er tun?

**WIDMANN (Landesrat für Personal, Tourismus, Verkehr und Transportwesen, Handel und Dienstleistungen – SVP):** Gemäß Landesgesetz Nr. 3 vom 20.2.2002 wurde mit Dekret des Direktors der Abteilung Tourismus, Handel und Dienstleistung Nr. 127 am 10.9.2003 diese Prüfung ausgeschrieben. Es war allen Kandidatinnen und Kandidaten bekannt, dass von 45 Fragen, welche in Quizform gestellt wurden und den Bereich Verwaltung und Organisation eines Reisebüros, Produkt und Preisgestaltung, Tourismusgesetzgebung und Tourismusgeographie betrafen, 31 richtig beantwortet werden mussten. Es brauchte, wie gesagt 31 richtige Antworten, um dann zur mündlichen Prüfung zugelassen zu werden.

Der wirtschaftliche und steuerrechtliche Aspekt ist Gegenstand der Prüfung und es wurden Grundsatzfragen gestellt, die auf den operativen Bereich eines Reisebüroleiters zugeschnitten sind. Diese stellen natürlich ein unerlässliches Basiswissen für die Führung eines Reisebüros dar.

Zu den Fragen, die Sie angesprochen haben: Die Frage hat genau gelautet: Wo würden Sie im Februar einen Badeurlaub abhalten? Bei einem Badeurlaub geht man davon aus, dass man gerne mit schönem Wetter baden möchte und von den vier Destinationen, die im Quiz genannt waren, hat eine im Februar die Regenzeit und zwar Bali. Deshalb glaube ich, dass ein Reiseleiter, wenn man nicht ausdrücklich sagt, dass man zum Badeurlaub in eine Gegend fahren möchte, in der gerade Regenzeit herrscht, natürlich die anderen Destinationen nennen muss. Deshalb geht aus diesem Quiz eine ganz klare Antwort hervor. Genauso gehört es zur Ausbildung und zum Wissen eines Reisebüroleiters, die so genannte physische Geographie zu kennen und zwar in dem Sinne, dass es wohl in allen vier Gebieten Vulkane gibt, aber nur in einem, nämlich in



Vietnam, keine aktiven Vulkane. Die Frage ist in diese Richtung gegangen, nämlich: ‚Wo gibt es Vulkane?‘ Natürlich gibt es in allen diesen Gebieten Vulkane, aber nur in einem Gebiet nicht aktive Vulkane und in den anderen drei Gebieten sehr wohl aktive Vulkane. Ich glaube, auch das gehört zum Basiswissen eines Reisebüroleiters.

Die Vorbereitungskurse sind gesetzlich nicht vorgesehen – daher fakultativ – und wurden entgegenkommenderweise von der Abteilung Tourismus organisiert. Die italienische Abteilung Berufsbildung verfügt über eine eigene Landesschule für Handel, Tourismus und Dienstleistungen, die deutsche Abteilung hat zwar keine solche Struktur, nicht desto trotz wurde aber mit externen Weiterbildungsinstituten verhandelt, jedoch leider ohne Erfolg. Diesbezüglich wird aber noch weiterverhandelt.

**KLOTZ (UFS):** Ich muss ehrlich sagen, ich finde solche Fragen, also die Frage nach den aktiven beziehungsweise nicht aktiven Vulkanen, für einen Reisebüroleiter nicht angemessen. Ich denke ganz einfach, dass hier die Kommission die Fragen etwas anders gestalten sollte. Außerdem wurde auch besonders bemängelt, dass die Fragen aus Wirtschaft eher für Steuer- und Wirtschaftsberater gedacht gewesen seien. Dafür hat aber ja jedes Reisebüro auch einen eigenen Steuerberater. Darauf ist der Landesrat gar nicht eingegangen.

Zur Antwort betreffend den Vorbereitungskurs für die deutschen Kandidaten: Das ist natürlich schon ein großer Mangel, wenn auf der einen Seite die Italiener die Möglichkeit dazu haben, nicht? Es handelt sich ja hier um kleinere Strukturen, die italienischen Berufsschulen sind auch insgesamt nicht in dem Ausmaß vorhanden wie eben die deutschen Berufsschulen, immerhin handelt es sich um doppelt so viel Berufsschüler und infolgedessen wahrscheinlich auf um doppelt so viel Berufsschullehrer als in der italienischen Berufsschule. Das also ist meines Erachtens schon eine ganz große Unzulänglichkeit! Der Landesrat hat zwar angekündigt, er würde sich dafür einsetzen, damit das bei der nächsten Prüfung nicht mehr zutrifft, aber insgesamt, Herr Landesrat, wird diese Prüfung als nicht angemessen bezeichnet, auch deswegen, weil man heute ja mittels der Kommunikation sehr, sehr vieles dem Kunden anbieten kann. Man muss nicht alles selbst wissen, ein Reisebüroleiter muss nicht wissen, in welchem Gebiet es zwar Vulkane gibt, die aber nicht aktiv sind. Ich kann mir kaum vorstellen, dass ein Reisebüroleiter nicht in der Lage ist so etwas auch aus dem Internet oder eben aus den verschiedenen telematischen Angeboten heraus zu lesen. Infolgedessen würde ich Sie, Herr Landesrat, ersuchen, sich darum zu kümmern, sich damit zu befassen, dass diese Prüfung einem Reisebüroleiter angemessen ist, der ja nicht Steuerberater und in dem Sinne auch kein Vulkanexperte sein muss. Danke.

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen zur **Anfrage Nr. 4/02/04** vom 26.1.2004, eingebracht von den Abgeordneten Kury, Kusstatscher, Heiss betreffend “Dr. Peter Ortner – nicht mehr Mitglied der erweiterten Landesraumordnungskommission”. Ich ersuche die Abgeordnete Kury um Verlesung der Anfrage.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Die Entrüstung darüber, dass Dr. Peter Ortner von der Landesregierung nicht mehr als Mitglied der erweiterten Landesraumordnungskommission ernannt worden ist, ist groß. Peter Ortner hat seine Aufgabe mit großer Kompetenz und Gewissenhaftigkeit erfüllt. Die Vermutung, dass die Landesregierung eine kritische Stimme zum Schweigen bringen will, liegt nahe.

- Wie lautet die offizielle Begründung für diese Entscheidung?
- Glaubt die Landesregierung nicht auch, dass eine Überbesetzung von Beratungsorganen mit Landesbeamten (die immerhin weisungsgebunden sind) nicht dazu beiträgt, die Unabhängigkeit und Neutralität der Entscheidungen zu gewährleisten?

**LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Umwelt und Energie, Natur und Landschaft, Landesagentur für Umwelt und Arbeitsschutz, Wasser und Energie – SVP):** Die Landesregierung muss zu Beginn einer neuen Legislaturperiode die Kommissionen neu bestellen. Es sind die beratenden Organe, die Gutachten für die Landesregierung abgeben. Die Landesregierung hat gestern in ihrer Sitzung die Landesraumordnungskommission neu bestellt und auch die sogenannte erweiterte Landesraumorganisation, wo Peter Ortner der dafür entsprechende Vertreter war. Nun ist es so, dass es unsere Absicht ist, auch in Ausführung und Umsetzung des Landschaftsleitbildes die beiden Planungsinstrumente, sprich Bauleitplan und Landschaftsplan, besser zusammenzuführen beziehungsweise zu verknüpfen. Das ist sicherlich wichtig, auch für eine transparentere Handhabung dieser beiden Planungsinstrumente. Dem Leitbild folgend ist es wohl nachvollziehbar, dass man dieses Ziel auch in der personellen Besetzung der Kommissionen wiederfinden soll, und ich habe deshalb an der Stelle von Peter Ortner den Direktor der Abteilung von Natur und Landschaft namhaft gemacht. Dr. Roland Dellagiacomma leitet seit vielen Jahren diese Abteilung und ist damit der höchste Beamte im Bereich des Landschaftsschutzes und der Landschaftsplanung. Aus dieser Überlegung heraus glaube ich schon, dass er eine sehr gute technische Besetzung dieser Kommission darstellt. Es ist kein Votum gegen Peter Ortner, der in seiner Qualifikation auch nicht in Frage gestellt werden soll, sondern es ist eine Entscheidung für eine Zusammenführung der Gremien, für eine unabhängige Kommission, denn die Beamten sind nicht, wie Sie sagen, weisungsgebunden, sondern arbeiten in diesen Gremien ohne Weisung der Vorgesetzten. Sonst wären solche Kommissionen auch überflüssig. Deshalb glaube ich schon, dass es eine richtige Entscheidung war, in diesem Bereich diese beiden Planungsinstrumente zusammenzuführen. Abgesehen davon glaube ich, dass diese Polemik doch etwas überzogen ist. Es ist auch nicht so, dass hier das Ehrenamt geknechtet würde, denn es erfolgt ja auch die Vergütung; es werden immerhin im Jahr pro Person an die 25.000 Euro ausbezahlt. Deshalb kann von Ehrenamtlichkeit hier wohl nicht die Rede sein. Ich erkenne die Arbeit der

Verbände und der Vereine an und respektiere auch die kritische Haltung in diesem Bereich, die es in einer Demokratie auch braucht. Ich glaube aber es ist wohl recht und billig, wenn in einer technischen Kommission die technischen Gremien, sprich der Direktor der Abteilung für Natur und Landschaft, vertreten sind, damit diese beiden bereits erwähnten Planungsinstrumente besser zusammengeführt werden können.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Ich kann Ihre Ausführungen nicht nachvollziehen. Zum Ersten: Sie sagen, die Beamten seien nicht weisungsgebunden. Das mag so sein, allerdings ist unbestritten, dass sie einer Schweigepflicht unterliegen. Das heißt, dass Gespräche über Projekte der Öffentlichkeit nicht kundgetan werden dürfen und somit im Vorfeld von Entscheidungen, die im Interesse des Naturschutzes nicht akzeptabel sind, keine Informationen an die Öffentlichkeit getragen werden können.

Zum Zweiten, Herr Landesrat Laimer, ich kenne inzwischen diese Platte von der besseren Zusammenführung zwischen Bauleitplangestaltung und Landschaftsplanung. Ein sehr lobenswertes Ansinnen, nur de facto völlig vernachlässigt. Ich zitiere den Fall Eppan, wo der Bauleitplan ganz einfach als ausschlaggebend dahin genommen wurde, gegen jegliche Vinkulierung, die im Landschaftsplan vorhanden war. Insofern scheint mir das Ansinnen zwar lobenswert, aber de facto wird täglich dagegen verstoßen. Ich kann auch nicht nachvollziehen, dass hier plötzlich unterschiedliche Kompetenzen zwischen Peter Ortner und Dellagiacomma vorliegen sollen. Peter Ortner ist Biologe, aber kein Mensch wird ihm Kompetenz im Landschaftsschutz und Naturschutz abstreiten wollen, und Dellagiacomma ist Leiter der Abteilung Natur- und Landschaftsschutz. Die Kompetenzen sind identisch! Beide sind Fachleute im Bereich Natur- und Landschaftsschutz und deshalb sollte man den einen nicht gegen den anderen ausspielen.

Ein Letztes noch, und da würde ich den Landesrat Laimer wirklich ersuchen, mir sein geneigtes Ohr zu leihen. Sie zitieren das Leitbild, das Landschaftsleitbild, ein wunderschönes Leitbild, nur ist es nicht umgesetzt. Es ist ein wunderschönes Marketinginstrument für Sie, Herr Landesrat Laimer, aber völlig irrelevant für die Menschen in diesem Land, weil sie es nicht einklagen können, weil es nicht in eine gesetzliche Form umgeschrieben worden ist. Dieses Leitbild sagt das, was Sie sagen, nämlich dass Natur- und Landschaftsplanung und Bauleitplanung besser zusammenzuführen sind und schlägt auch die Lösung vor, nämlich eine adäquate personelle Besetzung der Kommission – Frau Präsidentin einen Satz noch -, d.h. die Landesraumordnungskommission in ihrer Zusammensetzung so zu gestalten, dass Landschaftsplanung und Bauleitplangestaltung paritätisch vertreten sind. Das sagt Ihr Landschaftsleitbild, und das wäre auch umzusetzen gewesen. Somit hätten in der Landesraumordnungskommission sehr wohl Landschaftsplaner und Landschaftsschützer noch und nöcher Platz.

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen zur **Anfrage Nr. 5/02/04** vom 26.1.2004, eingebracht von den Abgeordneten Kury, Kusstatscher, Heiss, betreffend "Bausündererlass auch in Südtirol?" Ich ersuche die Abgeordnete Kury um Verlesung der Anfrage.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** In ganz Italien war die Entrüstung über den von der Berlusconi-Regierung vorangetriebenen Bausünder-Erlass groß. Einige Regionen haben diese Bestimmung beim Verfassungsgericht angefochten. Auch die Parlamentarier aus Südtirol übten herbe Kritik, allerdings hat das Land – entgegen seiner sonstigen Gepflogenheit – keine Anfechtung vorgenommen. Und jetzt will die Landesregierung sogar – mit fadenscheinigen Begründungen – in Südtirol einen Bausündererlass durchziehen, zu dem es keinerlei Anlass gibt.

- Warum hat das Land Südtirol den Berlusconi-Bausünder-Erlass nicht vor dem Verfassungsgericht angefochten?
- Beabsichtigt die Landesregierung einen Südtiroler Bausünder-Erlass im Finanzgesetzentwurf einzufügen?
- Ist sie sich bewusst, dass damit die „Schlaumeier“ belohnt und die Rechtschaffenen bestraft werden und dass dafür in der Bevölkerung keinerlei Verständnis herrscht?

**LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Umwelt und Energie, Natur und Landschaft, Landesagentur für Umwelt und Arbeitsschutz, Wasser und Energie – SVP):** Es stimmt, dass einige Regionen den staatlichen Bausünder-Erlass vor dem Verfassungsgerichtshof angefochten haben. Damit läuft das Verfahren. Wir als Land Südtirol haben aufgrund unserer Zuständigkeiten die Möglichkeit, wenn wir es wollen, mit einfachem Gesetz zu sagen, dass dieser bei uns nicht zur Anwendung kommt. Daher erübrigt sich auch eine entsprechende Anfechtung vor dem Verfassungsgerichtshof.

Wir haben in der Landesregierung einen Entwurf für das Finanzgesetz formuliert, der nun zur Stellungnahme an den Rat der Gemeinden geschickt wird. Sollten die Gemeinden es für sinnvoll erachten, diesen sogenannten "Mini-Condono" zu übernehmen, dann soll er hier im Landtag auch behandelt werden, wenn der Rat der Gemeinden jedoch der Meinung ist, dass dieser "Condono" nicht zur Anwendung kommen soll, wird der Passus gestrichen werden. Gestern wurde in der Landesregierung einstimmig beschlossen, ihn aus dem Finanzgesetz herauszunehmen. Es ist nicht geplant und auch nicht Absicht der Landesregierung, Schlaumeier zu belohnen. Es geht darum, dass wir versuchen, Lösungen für kleine Bauvergehen, bei denen oft langwierige Prozesse laufen, anzubieten, damit ein Schlussstrich hinter alten, langen, aufwendigen Streitereien gezogen werden kann. Sehr viele Bürgermeister haben ein Interesse daran, solche Fälle abschließen zu können. Wie gesagt, es geht nicht um

große Vergehen, die wir ablehnen und welche auch geahndet werden sollen, sondern es geht um kleine Vergehen, die nach Bezahlung eines Bußgeldes und der Baukostenabgabe bis zu einem Ausmaß von 52 Kubikmeter saniert werden könnten, mit Ausnahme von Neubauten, Bauten im alpinen Grün und im Waldgebiet.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Ich stelle mit Genugtuung fest, dass Landesrat Laimer jetzt, im Gegensatz zu vorhergehenden Aussagen, meiner Interpretation zustimmt, nämlich, dass es keinen Grund gegeben hat, diesen Bausünder-Erlass in Südtirol zu gewähren. Man muss diese Bestimmung absolut nicht übernehmen, wie man vorher argumentiert hatte. Es hätte genügt, nichts zu tun oder ein Gesetz zu erlassen, welches besagt, dass man den Bausünder-Erlass nicht übernimmt. Soweit sind wir uns nun einig. Folglich kann man Berlusconi nicht mehr die Schuld in die Schuhe schieben, dass man auch in Südtirol etwas tun muss.

Nun ist man plötzlich auf die Gemeinden gestoßen, um aus dem Schlamassel wieder herauszukommen. Offensichtlich war der Unmut in der Gesellschaft über diesen Bausünder-Erlass groß und man hat gesagt, dass ihn die Gemeinden wollten. Daraufhin ist aus allen Berichterstattungen klar hervorgegangen, dass sich diesbezüglich keine Gemeinde positiv geäußert hat. Jetzt hat man den Köder ausgeworfen, indem man sagt: "Liebe Gemeinden, ihr bekommt Geld! Jetzt werdet ihr wohl zugreifen." Wenn sie somit nicht zugreifen würden, könnten sie danach auch nicht mehr um 7.00 Uhr Früh um Geld lottern, so wie es die Art der Landesregierung ist, mit den Bürgermeistern umzugehen.

Ich freue mich tatsächlich, dass man die Gemeinden plötzlich so wichtig nimmt. Ich kenne viele Äußerungen von Seiten der Gemeinden, dass man noch nie so entgegenkommend gewesen sei wie diesmal, wenn sie irgendetwas in ihrer Autonomie umsetzen wollten.

Zum Schluss verweise ich noch darauf, dass Landesrat Laimer anscheinend nur Kleinigkeiten sanieren möchte. Ich möchte nur präzisieren, welches diese Kleinigkeiten sind. Aus meinem Gesichtspunkt ist die Situation folgendermaßen: Erstens sind wir prinzipiell gegen den Bausünder-Erlass, weil es sich um eine Einladung handelt, Gesetze nicht einzuhalten. Somit könnte man stets auf einen neuen Bausünder-Erlass hoffen. Zweitens ist auch die Interpretation, was klein ist, unterschiedlich, zumal, wenn zum Beispiel eine 70-Quadratmeter-Wohnung entgegen den gesetzlichen Bestimmungen gebaut wird, dies für die Landesregierung eine Kleinigkeit ist. Damit könnte jemand natürlich ein riesiges Geschäft machen! Er zahlt circa 70 Millionen Lire aufgrund des Bausünder-Erlasses und verkauft die Wohnung dann um 700 Millionen Lire. Das sind die Geschäfte, die man mit diesem Bausünder-Erlass abwickeln kann!

Ich möchte hier noch einmal den massiven Protest der Grünen Fraktion gegen diese Art, bestimmte Menschen im Lande zu schützen, zum Ausdruck bringen. Bei

anderen Sachen ist man wieder fürchterlich kleinlich. Wir werden versuchen, diesen Artikel bei der Behandlung des Finanzgesetzes zu Fall zu bringen.

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen zur **Anfrage Nr. 6/02/04** vom 26.1.2004, eingebracht von der Abgeordneten Klotz, betreffend "ärztlicher Befund nur in italienischer Sprache verfasst". Ich ersuche die Abgeordnete Klotz um Verlesung der Anfrage.

**KLOTZ (UFS):** Aus beiliegender Kopie ist zu sehen, dass ein Mammografie-Befund des Sanitätsbetriebes Meran an eine Patientin mit eindeutig deutschen Familien- und Vornamen nur in italienischer Sprache verfasst und ausgehändigt worden ist. Der Hausarzt der Patientin ist Dr. Oswald Maschler in Lana, zur Untersuchung geschickt wurde die Patientin vom Frauenarzt Dr. Heidegger in Meran. Beide Ärzte sind also auch deutscher Sprache. Auch aus anderen Sanitätsbetrieben kommen Meldungen, dass deutschen Südtiroler Patienten Befunde nur in Italienisch ausgehändigt werden.

- Was gedenkt der Landesrat zu tun, um zu das Recht auf Gebrauch der deutschen Muttersprache im angesprochenen Bereich ein für allemal zu gewährleisten?
- Warum kommt es gerade im Sanitätsbereich immer wieder zu solchen Missachtungen dieses elementaren Rechtes?

**THEINER (Landesrat für Gesundheit und Sozialwesen – SVP):** Es steht außer Diskussion, dass laut Autonomiestatut die deutsche Sprache der amtlichen Staatssprache gleichgestellt ist. Im aufgezeigten Fall ist es leider zu einem offensichtlichen Missverständnis gekommen, was sowohl vom Sanitätsbetrieb Meran, als auch vom Gesundheitsassessorat bedauert wird. Ich muss jedoch betonen, dass jeder Patient die Möglichkeit hat, sich umgehend beim zuständigen Sanitätsbetrieb zu melden und einen in seiner Muttersprache ausgestellten Befundbericht zu verlangen. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass wir vom Gesundheitsassessorat allen dankbar sind, die auf Probleme dieser Art hinweisen. Wir werden streng über die Einhaltung der Bestimmungen in Bezug auf den Sprachgebrauch wachen, die nötigen Maßnahmen ergreifen und auf die Zweisprachigkeit in den Sanitätsbetrieben pochen. Ich erinnere daran, dass der Südtiroler Landtag bereits im Falle des Sanitätsbetriebes Bruneck im Jahre 2001 einen Beschlussantrag angenommen hat, der konkrete Schritte für das bessere Respektieren der Zweisprachigkeitspflicht in den Krankenhäusern Bruneck und Innichen vorsah. Im Falle Meran werden wir sicherlich mit dem Verantwortlichen eine klärende Aussprache führen, damit in Zukunft ähnliche Vorfälle vermieden werden können. In der Abteilung Gesundheitswesen wurde zudem eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Sanitätsbetriebe und des Assessorates eingerichtet, die sich mit der

Materie beschäftigt und regelmäßig trifft, um bei der Vorbereitung und Verwaltung von Befunden und Krankengeschichten eine Verbesserung anzustreben.

Als zuständiger Landesrat möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass ich die Generaldirektoren der Sanitätsbetriebe dahingehend auffordern werde, die Bediensteten in den Krankenhausstrukturen und Verwaltungssitzen über ihre Pflichten zu unterrichten, welche sie im Umgang mit den Bürgern und Patienten haben.

**KLOTZ (UFS):** Ich hoffe und erwarte mir eigentlich, dass auch in diesem Bereich das Sprichwort wahr wird: "Neue Besen kehren besser". Hier hat sich ein Schlendrian breit gemacht, der, Herr Landesrat, einfach nicht mehr erträglich ist und nicht mehr verharmlost werden darf. Sie haben das auch nicht getan. Aber in der Vergangenheit wurde diesem Bereich viel zu wenig Beachtung geschenkt. Ich werde Ihnen noch andere Beispiele bringen, die ich in letzter Zeit zu Ohren bekommen habe. Ich bitte Sie ein besonderes Augenmerk auf die Vordrucke zu legen. Manchmal bekommen Patienten Befunde nur in italienischer Sprache. Die Ärzte in den Sanitätsbetrieben entschuldigen sich zwar dafür, dass sie nur noch italienische Vordrucke haben, wenn beispielsweise bei einer Gastroskopie nur italienische Begriffe stehen. Darauf sollten Sie ein wachsames Auge haben. Eine der gängigsten Ausreden ist, dass sie nur noch italienische Formulare haben. Hier geht es wirklich um ein elementares Recht. Dass das hier als Missverständnis abgetan wird, kann ich nicht nachvollziehen. Ich würde nichts sagen, wenn die Patientin Rossi hieße. Aber wenn es sich um die Patientin Winkler handelt, welche dann noch einen deutschen Vornamen trägt, ist dies nicht verständlich. Dr. Heidegger hat einen deutschen Familiennamen. Dr. Oswald Maschler in Lana wird ebenso als deutscher Arzt bekannt sein. Wo hier das Missverständnis liegt, ist mir nicht klar. Bisher hat uns Landesrat Saurer immer gesagt, dass sich die Befunde nach der Muttersprache des einweisenden Arztes richten. Da könnte es schon da und dort Probleme geben. Ich bin aber der Meinung, dass der Befund in der Sprache des Patienten verfasst werden muss. Ich ersuche Sie deshalb, sich dies mit Ihrem neuen Verwaltungsstab zu durchdenken. Ich reiche Ihnen dann weitere Unterlagen nach.

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen zur Anfrage Nr. 7/02/04 vom 26.1.2004, eingebracht vom Abgeordneten Pürgstaller, betreffend Maßnahmen im Bereich Wohnen. Nachdem Landesrat Cigolla, der die Anfrage beantworten müsste, im Augenblick nicht im Saal ist, deshalb fahren wir mit der Behandlung der nächsten Anfragen fort.

Die Anfrage Nr. 8/02/04 wurde von Landeshauptmann Durnwalder bereits schriftlich beantwortet, da er heute entschuldigt abwesend ist.

Herr Abgeordneter Pürgstaller, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

**PÜRSTALLER (SVP):** Ich bin verwundert, dass diesbezüglich Landeshauptmann Durnwalder der Ansprechpartner sein soll. Das Thema "Armut in Südtirol" müsste doch eindeutig in den Bereich Sanität und Soziales fallen. Deshalb müsste hier schon der zuständige Landesrat eine Antwort geben können. Ich erwarte mir somit eine Antwort vom zuständigen Landesrat, weil die Zuständigkeit meines Erachtens eindeutig im Bereich Sanität und Soziales liegt.

**PRÄSIDENTIN:** Landesrat Theiner hat die Unterlagen nicht erhalten. Somit müssen Sie bis zum nächsten Mal warten, Abgeordneter Pürgstaller.

Wir kommen zur **Anfrage Nr. 9/02/04** vom 26.1.2004, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend "E 66 – Projekt noch lebendig?" Ich ersuche den Abgeordneten Leitner um Verlesung der Anfrage.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Die jüngst erfolgten Vorstellungsgespräche über die geplante Straße im unteren Pustertal haben auch den Verdacht genährt, dass durch den Ausbau ein Schritt zu einer später möglichen Verwirklichung der Schnellstraße E 66 gesetzt wird. Tatsache ist, dass diese Straße in europäischen und zwischenstaatlichen Verkehrsprogrammen immer noch aufscheint.

Nachdem der Südtiroler Landtag einen Antrag auf Streichung aus diesen Verzeichnissen abgelehnt hat, die Landesregierung jedoch versprochen hat, sich für eine Streichung einzusetzen, soll Folgendes in Erfahrung gebracht werden:

- Wie gedenkt die Landesregierung die Ängste der Pustertaler Bevölkerung zu zerstreuen, dass die geplante Straße nicht einen ersten Schritt zu Verwirklichung der Schnellstraße E 66 darstellt?
- Welche konkreten Initiativen hat die Landesregierung unternommen, um eine Streichung der E 66 aus den europäischen und zwischenstaatlichen Verkehrsprogrammen zu erreichen?
- Gibt es diesbezüglich einen Schriftverkehr und wurde der Inhalt je veröffentlicht?

**MUSSNER (Landesrat für ladinische Kultur und ladinische Schule sowie Bauten – SVP):** Die Zusage Italiens gegenüber dem europäischen Abkommen hinsichtlich der großen Straßen mit internationalem Charakter und mit viel Verkehr stammt aus dem Jahr 1976 und wurde damals in Genf unterschrieben. Damals waren die Straßenbedürfnisse selbstverständlich ganz andere wie heute, und deshalb sind sie mit dem heutigen Verkehr nicht zu vergleichen. Mit dem Gesetz Nr. 922 aus dem Jahre 1998 wurde das Abkommen dann auch auf nationaler Ebene genehmigt. Damals war die Pustertaler Straße auch in militärischer Hinsicht von großer Wichtigkeit und auch von internationalem Interesse, weil angenommen wurde, dass eine eventuelle Invasion Italiens auf dieser Straße erfolgen hätte können. Jetzt ist die Situation selbstverständlich ganz anders. Im Gesetz Nr. 922 wurden die Strecken bzw. Kreuzungen



klar definiert, wobei aber zu sagen ist, dass dieselben heute nicht mehr mit jenen der Staatsstraße Nr. 49 übereinstimmen.

Was die Fragen anbelangt, so ist Folgendes zu sagen: Die Staatsstraße Nr. 49 wird auch nach Durchführung der Instandhaltungsarbeiten, welche in den kommenden Jahren gemacht werden müssen, nie die Eigenschaft einer Schnellstraße haben. Ich verstehe nicht, warum das immer wieder gesagt ist. Im Pustertal ist es ja nicht möglich, eine Schnellstraße zu errichten. Das wäre auch technisch nicht machbar. Wir haben nie von einer Schnellstraße gesprochen! Die Bevölkerung des Pustertales wird dauernd über den Stand der Dinge informiert und die Informationsabende, die wir in letzter Zeit gemacht haben, beweisen das. Wir haben auch vor, mit der Bezirksgemeinschaft und mit den Grundbesitzern zu reden, um dieses Projekt zu erläutern. Auch mit den einzelnen Gemeinden werden wir reden. In die Gespräche sollen auch jene miteingebunden werden, die sich gegen dieses Projekt aussprechen. Wir möchten die Pustertaler Straße ausbauen und zukunftsorientierte Umfahrungen vorsehen, damit die Sicherheit der Bevölkerung garantiert werden kann. Dadurch soll sich auch die Lebensqualität in den Wohnzonen verbessern.

Ich kann auch bestätigen, dass die Landesregierung bzw. das Assessorat für Urbanistik beim Ministerium für öffentliche Arbeiten in Rom interveniert hat, damit diese Straße aus dem E-66-Verzeichnis gestrichen wird.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Wenn die Landesregierung der Meinung ist, dass die Pustertaler Straße aus dem E-66-Verzeichnis gestrichen werden soll, dann muss sie endlich handeln. Ich habe ja gefragt, ob es diesbezüglich einen Schriftverkehr gibt. Ich habe diese Streichung bereits vor Jahren verlangt, aber der Landtag hat einen entsprechenden Beschlussantrag abgelehnt, und zwar mit dem Verweis, dass man sowieso etwas tun werde. Das Übliche also! Ich stelle fest, dass nichts Diesbezügliches geschehen ist. Solange dieses Verzeichnis existiert und die Pustertaler Straße Teil desselben ist, wird man der Bevölkerung des Pustertales die Angst vor einer Schnellstraße nicht nehmen können. Herr Landesrat, Sie haben sich ja sehr bemüht, die Bevölkerung zu informieren – ich war bei dem Informationsabend in Vintl -, und ich nehme es auch zur Kenntnis, wenn Sie sagen, dass die SS 49 nicht zu einer Schnellstraße ausgebaut werden wird, aber Sie können diesen Ausbau nicht als Instandhaltungsarbeiten deklarieren. Ich möchte mit aller Deutlichkeit sagen, dass Handlungsbedarf besteht, denn die Straßenverhältnisse im Pustertal müssen verbessert werden. Der Ideenwettbewerb war ausschließlich auf die Straße ausgerichtet, was bedeutet, dass man kein Verkehrskonzept für das Pustertal gemacht hat. Auch die Gemeinden wurden zu wenig miteingebunden. Wenn ich mir die Gemeinde Vintl anschau, so gibt es dort sehr viele unterschiedliche Vorstellungen. Es kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein, wenn dann im Dorf Streitigkeiten entstehen. In Vintl müsste sogar ein Haus verlegt werden, wenn diese Trasse durchgezogen würde. Auf jeden Fall geht es hier um sehr viel. Meiner

Meinung nach sollte man diese Gesprächsbasis dazu nutzen, um in den Gemeinden eine Diskussion zuzulassen.

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen jetzt zur **Anfrage Nr. 7/02/04** vom 26.01.2004, eingebracht vom Abgeordneten Pürgstaller, betreffend Maßnahmen im Bereich Wohnen. Ich ersuche den Einbringer um Verlesung der Anfrage.

**PÜRGSTALLER (SVP):** In den verschiedenen Armutsberichten wird das Problem Wohnen in Südtirol als eine der Hauptursachen für die neue Armut genannt. Um zielgerichtet dagegen steuern zu können, ist eine Verbesserung der Datenerfassung und der Datenanalyse notwendig.

Hierzu folgende Fragen:

- Beabsichtigt die Landesregierung eine systematische Erfassung der Mietpreis- und Nebenkostenentwicklung in Form eines Mietspiegels für das ganze Land?
- Über welches Datenmaterial verfügt die Landesregierung betreffend Schwarzmieten, das in Südtirol ein weit verbreitetes System inzwischen geworden ist?
- Welche Aussagen über Wohnungsarmut liefern die letzten Volkszählungsdaten?

**CIGOLLA (Assessore al patrimonio, cultura italiana, edilizia abitativa – Il Centro – Margherita):** Es stimmt, dass die Mietpreise immer höher werden. Die Landesregierung möchte in diesem Sinne einiges überarbeiten. Man könnte sagen, dass, sobald der ISTAT-Index steigt, ein entsprechender Betrag vom Mietzins kalkuliert werden kann. Das ist aber nur ein Beispiel, aber die Landesregierung muss in diesem Sinne eine Entscheidung treffen. Darüber wird in nächster Zeit gesprochen werden, und in einem Monat könnte bereits eine Entscheidung getroffen werden.

Zu Ihrer Frage in Bezug auf Datenmaterial für Schwarzmieten Folgendes. Jeder Abgeordnete, der von Schwarzmieten weiß, ist dazu verpflichtet und auch dazu gezwungen, bei der zuständigen Behörde eine entsprechende Anzeige zu machen. Wenn mir Informationen in Bezug auf Schwarzmieten bekannt wären, dann müsste ich das natürlich melden. Man kann schon sagen, dass Schwarzmieten eine Realität sind, aber den Beweis dafür muss man natürlich auch liefern. Wer kann das schon? Das sind Fragen, die wir uns stellen müssen, aber wenn man von Schwarzmieten spricht, dann muss man schon auch genaue Informationen haben.

Zur Wohnungsarmut. Ich habe Dr. Aberer diesbezüglich befragt, aber er hat mir noch keine Antwort gegeben. Die diesbezüglichen Daten der letzten Volkszählung sind noch nicht bekannt gegeben worden, aber wir können ja einmal gemeinsam mit dem Amtsdirektor darüber sprechen, Herr Abgeordneter Pürgstaller.

**PÜRSTALLER (SVP):** Aus den derzeit vorliegenden Armutsberichten geht hervor, dass die Wohnungssituation zu einem sehr großen Prozentsatz auf die Armut der betroffenen Menschen einwirkt. Demzufolge glaube ich, dass wir etwas dagegen tun müssen. Ich erkenne an, dass jetzt die gesamten Programme des Wohnbauinstitutes umgesetzt werden, aber wir wissen, dass es zu wenig Mietwohnungen gibt. Wir wissen, dass die Verträge im Bereich der konventionierten Wohnungen laut Landesmietzins abgeschlossen werden, aber auf der anderen Seite ist es auch so – das wage ich zu behaupten -, dass zu 90 Prozent Schwarzgeld bezahlt werden muss, da man ansonsten nicht zu einer solchen Mietwohnung kommen würde. Dem muss entgegengewirkt werden! Es ist zu wenig, wenn man hergeht und sagt: “Zeigt diese Leute an!” Ich bin der Meinung, dass die Landesregierung andere Maßnahmen setzen müsste. Mietverträge sollten im Beisein des Wohnbauinstitutes abgeschlossen werden. Ich bin auch der Auffassung, dass die Situation nicht in allen Landesteilen gleich ist, und deshalb müssen wir hier schon eine differenzierte Antwort geben.

Herr Landesrat, ich bedanke mich für Ihre Einladung, gemeinsam mit Ihnen mit Dr. Aberer in Bezug auf die Daten der Volkszählung zu sprechen. Dann bekommen wir nämlich einen Schlüssel und wissen, wo und wie wir ansetzen müssen. Wenn wir die Armut bekämpfen wollen, dann müssen wir auch konkrete Antworten liefern und nicht nur darüber reden.

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen zur **Anfrage Nr. 10/02/04** vom 26.1.2004, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend Haushalt – Einsparungen. Ich ersuche den Einbringer um Verlesung der Anfrage.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Angesichts der Tatsache, dass der Umfang des Landeshaushaltes geringer wird, macht sich auch die Landesregierung Gedanken über mögliche Sparmaßnahmen. Es ist bemerkenswert, dass einige Landesräte sogar in der Wortwahl allseits bekannte und immer wieder vorgebrachte Vorschläge der Opposition übernehmen. So sollen in Zukunft keine Luxusbauten im öffentlichen Bereich mehr errichtet werden, sondern eine einfachere Bauweise gewählt werden. Das Gießkannenprinzip im Förderungsdschungel soll der Vergangenheit angehören, die Folgekosten bei öffentlichen Bauten sollen berücksichtigt werden usw.

Aufhorchen ließ der Vorschlag der Landesregierung, mit der Auslagerung öffentlicher Dienste an private Firmen für zusätzliche Einnahmen zu sorgen.

Dazu werden an die Landesregierung folgende Fragen gerichtet:

- Welche öffentlichen Dienste plant die Landesregierung an private Firmen auszulagern und welche zusätzlichen Einnahmen werden dadurch erwartet?
- Wurde darüber bereits mit den Sozialpartnern verhandelt?
- Wenn ja, welches ist der aktuelle Stand?

**FRICK (Landesrat für Handwerk, Finanzen und Haushalt – SVP):** Ich danke dem Kollegen Leitner für die Unterstützung eines gemeinsamen und schwierigen Weges, der deshalb obligat wird, weil die Einnahmen für das Land Südtirol in den nächsten Jahren geringer werden. Deshalb müssen wir versuchen, die Dienstleistungen, die für die Bevölkerung erbracht werden, aufrechtzuerhalten, wobei aber nicht mehr Geld ausgegeben werden sollte. Jede Bemühung, die in Richtung Einsparung und Effizienzsteigerung geht, wird eine gemeinsame sein müssen. Ich hoffe, dass diese Bemühung im Laufe dieser Legislatur nicht in die Mangel des üblichen Spiels zwischen Mehrheit und Opposition gerät. Deshalb haben wir auch die Aufgabe, die Dienstleistungen, die das Land für sich selber oder für den Bürger erbringt, durch eine Auslagerung billiger zu machen, allerdings nicht auf Kosten der Qualität. Wir sind zur Zeit dabei, dies zu studieren. Es gibt momentan keinen Sektor, für den bereits eine Auslagerung beschlossen worden wäre. Ich würde mich darüber freuen, wenn es auch Deinerseits, lieber Kollege Leitner, konkrete Vorschläge geben würde. Wir haben grundsätzlich gesagt, dass wir bereit sind, die entsprechenden Studien und Überprüfungen durchzuführen. Vorderhand machen wir natürlich mit dem Weg weiter, der bereits vor einigen Jahren beschritten worden ist. In diesem Zusammenhang erwähne ich das Beispiel der Reinigungsdienste. Es ist richtig, dass diese Dienstleistung früher über öffentliche Beamten erbracht wurde. Dann wurde aber gesagt, dass man eine Auslagerung machen möchte. Diesbezüglich hat es eine konsequente Umsetzung und natürlich auch entsprechende Verhandlungen mit den Sozialpartnern gegeben. Ein weiteres Beispiel ist die Wildbachverbauung. Es hat ja die Frage gegeben, ob die Wildbachverbauung nicht auch die Möglichkeit haben sollte, entsprechende Maschinen und Strukturen selber anzukaufen. Grundsätzlich hat man sich dagegen ausgesprochen, da diese Dienste im Wesentlichen durch eine Weitervergabe an private Unternehmer erbracht werden sollten. In diese Richtung werden wir uns weiter bemühen. Sollten auch von Eurer Seite Vorschläge kommen, dann werden wir diese natürlich bewerten. Ich muss aber noch sagen, dass, wenngleich ich dafür bin, dass Änderungen vorgenommen werden, nicht die Gleichung gelten kann, dass es umso besser ist, je mehr ausgelagert wird. Es gibt sicher auch eine Reihe von Bereichen – Wasser, Energie usw. -, die auch in Zukunft weiterhin von der öffentlichen Hand kontrolliert werden sollten.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich habe eine Pressemitteilung aufgegriffen, aus der hervorgeht, dass sich die Landesregierung von der Auslagerung bestimmter Dienste zusätzliche Einnahmen erwartet. Deshalb habe ich nachgefragt, ob es hier schon ein Konzept gibt. Es gibt also die grundsätzliche Absicht, aber noch keine konkreten Vorschläge. Es ist auch mein Interesse, dass bei so einer Maßnahme die Sozialpartner von vornherein miteinbezogen werden, um eine gemeinsame und einvernehmliche Lösung zu finden. Wir sind gerne bereit, unseren Teil dazu beizutragen, und im Rahmen der Haushaltsdebatte werden wir dazu sicher die Möglichkeit haben.

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen zur **Anfrage Nr. 11/02/04** vom 26.1.2004, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend die Brixner Westumfahrung – Verkehrsstudie Vahrn. Ich ersuche den Einbringer um Verlesung der Anfrage.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Eine von der Gemeinde Vahrn in Auftrag gegebene Studie belegt, dass der hausgemachte Verkehr in Vahrn überwiegt. Damit erscheint jenes Argument ins Wanken zu geraten, dass mit der Westumfahrung die Brennerstraße merklich entlastet würde.

Laut der besagten Studie, die vom Ingenieurbüro Bergmeister erstellt wurde, fahren sehr viele Autos aus Vahrn und den umliegenden Orten nur bis Brixen. Es ist somit fraglich, ob diese Autos auf die zu errichtende Westumfahrung ausweichen würden, es sei denn sie benützen die umstrittene Mittelausfahrt als alternative Zufahrt in die Stadt.

Angesichts der in der gegenständlichen Verkehrsstudie aufgetretenen neuen Umstände, wird die Landesregierung um die Beantwortung folgender Fragen ersucht.

- Kennt die Landesregierung die gegenständliche Verkehrsstudie bzw. wurde sie von der Gemeinde Vahrn darüber unterrichtet?
- Was sagt die Landesregierung zur Forderung, die Notwendigkeit der Verwirklichung des Vahrner Teilstückes vor Baubeginn noch einmal zu überprüfen?
- Hält die Landesregierung am umstrittenen Bau des Mittelanschlusses nach wie vor fest oder kann sie sich zwecks rascherer Verwirklichung zumindest eine Aussetzung vorstellen?
- Wann soll mit dem Bau der Westumfahrung definitiv begonnen werden und welche Bauzeit ist realistisch?

**MUSSNER (Landesrat für ladinische Kultur und ladinische Schule sowie Bauten – SVP):** Die Landesregierung kennt diese Studie nicht und sie wurde auch nicht von der Gemeinde Vahrn darüber informiert. Wir sind auch nicht der Meinung, dass eine Prüfung derselben notwendig wäre. Es ist bereits genügend geprüft und überprüft worden! Das Teilstück der Vahrner Umfahrung ist notwendig und soll deshalb auch realisiert werden. Es muss endlich eine Entscheidung getroffen werden, denn wenn immer nur Studien erstellt werden, dann wird nie etwas Konkretes geschehen.

Die Landesregierung hält außerdem auch am Bau des Mittelanschlusses von Brixen fest. Aus finanziellen Überlegungen wird dieses Bauvorhaben aber in funktionelle Baulose aufgeteilt. Dabei wird auch zu überprüfen sein, im Zuge welches Bauloses der Mittelanschluss dann auch realisiert wird.

Auf Ihre Frage in Bezug auf den Baubeginn kann ich Ihnen sagen, dass Anfang 2005 mit den Arbeiten begonnen werden wird. Aufgrund der Aufteilung des Bauvorhabens in funktionelle Baublöcke ist es jetzt aber noch nicht möglich zu sagen, welche Bauzeit notwendig sein wird.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich danke Ihnen für diese Antworten, aber ich denke, dass die Bevölkerung damit etwas überfordert ist. Ich habe die Westumfahrung von Brixen immer massiv unterstützt, weil die derzeitige Situation nicht tragbar ist. Allerdings wundert es mich, wie man im Bereich der öffentlichen Verwaltungen vorgeht. Die Gemeinde Vahrn gibt eine Studie in Auftrag und informiert die Landesregierung überhaupt nicht darüber. Was nützt dann so eine Studie? Diese Frage werde ich an den Vahrner Gemeinderat weiterleiten, denn das wundert mich wirklich. Ich habe die Studie nicht näher studiert, sondern kenne sie nur auszugsweise, nachdem sie im Vahrner Gemeindeblatt vorgestellt worden ist. Dass ein wesentlicher Teil des Verkehrs aus den umliegenden Orten in Vahrn endet, hat schon für Aufregung gesorgt. Ähnlich verwundert waren wir bei der Vorstellung des Projektes bezüglich der Pustertaler Straße, denn auch dort haben wir erfahren, dass mehr als 50 Prozent des Verkehrs, der von der Autobahn kommt, in St. Lorenzen endet, weil er ins Gadertal mündet. Solche Details waren vorher nicht unbedingt bekannt. Wenn dem so ist, wie es aus der Studie der Gemeinde Vahrn hervorgeht, dann sollte man sich schon überlegen, ob es diese teure Umfahrungsstraße wirklich braucht. Könnte nicht die Autobahn als Umfahrung mitbenutzt werden? Es hat ja auch den Vorschlag gegeben, dass die Leute, die in die Brixner Industriezone fahren müssen, ohne weiteres über Klausen fahren könnten. Daraufhin hat es natürlich einen Aufstand der Klausner gegeben, obwohl Klausen als Ortschaft davon nicht direkt betroffen wäre. Wenn man eine andere Lösung will, dann muss man auch dazu bereit sein nachzugeben. Wie gesagt, mich wundert es, dass die Gemeinde Vahrn die Landesregierung von dieser Studie nicht in Kenntnis gesetzt hat, aber genauere Auskünfte darüber werde ich mir bei der Gemeinde direkt holen.

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen zur **Anfrage Nr. 12/02/04** vom 26.1.2004, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend Zweitwohnungen – Konventionierte Wohnungen – Ausverkauf der Heimat. Ich ersuche den Einbringer um Verlesung der Anfrage.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Seit Jahren macht vor allem in touristisch entwickelten Gemeinden ein Schlagwort die Runde: Ausverkauf der Heimat. Seit einigen Tagen sorgt vor allem der Handel mit Zweitwohnungen (z.B. Innichen) wieder einmal für Aufregung. Alle Versuche, die Situation in den Griff zu bekommen und den Zweitwohnungstourismus einzuschränken, sind bisher gescheitert. Wir Freiheitlichen haben mit Anfragen und Anträgen im Landtag und in einzelnen Gemeinden mehrmals

versucht, das Problem an der Wurzel anzugehen. Das Land verwies dabei auf die Zuständigkeit der Gemeinden, die Gemeinden beklagen die mangelnde Kontrollmöglichkeit.

Es ist eine Tatsache, dass immer öfter auch konventionierte Wohnungen freigestellt werden und dass sogar geförderte Büroeinheiten (Tremonti-Gesetz) als Ferienwohnungen genutzt werden. Laut Kataster sind sie als Büroeinheiten eingetragen, in Wirklichkeit dienen sie als Feriendomizil und verfügen über eine komplette Wohnungsausstattung.

An die Landesregierung werden folgende Fragen gerichtet:

- Wie viele konventionierte Wohnungen gibt es derzeit in Südtirol?
- Wie viele Kontrollen bezüglich korrekter Nutzung von konventionierten Wohnungen wurden im vergangenen Jahr durchgeführt und wie viele Zweckentfremdungen wurden festgestellt?
- Wie viele Büroeinheiten wurden in Südtirol im vergangenen Jahr aufgrund des sogenannten „Tremonti-Gesetz“ errichtet?
- Wer kontrolliert die reguläre Nutzung dieser Büroeinheiten?

**CIGOLLA (Assessore al patrimonio, cultura italiana, edilizia abitativa – Il Centro – Margherita):** In riferimento alle prime due domande, ho già chiesto agli uffici competenti che mi diano le somme per quanto riguarda le abitazioni convenzionate che sono state oggetto di trattazione da parte dei nostri uffici. Questi dati li fornirò per iscritto agli interroganti.

Per quanto riguarda la terza domanda, cioè i “Büroeinheiten”, posso dire che solo ogni comune possiede questi dati. Ho chiesto all’ufficio statistica se sono in possesso di questi dati e mi hanno detto di no. Dovrei chiedere ai 116 comuni che mi forniscano questi dati, ma forse, se siete collegati in Internet, è più facile fare la domanda direttamente a tutti i comuni. Lo stesso discorso vale per la quarta domanda, che riguarda il controllo e l’utilizzo di questi “Büroeinheiten”. Non sapendo dove territorialmente esistono questi beni, non sappiamo dove andare a fare i controlli.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich nehme zur Kenntnis, dass auf die ersten zwei Fragen schriftlich geantwortet wird. Das ist in Ordnung. Ich werde über den Gemeindenverband zu den Fragen 3 und 4 ein Ansuchen stellen die gewünschten Daten zu erhalten. Dies müsste schon möglich sein. Ich werde es versuchen.

Ich stelle ein weiteres Mal fest, dass, wenn es um konventionierte Wohnungen, Zweitwohnungen und dergleichen Dinge mehr geht, niemand so recht zuständig ist. Man wird im Kreis herumgeleitet. Die Gemeinden verweisen auf die mangelnden Kontrollmöglichkeiten, was nicht stimmt. Ich habe beispielsweise einen Schriftverkehr mit der Gemeinde Innichen, an die wir Anfragen gestellt haben. Der Bürgermeister verweist darauf, dass er in der Hochsaison nicht in die Häuser gehen kann, um zu kontrollieren. Wenn die Leute nicht da sind, braucht er keine Kontrolle zu machen! Man

muss schon hingehen, wenn die Leute da sind. Das ist doch logisch! Ich stelle fest, dass es sich um eine heiße Kartoffel handelt. Man dreht sie außen herum, ohne dass irgendjemand diese Kartoffel wirklich in die Hand nimmt. Man könnte sich ja Handschuhe anziehen! Wir haben Gesetze. Man kann sich gesetzlich absichern. Bei den konventionierten Wohnungen sind öffentliche Gelder im Spiel. Landesbeiträge werden vergeben. Somit muss eine Kontrollmöglichkeit seitens des Landes bestehen. Für die baurechtlichen Aspekte ist die Gemeinde zuständig. Aber es ist mir nicht bekannt, dass irgendwelche Kontrollen durchgeführt würden. Die Bürgermeister verweisen darauf, dass sie nicht bei jeder Angelegenheit die Finanzwache schicken können. Wenn ein Phänomen Überhand nimmt, wie es derzeit in den touristischen Hochburgen, vor allem im oberen Pustertal, der Fall ist, dann ist einfach Handlungsbedarf gegeben.

Die Zeit ist sehr kurz, um zu einem derartigen Thema Stellung zu nehmen. In der Gemeinde Olang gibt es neben einem anderen Fall, der allen bekannt ist, den Sachverhalt, dass man Stadelkubatur von Baufirmen kauft und konventionierte Wohnungen errichtet. Deshalb erhält man die Objekte billig. Man weiß jedoch schon von vorne herein, dass keine Nachfrage besteht. Dann stellen diejenigen, die vorher verbilligten Grund bzw. Kubatur erhalten haben, den Antrag, die Konventionierung zu streichen, weil keine Nachfrage vorhanden ist. Nachzulesen ist dies im Gemeindeblatt der Gemeinde Olang. Die Gemeinde gibt somit zuerst die Genehmigung, eine solche Kubatur anzukaufen, und stellt, nachdem sich niemand meldet, fest, dass sich diese Herren von der Zweckbindung freikaufen und die Wohnung verkaufen können. Sie machen damit das doppelte Geschäft. Diese Dinge muss man kontrollieren, Herr Landesrat!

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen zur **Anfrage Nr. 13/02/04** vom 28.1.2004, eingebracht von den Abgeordneten Kury, Heiss und Kusstatscher, betreffend Ensembleschutz lässt immer noch auf sich warten. Ich ersuche Frau Kury um Verlesung der Anfrage.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Lange hat sich die Landesregierung Zeit gelassen, die Durchführungsbestimmung zum Artikel 25 des Raumordnungsgesetzes (Ensembleschutz) zu erlassen. Der endlich am 4.11.03 gefasste Beschluss der Landesregierung ist daraufhin von Rechnungshof angefochten worden, weil der im Beschluss vorgesehene Sachverständigenbeirat nicht im Gesetz vorgesehen ist. Damit erweist sich noch einmal, wie schädlich die Ablehnung des von den Grünen eingebrachten Gesetzentwurfes bzw. der Änderungsanträge war, die die Einsetzung dieses Beirates per Gesetz vorgesehen haben.

Fragen:

- Wird die Landesregierung das oben aufgezeigte juristische Manko so schnell wie möglich beheben?



- Wenn ja, gedenkt die Landesregierung die Landesmitglieder des Beirates so schnell wie möglich zu ernennen, damit die Gemeinden den per Gesetz vorgeschriebenen Termin Juli 2004(!) der Ausweisung der Ensembles überhaupt einhalten können?
- Wie steht es mit der notwendigen finanziellen Förderung (Artikel 26) für Mehrkosten bei Erhalt und Renovierung von ensemblesgeschützten Gebäuden?

**LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Umwelt und Energie, Natur und Landschaft, Landesagentur für Umwelt und Arbeitsschutz, Wasser und Energie – SVP):** Es stimmt zwar nicht, dass der Rechnungshof den Beschluss angefochten hat - er hat ihn nicht registriert -, aber es kommt auf das gleiche hinaus, da er nicht umgesetzt werden kann. Für die geplante Kommission fehlt die gesetzliche Grundlage. Aufgrund dieser Tatsache gibt es im Finanzgesetz einen entsprechenden Artikel, der die Einsetzung dieser Kommission vorsieht. Sobald dieses Gesetz in Kraft ist, werden wir umgehend die Mitglieder dieser Kommission ernennen.

Was die Förderung betrifft, darf ich Ihnen mitteilen, dass die Projektförderung nicht in den Bereich der Raumordnung, sondern, wenn schon, in den Bereich der Kultur fällt. Allerdings habe ich im Finanz- bzw. Haushaltsgesetz einige finanzielle Mittel für die Beratung und Informationen in diesem Bereich vorgesehen. Die Gemeinden erhalten beträchtliche finanzielle Mittel, um im Bereich des Ensembleschutzes eine bessere Beratungs- und Informationstätigkeit ausüben zu können.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Nachdem die ganze Geschichte nach einem Schildbürgerstreich aussieht, möchte ich Folgendes sagen: Ich versuche bereits seit Jahren, etwas im Bereich des Ensembleschutzes durchzubringen. Bei der Behandlung des Nachtragshaushaltes vor 2 Jahren hat sich der Ausschuss der Gemeinde Meran einstimmig für einen Abänderungsantrag ausgesprochen, der im Grunde genommen den von mir eingebrachten Gesetzentwurf zusammengefasst hat. Ich hatte ja die Einsetzung eines Beirates und die Ausweisung der Ensembles nach einheitlichen Kriterien gefordert. Den Antrag hat man, wie üblich, in den Papierkorb geworfen, aber von den Gemeinden hat man gefordert, endlich tätig zu werden. Im Raumordnungsgesetz wurde dann die Bestimmung verankert, dass die Gemeinden innerhalb von zwei Jahren nach Verabschiedung des Gesetzes die Ensembles auszuweisen haben. Das war im Juli 2002, was bedeutet, dass die Gemeinden bis Juli 2004 die Ensembles ausweisen müssen. Genannte Bestimmung besagt aber auch, dass dies nach der Vorgabe der Landesregierung erfolgen muss, aber die Landesregierung hat sich bis November des letzten Jahres Zeit gelassen, um diese Durchführungsbestimmung zu erlassen. Wie es der Teufel will, ist diese Bestimmung jetzt vom Rechnungshof nicht registriert worden. Landesrat Laimer hat gesagt, dass der Entwurf zum Finanzgesetz einen diesbezüglichen Passus enthält, was bedeutet, dass der Beirat nach

Verabschiedung des Haushaltes eingesetzt werden muss. Die Gemeinde sollen dann innerhalb eines Monats "hupfen" und die Ensembles ausweisen. Hier hat die Landesregierung etwas versäumt, was nicht mehr gutzumachen ist. Die Gemeinden sind inzwischen tätig geworden und haben Listen erstellt, die aber nicht genehmigt werden können. Die Abrisswut in unserem Land wird also noch weiter steigen.

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen zur **Anfrage Nr. 14/02/04** vom 28.1.2004, eingebracht von den Abgeordneten Mair und Leitner, betreffend Pendler aus dem Eisacktal. Ich ersuche den Abgeordneten Leitner um Verlesung der Anfragen.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Immer mehr Pendler aus dem Eisacktal, die mit den öffentlichen Verkehrsmitteln nach Bozen zur Arbeit fahren, beschweren sich über die unzumutbaren Zustände, die bei der Bahn teilweise vorherrschen. Vor den Wahlen wurde den Pendlern versprochen, dass der gesamte Zug- und Busverkehr vom Eisacktal nach Bozen verbessert werde. Noch während des Wahlkampfes wurden auch tatsächlich drei zusätzliche Waggons an die Züge angehängt, sodass die Fahrgäste einen Sitzplatz hatten. Nun sind die Wahlen geschlagen und die Pendler sind wieder den einstigen prekären Zuständen ausgeliefert. An manchen Tagen standen zwar mehr Waggons zur Verfügung, diese blieben aber unbeheizt. An den meisten Tagen fehlen aber notwendige Waggons und viele Fahrgäste finden keinen Sitzplatz. Besonders schlimm ist jeweils der Montagmorgen, da dann auch die Heimschüler unterwegs sind.

Angesichts dieser Tatsachen ergehen an die Landesregierung folgende Fragen:

- Warum ist es nicht möglich, zu den Stoßzeiten täglich die Anzahl der Waggons zu erhöhen, damit alle Fahrgäste einen Sitzplatz erhalten?
- Wie kann es sein, dass im Winter nicht geheizte Waggons im Einsatz sind?
- Welche Maßnahmen wird die Landesregierung zur Verbesserung der Situation treffen?

**WIDMANN (Landesrat für Personal, Tourismus, Verkehr und Transportwesen, Handel und Dienstleistungen – SVP):** Mit dem Inkrafttreten des neuen Zugfahrplanes am 14.12.2003 sind die folgenden neuen Verbindungen dazugekommen: ein Zug an Werktagen (Samstag ausgenommen) um 7.32 Uhr von Franzensfeste nach Bozen; ein Zug täglich um 21.50 Uhr von Franzensfeste nach Neumarkt; ein Zug an Werktagen (Samstag ausgenommen) um 10.10 Uhr von Bozen nach Franzensfeste; ein Zug an Werktagen um 22.00 Uhr von Bozen nach Franzensfeste (dieser Zug kommt von Verona). Außerdem wird in den nächsten Wochen ein zusätzlicher Waggon an den Zug, der um 7.32 Uhr von Franzensfeste abfährt, angehängt. Mit dieser Maßnahme wird die Sitzplatzzahl von 306 auf 388 angehoben.

Das Assessorat für Transportwesen hat in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft Trenitalia im Zeitraum vom 23.9.2003 bis 4.10.2003 eine Überprüfung der Zugverbindungen auf der Strecke Brenner – Verona in der Zeitspanne von 6.00 Uhr bis 19.00 Uhr durchgeführt. Diese Überprüfung bezieht sich insbesondere auf die Aspekte Pünktlichkeit und Sauberkeit sowie auf die Anzahl der Fahrgäste. Daraufhin hat das Assessorat bei der Gesellschaft Trenitalia in der Person des zuständigen Verantwortlichen Ing. Barbic interveniert und sich über den Missstand im lokalen Zugverkehr beschwert. Das gilt vor allem in Bezug auf die zahlreichen Streichungen und Verspätungen der Zugverbindungen, auf die unzureichenden Busersatzdienste, auf die mangelnde Information, auf die Sauberkeit und Instandhaltung der Waggons. Außerdem wird morgen ein nächstes Treffen folgen, bei welchem die Gesellschaft Trenitalia dazu angehalten werden wird, diese Missstände zu beseitigen.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich hoffe, dass diese Ankündigungen auch wirklich umgesetzt werden. Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder Klagen im Interesse der Bürger vorbringen müssen, und ich muss sagen, dass sich Ihr Vorgänger, Landesrat Di Puppo, immer sehr ungut aus der Affäre gestohlen hat. Wir wurden hier auch regelrecht belogen! Es wurden uns Antworten gegeben, die einer Überprüfung nicht standgehalten haben.

Wenn ab nächster Woche ein zusätzlicher Waggon an den Zug, der um 7.32 Uhr in Franzensfeste abfährt, angehängt wird, dann ist das zu begrüßen, denn derzeit ist es wirklich so, dass viele Fahrgäste stehen müssen. Wenn dann auch noch die Heizung ausfällt ... Kollege Kusstatscher, ein prominenter Pendler, musste sogar in dem Waggon Platz nehmen, der eigentlich für den Transport der Fahrräder gedacht ist. Dabei hat er sich auch noch eine Erkältung zugezogen, weil die Heizung nicht funktioniert hat. Vielleicht kommt er demnächst zu Ihnen, um sich darüber zu beschweren. Stellen Sie in Zukunft Tee und Schärpen zur Verfügung, damit die Pendler halbwegs gesund zu Ihrem Arbeitsplatz gelangen können! Spaß beiseite, das ist eine ernste Angelegenheit. Trotz vieler Interventionen hat es bisher nichts oder nur kurzfristig etwas gebracht. Mit Inkrafttreten des neuen Fahrplanes sind zwar zusätzliche Züge zum Einsatz bekommen, aber auch hier fehlt es, neben der Pünktlichkeit und Sauberkeit, auch an der Abstimmung. Was nützt es, einen Zug bis Franzensfeste zu führen, wenn es danach keinen Anschluss ins Pustertal gibt. Auch das sollte bedacht werden. Die Südtiroler Bevölkerung erwartet sich von Ihnen, Herr Landesrat Widmann, dass Sie diese Dinge ernster nehmen, als sie bisher genommen worden sind.

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen zur **Anfrage Nr. 15/02/04** vom 28.1.2004, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend den Skifahrerkodex. Ich ersuche den Einbringer um Verlesung der Anfrage.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** In Italien ist seit kurzem der sogenannte Skifahrerkodex in Kraft. Die Landesregierung hat erklärt, die Zuständigkeit wahrnehmen zu wollen und die staatlichen Verhaltensregeln für Südtirol nicht einfach zu übernehmen.

Studenten der Fakultät für Design an der Universität Bozen haben zum gegenständlichen Thema in visueller Form Schautafeln, Filme und Kampagnen entwickelt, die zum Nachdenken anregen sollen. Das Projekt fußt auf der Überzeugung, dass es mit Verboten nicht getan ist und dass vor allem jugendliche Skifahrer und Snowboarder vor allem emotional anzusprechen und zu sensibilisieren seien. Mit einer jugendfreundlichen „Computer- und Graffitisprache“ soll das Verhalten der risikobereiten Wintersportler verändert werden.

Dazu werden an die Landesregierung folgende Fragen gerichtet:

- Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Sicherheit auf den Skipisten zu verbessern?
- Ist die Landesregierung nicht auch der Meinung, dass Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen sinnvoller sind als Verbote oder Benimm-dich-Regeln?
- Kennt die Landesregierung die Arbeit der oben genannten Uni-Studenten und kann sie sich vorstellen, eine oder mehrere Ideen zu übernehmen und in die Tat umzusetzen?

**WIDMANN (Landesrat für Personal, Tourismus, Verkehr und Transportwesen, Handel und Dienstleistungen – SVP):** Das Problem ist sicher in dem Sinn ein aktuelles und akutes Problem, dass zum Beispiel in Österreich durch die neuen Skitechniken und auch durch die sehr gut präparierten Pisten mehr Tote durch Zusammenstöße auf den Skipisten zu beklagen sind, als durch Lawinen. Bei uns sind die Statistiken etwas vorteilhafter, aber die Problematik ist uns bewusst.

Aus diesem Grund zur Frage „Was ist geplant?“ Es sind geplant, was zum Teil schon sehr stark gemacht wird, die Weiterführung der Sicherheitskampagne zu den Themen Rücksicht und Vorsicht, wie zum Beispiel die landesweite Plakataktion in drei Sprachen, und Informationskampagnen mit Schwerpunkt Skihelm, jeweils begleitet von diversen Kommunikationsmaßnahmen in den verschiedenen Medien, sowie die Verabschiedung der Novellierung des Skipistengesetzes. Wir haben sechs Monate Zeit um dieses zu verabschieden und wir werden in nächster Zeit mit den zuständigen Verbänden, Vereinigungen und Fachleuten zusammenkommen, um danach die Novellierung des Gesetzes anzugehen.

Zur zweiten Frage, ja. Aus diesem Grund wurden seit Jahren solche Sensibilisierungskampagnen durchgeführt und werden mit Sicherheit in Zukunft noch verstärkt fortgesetzt. Es ist ja nicht so, dass nichts gemacht wurde, sondern es sind schon Kampagnen im Gange; diese werden fortgeführt und ausgebaut.

Zur dritten Frage. Wir kennen dieses Projekt der jungen Leute, nicht nur, dass man die Arbeiten kennt, sondern die Wahl dieser Lerninhalte wurde sogar im Einvernehmen und mit Unterstützung der Landesregierung festgelegt. Es ist daher auch durchaus vorstellbar, dass man mehrere Ideen dieser Lerninhalte in die Tat umsetzt und diesbezüglich ist auch schon einiges in Zukunft geplant.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich bin mit der Antwort zufrieden.

**PRÄSIDENTIN:** Die Anfragen Nr. 16/02/04, 17/02/04 und 18/02/4 wurden vom Landeshauptmann bereits schriftlich beantwortet, da er, wie bereits gesagt, heute entschuldigt abwesend ist.

Wir kommen also zur **Anfrage Nr. 19/02/04** vom 29.1.2004, eingebracht von den Abgeordneten Kusstatscher, Heiss und Kury, betreffend das Fahrsicherheitszentrum Frizzi-Au. Ich ersuche den Abgeordneten Kusstatscher um Verlesung der Anfrage.

**KUSSTATSCHER (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Laut Medienberichten soll das in der Nähe Innsbrucks liegende, vom ÖAMTC geführte Fahrsicherheitszentrum trotz moderner und effizienter Einrichtung ein Viertel der veranschlagten Kosten für das neue Fahrsicherheitszentrum in der Frizzi Au gekostet haben. Die große und kostspielige Anlage in Pfatten hat bereits beträchtlichen Unmut bei den Anrainern und Umweltschützern hervorgerufen.

Fragen:

- Ursprünglich (s. Beschluss LR 3897 vom 5.11.2001) sollte das Bauvorhaben ca. 18 Millionen Euro kosten; wie viel Geld wird das Ausführungsprojekt nun endgültig kosten, nachdem die geplante Gokart-Bahn um die Hälfte reduziert werden muss (s. UVP-Genehmigung Beschluss LR 2250 vom 30.6.2003)?
- Wie viel kostet der Bau der Gokart- und Motocross-Bahn? Wie legitimiert die Landesregierung den Einsatz von öffentlichen Mitteln für den Bau von Motorsportanlagen?
- Welches Kompensations-Abkommen wurde mit der IVECO getroffen, die laut Bericht "Land Südtirol" Dezember 2002 "auf einem Teil des Areals in Eigenregie ein Testzentrum für ihre in Bozen hergestellten Fahrzeuge errichten und betreiben wird"?
- Von wem wird das Fahrsicherheitszentrum und die Gokart- und Motocrossbahn geführt werden?
- Steht dieses sehr großzügige Projekt nicht in Widerspruch zu den vielen feierlichen Erklärungen der letzten Zeit, dass bei öffentlichen Arbeiten sparsamer und bescheidener geplant und gebaut werden soll?

**WIDMANN (Landesrat für Personal, Tourismus, Verkehr und Transportwesen, Handel und Dienstleistungen – SVP):** Dieses Fahrtechnikzentrum ist im Vergleich zu Österreich, im Vergleich zu dem von Ihnen angesprochenen in Innsbruck, 3-mal so groß, aber nicht weil es 3-mal so groß als Fahrtechnikzentrum gebaut wird, sondern weil in Österreich Fahrtechnikzentren im Wesentlichen nur einen Bereich haben, während es sich bei uns um ein Mehrzweckzentrum handelt. Ich erkläre sogleich, was damit gemeint ist: einmal ist die Gokartpiste vor allem nutzbar zum Sicherheitstraining für Mopedfahrer und Kleinmotorräder; das heißt, junge Leute in Südtirol haben die Möglichkeit, auf dieser Gokartpiste Sicherheitstraining zu machen, Verkehrstraining zu absolvieren und somit beim Erhalt des Führerscheins sicherer in den Verkehr losgelassen zu werden. Zweitens beinhaltet dieses Fahrtechnikzentrum genauso das Fahrtechnikzentrum für vierradgetriebene Geländewägen, für vierradgetriebene Wägen, für landwirtschaftliche Maschinen und für Baumaschinen, also Erdbewegungsmaschinen. Das ist neu und stellt im Vergleich zu Österreich eine Erweiterung dar. Weiters ist ebenfalls eine Motocrosspiste - eine sehr kleine - geplant, insgesamt integriert ins Fahrtechnikzentrum, wobei überall der Fahrsicherheitsaspekt im Vordergrund steht und zwar in dem Sinne, dass dort unten praktisch ein Zentrum für Südtirol gestaltet werden soll, welches in allen Bereichen Trainings, Tests und vieles mehr zulässt. Es ist genauso eine kleine Simulation von Verkehrsinseln, Ampeln und vielem mehr vorgesehen, damit junge Leute abseits vom Verkehr und ohne Gefahr, testen und lernen und somit sicherer in den Verkehr hineingehen können.

Zur Führung des Zentrums: es gibt ja nur ein Vorprojekt und es wird sicher auf die Kosten geachtet werden. Der Bau jenes Teils des Fahrtechnikzentrums, das mit jenem in Österreich vergleichbar ist, kommt genau gleich teuer wie in Österreich. Unser Bereich umfasst aber mit landwirtschaftlichen Maschinen, Baumaschinen, Gokartpiste, Sicherheitstraining für Motorräder, Kleinmotorräder insgesamt die dreifache Fläche und der gesamte Bau wird somit, wenn man die Kosten entsprechend umlegt, genau gleich teuer zu stehen kommen wie jenes in Österreich.

Als Letztes zu den Führungskosten: es ist noch nicht geklärt, wer dieses Zentrum übernimmt, aber eines ist sicher: dieses Zentrum wird sich, ganz egal wer es übernimmt, selbst tragen und wird sogar Erlöse abwerfen.

**KUSSTATSCHER (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Ich habe volles Verständnis, dass beispielsweise die Verkehrssicherheitserziehung, auch wie vom Staatsgesetz für das neunte Pflichtschuljahr vorgeschrieben, gemacht wird. Nicht beantwortet wurde, was mit IVECO abgemacht worden ist. Die IVECO hätte ja in der Industriezone Bozen 4 ha Grund innerhalb 2002 abtreten müssen – dazu habe ich keine Antwort erhalten.

Die zentrale Frage, warum das die öffentliche Hand macht - in Österreich hat das der ÖAMTC gemacht - in einem Land, wo immer wieder verkündet wird, das müsse der Privatinitiative überlassen werden, ist nicht beantwortet worden. Dass das

die Landesverwaltung voll und ganz in die Hand nimmt, ist für mich nicht eindeutig und nicht zufriedenstellend beantwortet worden.

Eine zentrale Frage der Unfallreduzierung ist, ob wir mit solchen Rennstrecken, sagen wir es vor allem auch was die Motocrossbahnen und so weiter anbelangt, einen Beitrag dafür leisten, dass unsere Leute dann auf der Straße gemüthlicher, sicherer und vorsichtiger fahren; da habe ich meine große Zweifel! Es ist auch gesagt worden, dass die Leute für die Benutzung dieser Trainingsstrecken bezahlen müssen; das heißt, ich habe somit Motocrossstrecken, wo ich üben und mich austoben kann. Das mag eine bestimmte Berechtigung haben, mag auch durchaus gut sein für Jugendliche; nur, ob wir damit einen Beitrag für Verkehrssicherheit, Verkehrsberuhigung, für bessere Umwelt, für mehr Ruhe, für bessere Luft und so weiter leisten, ist schon sehr zweifelhaft.

Mir ist vorher bei der Anfrage des Kollegen Leitner in Zusammenhang mit Skifahrerkodex eingefallen, ob man nicht auch verstärkt einen Beitrag für Verkehrssicherheit leisten könnte. Ich würde auch sagen, ‚Weg vom Gas‘, statt ‚Gas geben‘, Herr Landesrat Widmann. Ob man da nicht auch Wettbewerbe unter Designerstudenten und Schülern, vor allem was das Verhalten auf der Straße, die Verkehrssicherheit usw. anbelangt, d.h. eine Werbeaktion über Schüler machen könnte? Das ein zusätzlicher Vorschlag, der mir spontan eingefallen ist. Danke.

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen zur **Anfrage Nr. 20/02/04** vom 29.1.2004, eingebracht von der Abgeordneten Klotz, betreffend “Medikamentenbeipackzettel immer noch nur italienisch”: Ich ersuche die Abgeordnete Klotz um Verlesung der Anfrage.

**KLOTZ (UFS):** Am 22.1.2003 wurde in den Medien über einen SVP-Durchbruch in Rom berichtet: man habe erreicht, dass bis Jahresende die Beipackzettel aller Medikamente, die in Südtirol vertrieben werden, ins Deutsche übersetzt und zweisprachig sein müssen. Im Frühsommer 2003 hieß es, den Medikamentenpackungen würden keine deutschen Zettel beigelegt, sondern sie würden auf Verlangen von den Apothekern ausgedruckt.

Im Oktober wurde angekündigt, ab Dezember 2003 seien die telematischen Beipackzettel in den Apotheken verfügbar. Die Apotheken seien dann mit der zentralen Datenbank verbunden, in der die täglich aktualisierten Texte gespeichert würden.

Wir schreiben Februar 2004, die Beipackzettel sind immer noch nur italienisch, und die Apotheker nicht in der Lage, auch nur einen einzigen Beipackzettel in deutscher Sprache auszuhändigen. Wie gedenkt der Landesrat dieser jahrelangen Politik leerer Versprechungen ein Ende zu setzen und endlich Recht zu schaffen?

**THEINER (Landesrat für Gesundheit und Sozialwesen – SVP):** Ich möchte einleitend festhalten, dass betreffend die deutschen Beipackzettel Landesrat Saurer eine sehr gute Vorarbeit geleistet hat. Im Jänner 2003 konnten in Rom einige sehr wichtige Punkte geklärt werden. Das Gesundheitsministerium hat dabei unter anderem ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Verpflichtung zur Zweisprachigkeit für alle Medikamente gilt, also auch für die so genannten „Selbstmedikationsmittel“ und nicht nur für jene der Klasse A, und dass weiters keine Handelsermächtigungen mehr für Medikamente ausgegeben werden, für die nicht auch ein deutscher Beipackzettel vorgelegt wurde.

Im Sommer letzten Jahres wurde dann ein Projekt vorgestellt, welches den Ausdruck der deutschen Beipackzettel in den Apotheken vorsieht. Dieses Projekt ist von der Landesregierung für eine Versuchsphase zugelassen und auch bei einem weiteren Treffen in Rom vom Gesundheitsministerium gutgeheißen worden. Das Projekt, dessen Finanzierung von den Pharmaunternehmen gesichert werden muss, sollte am Ende des Jahres 2003 starten, der Start hat sich allerdings, vor allem aus technischen Gründen, leider etwas verzögert. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass zur Durchführung dieses Projekts alle 107 Apotheken Südtirols mit einem neuen, leistungsstarken Drucker ausgestattet werden mussten und teilweise auch eine Anpassung der Software der Apotheken notwendig war. Weiters mussten und müssen die Pharmaunternehmen die deutschsprachigen Beipackzettel in die Datenbank eingeben, und all diese Vorbereitungsarbeiten haben einige Zeit in Anspruch genommen.

Im kommenden Monat März wird das Projekt starten und somit wird den Bürgern ab März 2004 zeitgleich mit der Aushändigung des Medikaments auch ein deutschsprachiger Beipackzettel ausgedruckt. Am Anfang wird das zwar noch nicht für alle Medikamente möglich sein, aber nach und nach sollten für alle die zweisprachigen Texte zur Verfügung stehen.

Am Ende des heurigen Jahres 2004 wird dann eine Überprüfung vorgenommen werden. Es wird bewertet werden, wie gut sich dieses neue System bewährt hat. Auf Grund dieser Bewertung werden die weiteren zu setzenden Schritte festgelegt.

**KLOTZ (UFS):** Herr Landesrat, Sie können nichts dafür, Sie haben das nicht eingebrockt, das ist mir schon klar, aber es müsste doch auch Sie verwundern – und ich habe hier die entsprechenden Ankündigungen, ‚SVP-Durchbruch in Rom‘ hat es vor ziemlich genau einem Jahr geheißen, ‚Beipackzettel noch heuer zweisprachig‘ – damals war die Rede davon, dass sie automatisch beigelegt würden. Ich habe nicht verstanden, wie es dann zu einem weiteren Kompromiss gekommen ist, nämlich dass die Apotheker diese Zettel telematisch zur Verfügung stellen, also ausdrucken. Man hat dann gesagt: ‚Woher hat die Klotz ihre Annahme, dass die Zettel auf Verlangen ausgedruckt werden?‘ Aber das ist ja klar, das sagt einem ja der Hausverstand! Herr Landesrat, Ex-Landesrat für Gesundheitswesen, Sie werden mir doch nicht sagen, dass in den Apotheken in Südtirol jeder Apotheker jeden Patienten fragt, ob er den Bei-



packzettel will oder nicht! Sie werden mir nicht sagen wollen, dass der Apotheker jedem Patienten, der etwas kauft, den deutschen Beipackzettel aushändigen wird! Wenn da zehn Leute warten - und wir wissen, dass in den Apotheken meist sehr, sehr viele Leute anstehen, um etwas zu kaufen - dann wird man mir nicht weismachen, dass sich der Apotheker hinstellt und sagt: "So, ich händige jetzt jedem automatisch einen Zettel aus." Das wird mir niemand weismachen und wir werden dann ja sehen, was das Projekt tatsächlich bringt. Ich sehe es eben so kommen, dass es sich weiter verzögern wird. Ich habe mit Apothekern gesprochen. Diese sagen mir, das Projekt sei erst im Anlaufen. Auf die konkrete Frage, ob er in der Lage sei, mir einen einzigen deutschen Beipackzettel zu geben, hat mir der Apotheker gesagt: "Nein, ich bin nicht in der Lage." Der neue Landesrat sagt mir jetzt, mit März, also in einem Monat, werde es so weit sein. Herr Landesrat, ich bin sehr gespannt, ob das jetzt wirklich zutreffen wird oder nicht, aber immerhin es ist wieder ein Kompromiss von einem Kompromiss geschlossen worden. Dafür können Sie nichts, aber ich kann nicht begreifen, wie man da hat nachgeben können.

**PRÄSIDENTIN:** Somit ist der Tagesordnungspunkt Nr. 1 abgeschlossen. Frau Abgeordnete Kury, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Wie in der Fraktionssprechersitzung bereits angedeutet, ersuche ich jetzt um eine Unterbrechung der vormittägigen Sitzung, damit sich die Opposition treffen kann, um sich bezüglich der institutionellen Punkte, die morgen behandelt werden sollen, abzusprechen.

**PRÄSIDENTIN:** Ich gebe dem Antrag statt. Die Sitzung ist bis 15.00 Uhr unterbrochen.

ORE 12.15 UHR

-----

ORE 15.07 UHR

*(Namensaufruf – Appello nominale)*

**PRÄSIDENTIN:** Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Wie in der heutigen Sitzung des Kollegiums der Fraktionsvorsitzenden vereinbart, kommen wir nun zur Behandlung der Beschlussanträge.

Beschlussantrag Nr. 1/03, eingebracht von den Abgeordneten Pöder und Klotz, betreffend die Abschaffung von Privilegien und Änderung der Diätenregelung der Landtagsabgeordneten und Landesregierungsmitglieder. Ich erinnere daran, dass die Diskussion über diesen Beschlussantrag bereits in der Sitzung vom 13.1.2004 er-

folgt ist und dass nur mehr die Abstimmung über den Beschlussantrag aussteht, die damals auf Antrag des Abgeordneten Pöder ausgesetzt worden war.

Frau Abgeordnete Klotz, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

**KLOTZ (UFS):** Ich ersuche Sie, die Weiterbehandlung dieses Beschlussantrages zu vertagen.

**PRÄSIDENTIN:** In Ordnung.

Wir kommen zum Beschlussantrag Nr. 2/03, eingebracht vom Abgeordneten Seppi, betreffend die Abschaffung des Christkindlmarktes in Bozen. Ich erinnere daran, dass auch bei diesem Beschlussantrag nur mehr die Abstimmung aussteht.

Herr Abgeordneter Seppi, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

**SEPPI (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale):** Chiedo che venga rinviato.

**PRÄSIDENTIN:** In Ordnung.

Die Weiterbehandlung der Beschlussanträge Nr. 22/03, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, Nr. 23/03, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair und Nr. 28/03, eingebracht von den Abgeordneten Klotz und Pöder wird im Sinne des von den jeweiligen Einbringern in der heutigen Fraktionssprechersitzung gestellten Antrages auf die nächste Sitzungsfolge vertagt.

Punkt 15 der Tagesordnung: **“Beschlussantrag Nr. 3/03 vom 18.11.2003, eingebracht vom Abgeordneten Seppi, betreffend die sofortige Einhaltung des geltenden Gesetzes über das Aufhängen des Kreuzes in den Schulklassen”.**

Punto 15) dell'ordine del giorno: **“Mozione n. 3/03 del 18.11.2003, presentata dal consigliere Seppi, riguardante: “Deve essere preteso l'immediato rispetto della legge in vigore che prevede la presenza dei crocifissi all'interno di ogni aula scolastica”.**

*Sofortige Einhaltung des geltenden Gesetzes über das Aufhängen des Kreuzes in den Schulklassen*

*Zahlreiche Familien mit Kindern, die die Grund- Mittel- und Oberschulen unseres Landes besuchen, haben uns darauf hingewiesen, dass in den Schulklassen das Kreuz fehlt, während die geltenden Bestimmungen, das königliche Dekret Nr. 965 vom 30. April 1924 unter Art. 18 vorsehen, dass "Jede schulische Einrichtung über eine Nationalfahne und jedes Klassenzimmer über ein Kreuz verfügen muß."*

*Diese Gesetzesbestimmung ist immer noch in Kraft, zumal sie durch keine anderen Gesetze oder Bestimmungen auf diesem Bereich ersetzt wurde und muss deshalb unbedingt eingehalten werden!*

*Der Staatsrat hat sich am 27.4.1988 auf eine entsprechende Anfrage über die verpflichtende Einhaltung des Art. 18 des königlichen Dekrets hin dazu mit dem Gutachten Nr. 63/88 geäußert und das Problem über das Aushängen des Kreuzes in den Schulräumen positiv gelöst. Der Staatsrat bestätigt, dass es "zur rationellen Überprüfung der gesamten Angelegenheit angebracht ist, eine strikte Trennung zwischen den Bestimmungen über das Aushängen des Kreuzes in den Schulen und den Bestimmungen über den katholischen Religionsunterricht zu machen."*

*In dieser Angelegenheit sieht sich der Staatsrat in seiner Entscheidung auch dadurch bestätigt, dass die Bestimmungen über die Anbringung des Kreuzes in den Klassenzimmern noch vor den Lateranverträgen verabschiedet wurden und dass "das Kreuz, abgesehen von dessen Bedeutung für die Gläubigen, geschichtlich und über jegliches Glaubensbekenntnis hinweg, universell als Symbol der christlichen Gemeinschaft und Kultur gilt."*

*All dies vorausgeschickt und angesichts der Tatsache, dass in verschiedenen Schulen des Landes die Bestimmungen geltender Gesetze nicht eingehalten werden, sowie unter Berücksichtigung des Gutachtens des Staatsrates,*  
wird

#### **DIE LANDESREGIERUNG**

*verpflichtet,*

*die Schuldirektoren zwingend zur Einhaltung der geltenden Bestimmungen über die Anbringung des Kreuzes in allen Klassenzimmern aller Schulen unseres Landes anzuhalten;*

*die Einhaltung der Gesetze seitens aller im Schulbereich Tätigen zu verlangen, wobei mit sofortiger Wirkung alle vom Gesetz vorgesehenen Strafen zur Anwendung kommen, wenn selbiges nicht innerhalb von maximal 30 Tagen befolgt wird.*

-----

*Deve essere preteso l'immediato rispetto della legge in vigore che prevede la presenza dei crocifissi all'interno di ogni aula scolastica*

*Da numerose famiglie con figli iscritti nelle scuole elementari, medie e superiori della provincia di Bolzano ci viene segnalata la mancanza del crocifisso all'interno delle aule didattiche, così come previsto dalla legge in vigore, il Regio decreto n. 965 del 30 aprile 1924 che cita testualmente all'art. 18: "Ogni Istituto ha la bandiera nazionale; ogni aula l'immagine del crocifisso."*

*Questo riferimento legislativo, essendo tutt'ora in vigore perché non seguito da altre leggi o normative in materia deve essere assolutamente rispettato!*

*Lo stesso Consiglio di Stato, interpellato in merito all'obbligo del rispetto dell'art. 18 del R.D. sopra citato, si è espresso in data 27-4-1988, con il parere n. 63/88, risolvendo positivamente il problema della presenza del crocifisso nelle aule scolastiche. Il Consiglio di Stato afferma infatti che "ai fini di un più razionale esame del quesito, è opportuno tenere distinta la normativa riguardante l'affissione dell'immagine del crocifisso nelle scuole da quella relativa all'insegnamento della religione cattolica."*

*Nel caso in questione il Consiglio di Stato trova ulteriore argomento nel fatto che le norme che prevedono il crocifisso nelle aule sono ad-*

*dirittura precedenti al Concordato Lateranense, e che "la Croce, a parte il significato per i credenti, rappresenta il simbolo della civiltà e della cultura cristiana, nella sua radice storica, come valore universale, indipendentemente da specifica confessione religiosa."*

*Preso quindi atto di quanto sopra e alla luce di una situazione reale che all'interno di diverse scuole della provincia non rispetta quanto imposto dalle leggi in vigore e dal parere espresso dal Consiglio di Stato,*

*si impegna*

**LA GIUNTA PROVINCIALE**

*a obbligare i presidi alla verifica di quanto sopra e a impegnare gli stessi al pieno rispetto della normativa in vigore per quanto riguarda la presenza del Crocefisso in tutte le aule di tutte le scuole della provincia;*

*a pretendere l'ottemperanza della legge da parte di tutti gli operatori del settore scolastico mettendo immediatamente in atto tutte le sanzioni previste dalla legge se la stessa non venisse fatta rispettare nel limite massimo di trenta giorni.*

Herr Abgeordneter Seppi, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

**SEMPI (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale):** Prendiamo in esame una questione che riguarda da vicino numerose famiglie altoatesine di madrelingua sia italiana che tedesca, le quali hanno rilevato la mancanza dei crocefissi all'interno delle aule scolastiche. Allora il mio impegno non è stato quello di chiederne un ripristino basato sulla richiesta ideologica o legata a questioni religiose, ma è stata quella di andare a verificare quali siano le leggi in vigore, che voglio solo siano rispettate fino in fondo e, assieme ad esse, voglio siano rispettati fino in fondo i pareri espressi dal Consiglio di Stato sull'operatività, quindi sul fatto che sia tuttora in vigore, del regio decreto n. 965 del 30 aprile 1924 che cita testualmente all'art. 18: *"Ogni istituto ha la bandiera nazionale come ogni aula l'immagine del crocefisso"*. Attorno a questo problema in questi ultimi anni si sono scatenate delle polemiche, quindi ritengo opportuno ribadire quelle che sono le leggi in vigore e le prese di posizione del Consiglio di Stato che in anni di polemica ha dato il suo parere vincolante. Intelligentemente il Consiglio di Stato intende porre la questione su due binari diversi per quanto riguarda la presenza del crocefisso nella scuola, simbolo della religione cristiana, da quello che è l'insegnamento della religione cristiano-cattolica, e questo passo ben preciso è evidenziato nella prima parte del parere. Quindi il Consiglio di Stato crea quella razionalità che afferma di voler tenere distinta la normativa riguardante l'affissione dell'immagine del crocefisso nelle scuole da quella relativa all'insegnamento della religione cattolica, quindi ne fa una questione non legata alla religione ma all'etica, alla morale e alla tradizione. Questo credo sia un esempio di "illuminato" parere del Consiglio di Stato, quando afferma: *"La croce, a parte il significato per i credenti, rappresenta comunque un simbolo di una civiltà e della cultura cristiana nella sua radice storica e di conseguenza come valore universale indipendentemente da specifica confessione religiosa."*

Dà quindi a questa immagine una rappresentanza di fratellanza fra tutti i popoli e le etnie che va al di sopra del Credo specifico che il crocefisso rappresenta, ma che simboleggia invece un qualcosa di ben più in là e quindi un'unione fra i popoli, fra i cittadini, che esula anche dal campo religioso.

Questo parere del Consiglio di Stato taglia la testa al toro, crea dei presupposti di rispetto del regio decreto in vigore, sulla base della considerazione fondamentale che detto decreto è stato emanato prima del Concordato Lateranense, quindi storicamente ben al di sopra di ogni sospetto, e che non è un accordo politico, nato nel contesto di quell'evento storico del 1927, ma una cosa che nasce in una condizione *super partes* e che questo segnale al di sopra delle religioni e delle parti, a rappresentanza di una cultura, di una civiltà e di una fratellanza umana, è un simbolo che va tutelato, quindi va pretesa la sua affissione all'interno delle scuole. Al di là di quelle che sono le prerogative specifiche ideologiche di ognuno di noi devono essere prese in considerazione le leggi in vigore. Dal momento in cui siamo legislatori, possiamo cercare di cambiarle quando sono sbagliate, non possiamo però far altro che prenderne atto e chiedere l'applicazione delle leggi in vigore nel momento che queste, non avendo subito modifiche, sono inserite nel contesto dell'obbligatorietà e del rispetto.

Con questa mozione chiedo agli assessorati competenti il rispetto del regio decreto e delle normative in vigore, il rispetto di quella simbologia culturale e tradizionale che è radice storica comune del gruppo italiano e di quello tedesco, di tutti i gruppi rappresentati in Alto Adige.

**SAURER (Landesrat für deutsche Schule, deutsche und ladinische Berufsbildung, Schulfürsorge und Berufberatung – SVP):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Inhaltlich gesehen ist an diesem Beschlussantrag wenig auszusetzen, denn die Interpretation des Urteiles des Staatsrates aus dem Jahre 1988 ist korrekt wiedergegeben worden. Das Urteil des Gerichtes von L'Aquila ist annulliert worden, weil die Kompetenz beim Verwaltungsgericht und nicht beim Landesgericht liegt. Ich denke, dass das Verwaltungsgericht zu entscheiden hat. Unter Umständen hat auch der Staatsrat zu entscheiden, aber ich gehe davon aus, dass der Entscheid aus dem Jahre 1988 bestätigt wird.

Es ist zu sagen, dass das Kreuz nicht nur zu unserer christlichen Kultur gehört, sondern dass es auch von Nicht-Christen als Symbol der leidenden Menschen angesehen wird. In diesem Zusammenhang möchte ich die jüdische Schriftstellerin Natalia Ginsburg zitieren, deren Aussage wirklich aufschlussreich ist. Sie hat Folgendes gesagt: *“Wir alle haben es erlebt und erleben es, dass wir auf unseren Schultern die Last eines großen Schicksalsschlages tragen. Einem solchen Unglück geben wir den Namen ‘Kreuz’, auch wenn wir Nicht-Katholiken sind, denn zu stark und seit zu vielen Jahrhunderten ist die Identität des Kreuzes in unseren Gedanken eingepägt. Wir alle – Katholiken und Nicht-Gläubige – tragen die Last eines Unglücks oder werden sie tragen, sodass wir Blut und Tränen vergießen und versuchen nicht zusammenzubre-*

*chen. Das sagt uns das Kreuz.*” Irgendwo denke ich, dass das Kreuz eine universelle Bedeutung hat, und deshalb sollten die Kreuze in unserem Alltag weiterhin ihre Existenzberechtigung haben.

**SEPPi (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale):** Ringrazio l’assessore Saurer per la sua risposta. Sono contento che in questa circostanza non abbia fatto altro che sottolineare, con migliore capacità della mia citando una scrittrice ebrea, la considerazione al di sopra di ogni credo religioso che la croce rappresenta, come simbolo universale, da tenere fermamente inchiodato al muro all’interno delle aule scolastiche come di fatto il regio decreto tuttora in vigore prevede. Ma vorrei chiedergli quale significato ha la sua premessa. Il tribunale di L’Aquila in quella famosa questione che non ho citato ha preso la posizione di dire di non essere competente e ha rimandato al TAR ogni forma di decisione se ci sarà, perché Lei sa che il TAR darà una sua sentenza che potrà essere accettata o meno, quindi riportata come ricorso al Consiglio di Stato solo se qualcuno questo ricorso lo farà. Il Consiglio di Stato non entra quindi in una sentenza del TAR se non chiamato in causa direttamente da un ricorso delle due parti. Non so quindi se da parte del Consiglio di Stato ci sarà un pronunciamento su quella specifica questione, sta però il parere del Consiglio di Stato citato in questa mia presa di posizione è grande. Il Consiglio di Stato è sempre illuminato nei suoi pareri, penso che in questo caso lo sia in maniera davvero forte. Quindi la prima posizione, per non rendere incostituzionale ogni diritto all’insegnamento eventuale di altre religioni dice: il binario dell’insegnamento della religione non ha nulla a che fare con il simbolo della croce, poi afferma che il simbolo della croce è universale e va al di sopra di ogni religione.

Su questa base non posso fare altro che aspettarmi un voto favorevole di quest’aula, perché a quelle scuole che sono governate da una ragione interna - in qualche scuola di madrelingua italiana qualche direttore o preside pensa di essere il governatore e pensa di sconvolgere a suo piacimento le regole non sapendo che certe regole comunque vanno rispettate - questo monito bonario penso che debba essere mandato non tanto per una questione legata ad una ideologia e religione, ma quanto per il pieno rispetto delle leggi in vigore. C’è una legge, c’è il parere del Consiglio di Stato. Il non rispetto di questa legge da parte di diverse scuole, al di là dell’opinione personale di ognuno di noi, deve comportare il fatto che devono essere chiamate in causa perché rispettino ciò che devono, cioè la legge che non può essere elusa.

**PRÄSIDENTIN:** Frau Abgeordnete Klotz, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

**KLOTZ (UFS):** Ich beantrage eine getrennte Abstimmung zwischen den Prämissen und dem beschließenden Teil des Beschlussantrages.

**PRÄSIDENTIN:** In Ordnung.

Wir stimmen zuerst über die Prämissen ab: mit 2 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Wir stimmen über der verpflichtenden Teil ab: ...

**KLOTZ (UFS):** Ich ersuche Sie, die Abstimmung zu wiederholen.

**PRÄSIDENTIN:** Warum stellen Sie diesen Antrag?

**KLOTZ (UFS):** Offiziell wegen berechtigter Zweifel an der Richtigkeit des Ergebnisses, inoffiziell, weil wir nicht genau mitbekommen haben, dass die Ja-Stimmen bereits ausgezählt worden waren. Wir möchten dafür stimmen.

**PRÄSIDENTIN:** Ich habe das Abstimmungsergebnis noch nicht bekannt gegeben, sondern habe lediglich gefragt, wer dafür ist, wer dagegen ist und wer sich der Stimme enthält. Deshalb sehe ich keinen Grund für eine Wiederholung der Abstimmung.

Ich gebe jetzt das Abstimmungsergebnis für den verpflichtenden Teil des Beschlussantrages bekannt: mit 2 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt. Somit ist der Beschlussantrag in seiner Gesamtheit abgelehnt.

Wir kommen zur Behandlung des Beschlussantrages Nr. 6/03, eingebracht vom Abgeordneten Seppi.

Herr Abgeordneter Seppi, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

**SEPPI (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale):** E' uso chiedere prima se la mozione può essere discussa o meno al presentatore.

Al di là di questo, intervengo sull'ordine dei lavori perché sono dispiaciuto che una forma così evidente - faccio un po' fatica a cercare dei termini poco forti e quindi mi scuso con i diretti interessati, assessore Saurer; non sono capace di usare dei termini più blandi, fa parte della mia scuola e del mio vocabolario - di ipocrisia della Sua risposta alla mia precedente mozione abbia portato all'esito che ha avuto, perché Lei, assessore, non ha nemmeno tentato di contrastare in minima parte....

**PRÄSIDENTIN:** Herr Abgeordneter Seppi, Ihr Beschlussantrag ist abgelehnt worden.

**SEPPI (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale):** Presidente mi scusi, sto spiegando le ragioni per cui non intendo discutere altre mie mozioni oggi, e devo spiegarLa, perché se dico che non voglio più discutere mozioni quando ho degli interlocutori che agiscono in questo modo, lo devo fare. Non fa parte del ragionamento di prima ma di adesso. Se decido di prendere una posizione e chiedo la parola sull'ordine

dei lavori, vorrei che venisse colta la ragione. Non è una ridiscussione su quello che è accaduto prima, ma una presa d'atto affinché non si ripeta in futuro, perché nel momento in cui una controparte, il vicepresidente della Giunta, mi dà ragione in pieno, anche perché non vedo come fa a dare torto al Consiglio di Stato, e poi non solo non vota a favore di una mozione che lui approva in pieno, ma addirittura non si astiene e vota contro, davanti ad un'ipocrisia di questo tipo non intendo discutere altre mozioni in questa giornata, perché è davvero pazzesco che si possa arrivare a questo.

Presidente, siccome Lei stava dando lettura di una mia mozione, senza peraltro chiedere prima se la volevo discutere, La prego di non leggerla perché non ho nessuna intenzione di farla, visto che il mondo scolastico qua presente, l'assessora Gnechi che doveva rispondere alla mozione di prima, non prende la parola e mette la testa sotto la sabbia, penso che quel muro di gomma che è la Giunta e quella ricerca di salvataggi assurdi e inutili mi pongono nelle condizioni di non insistere oltre. E' un ipocrita castello contro il quale mi scaglierò ogni volta che prenderò la parola e verso il quale non intendo avere note di favore, ma solo note di biasimo.

**GNECCHI (Assessora all'intendenza scolastica italiana, lavoro, industria e formazione professionale italiana – Insieme a Sinistra – Pace e diritti/Gemeinsam Links – Frieden und Gerechtigkeit):** Per fatto personale sono costretta ad intervenire mio malgrado. C'èrano qui presenti tutti e tre assessori alla scuola, di cui due sono anche vicepresidenti, i quali hanno la possibilità di decidere chi fra loro risponde ad una mozione sulla scuola. Su mozioni di questo tipo, che sono al di sopra delle situazioni legate ai gruppi linguistici, ci sembra corretto che possa rispondere un unico assessore, che aveva il sostegno degli altri due assessori presenti.

**PRÄSIDENTIN:** Herr Abgeordneter Seppi, ich nehme zur Kenntnis, dass Sie die Behandlung der Tagesordnungspunkte 16 bis 28 vertagen wollen.

Punkt 29 der Tagesordnung: **“Beschlussantrag Nr. 19/03 vom 18.11.2003, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend Einwanderung und innere Sicherheit – Zuständigkeit ans Land”.**

Punto 29) dell'ordine del giorno: **“Mozione n. 19/03 del 18.11.2003, presentata dai consiglieri Leitner e Mair, riguardante l'immigrazione e sicurezza interna – competenza alla Provincia”.**

*Einwanderung und innere Sicherheit - Zuständigkeit ans Land  
Südtirol ist in den vergangenen Jahren immer stärker zu einem Ziel-  
land für Einwanderer geworden. Dazu beigetragen hat der Umstand,  
dass der Südtiroler Arbeitsmarkt leergefegt ist und verschiedene Wirt-  
schaftssectoren in Südtirol kaum Nachwuchskräfte finden. Dafür ver-  
antwortlich ist sowohl die demographische Entwicklung mit einem*



starken Geburtenrückgang als auch das allgemeine Wirtschaftswachstum.

Die starke Zunahme an Einwanderern schafft für die Gesellschaft neue und teilweise schwerwiegende und schwer lösbare Probleme (z. B. Wohnungen, Schule, Religion, Sicherheit usw.).

Es ist unbestritten, dass die Einwanderer in Südtirol an kriminellen Handlungen überdurchschnittlich beteiligt sind. Die Zahlen, die uns von der Bozner Quästur ausgehändigt wurden, sprechen eine klare Sprache. Die Bevölkerung verlangt mit Recht verstärkte Maßnahmen für die Sicherheit im Lande. Die Terroranschläge in Amerika und die jüngsten Warnungen der Geheimdienste haben dem Ruf nach Sicherheit eine neue Dimension gegeben.

Angesichts neu zu erwartender Flüchtlingsströme soll darauf Bedacht genommen werden, Flüchtlinge in der Nähe ihrer Herkunftsländer zu versorgen. Ziel muss es sein, den Flüchtlingen die Chance zu geben, ehest möglich wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Es muss auch sichergestellt werden, dass nicht Kriminelle unter dem Deckmantel der politischen Verfolgung Asyl bekommen. Eine klare Unterscheidung zwischen politischen Flüchtlingen und reinen Wirtschaftsflüchtlingen ist unbedingt erforderlich.

Eine Integration jener Einwanderer, die sich bereits regulär im Lande aufhalten, ist einem Neuzuzug vorzuziehen. Für Integrationsunwillige muss es auch Sanktionen geben, die bis zur Nicht-Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung reichen. Wer nicht arbeiten und zumindest eine Landessprache lernen will, hat in Südtirol kein Bleiberecht und kann sich nicht der sozialen Leistungen bedienen.

In verschiedenen europäischen Staaten werden derzeit Sicherheits- und Antiterrorpakete diskutiert und beschlossen. Darin enthalten sind die Forderung nach Ausweisung von Extremisten ebenso wie nach biometrischen Daten im Ausweis (z. B. Fingerabdrücke, Handform, Gesichtsform usw.).

Der Schutz von Daten und Persönlichkeitsrechten hört dort auf, wo die Sicherheit der Bevölkerung auf dem Spiel steht. Datenschutz darf nicht Täterschutz bedeuten.

Davon ausgehend, dass die Sicherheit der Bevölkerung ein hohes Gut und deshalb mit allen Mitteln zu schützen ist,

spricht sich

DER SÜDTIROLER LANDTAG

dafür aus,

dass dem Land Südtirol vom Staat die Zuständigkeit für die Bereiche Einwanderung und innere Sicherheit übertragen wird. Die Landesregierung wird aufgefordert, alle dafür notwendigen Schritte zu unternehmen.

-----

*Immigrazione e sicurezza interna - competenza alla Provincia*

*Negli anni passati l'Alto Adige è diventato sempre più spesso meta di immigranti. A ciò ha contribuito il fatto che in Alto Adige vige la piena occupazione e che in molti settori dell'economia si fatica a trovare nuove braccia. Le cause sono uno sviluppo demografico caratterizzato da un forte calo delle nascite e la generale crescita economica.*

*Il forte aumento del numero degli immigrati crea nuovi problemi per la società, di cui alcuni in parte anche gravi e di non facile soluzione (per es. alloggio, scuola, religione, sicurezza ecc.).*

*E' indubbio che in Alto Adige il numero di immigrati coinvolti in atti criminali è superiore alla media. I dati in proposito fornitici dalla Questura di Bolzano sono lampanti. La popolazione pretende a ragione che nel territorio siano rafforzate le misure di sicurezza. Gli attacchi terroristici negli Stati Uniti e i recenti avvertimenti dei servizi segreti hanno dato una nuova dimensione alla richiesta di sicurezza.*

*In vista dei nuovi prevedibili flussi di profughi bisogna prendere in considerazione la possibilità di provvedere ai profughi nei pressi dei loro Paesi d'origine. Il fine deve essere quello di offrire loro la possibilità di poter fare ritorno nella loro patria il più presto possibile. Bisogna inoltre fare in modo che nessun criminale riesca ad ottenere asilo spacciandosi per perseguitato politico. E' assolutamente necessario operare una chiara distinzione fra i rifugiati politici e i semplici profughi per motivi economici.*

*All'arrivo di nuovi immigrati bisogna preferire l'integrazione di quelli che già si trovano nella nostra provincia con regolare permesso di soggiorno. Per gli stranieri che non sono disposti ad integrarsi devono esistere delle sanzioni che possono andare fino al non prolungamento del permesso di soggiorno. Chi non vuole lavorare e si rifiuta di imparare almeno una delle lingue ufficiali della Provincia, non ha diritto di restare in Alto Adige e non può usufruire delle prestazioni di assistenza sociale.*

*In vari Stati europei sono attualmente in discussione - e alcuni sono anche già stati approvati - pacchetti sicurezza e antiterrorismo che prevedono la richiesta di espulsione degli estremisti nonché l'inserimento di dati biometrici (per es. impronte digitali, palmo della mano, tratti del viso) nei documenti di identificazione.*

*La tutela della privacy e dei diritti della persona finisce lì, dove entra in gioco la sicurezza della popolazione. Tutela dei dati personali non può significare tutela dei criminali.*

*Partendo dal fatto che la sicurezza dei cittadini è un bene importante e per questo motivo va tutelata con ogni mezzo,*

**IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO**  
*si dichiara a favore*

*del trasferimento delle competenze dallo Stato alla Provincia autonoma di Bolzano in materia di immigrazione e sicurezza interna. S'invita la Giunta provinciale a fare tutto il necessario a tale scopo.*

Herr Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Danke, Frau Präsidentin! In den letzten Jahren – besonders im letzten Jahr – hat das Thema der Zuwanderung an Bedeutung gewonnen. Auch die Veranstaltungen, die rund um dieses Thema gemacht worden sind, haben an Quantität und – hoffentlich auch – an Qualität zugenommen. Mittlerweile gibt es einen Einwanderungsbeirat, der beim Land angesiedelt ist, und auch bei der Stadt Bozen gibt es eine diesbezügliche Einrichtung. Es gibt auch einen Radiosen-

der für die Zuwanderer, mit dem Namen "Unsere Stimme". Der Bürger aber ist mit dem Ganzen überfordert, weil er nicht mitbekommt, was hier wirklich abläuft. Die Dimension der Zuwanderung hat mittlerweile ein Ausmaß angenommen, das nicht mehr überschaubar ist. Dieses Phänomen ist vor allem in den Städten, aber auch in bestimmten Landgemeinden zu beobachten.

Wir kennen die Probleme, die in Zusammenhang mit der Einwanderung auftreten. Zu den drei Sprachgruppen, die bereits im Land leben, kommen jetzt noch sehr viele Nationalitäten von außen dazu. Wenn ich die richtige Zahl im Kopf habe, so gibt es über 60 Nationalitäten, die Südtirols Schulen besuchen. Auch die Lehrer konnten sich auf diese Situation nicht vorbereiten und das Zauberwort "Integration" funktioniert nur bis zu einem bestimmten Moment. Es geht vor allem darum, dass diese Personen ein Mindestmaß an Integrationswillen mitbringen. In diesem Zusammenhang möchte ich den deutschen Innenminister Otto Schily zitieren, der gesagt hat: *"Integration ist eine Illusion, denn schlussendlich wird es auf Assimilierung hinauslaufen."* Das sind die Worte eines Sozialdemokraten, der in seinem Land sicher Erfahrungswerte hat, die wir noch nicht haben. Unsere Philosophie war immer jene, dass wir von anderen Ländern lernen sollen, dass wir aber nicht Fehler übernehmen sollen, die andere gemacht haben. Der Oberflächlichkeit, die hier teilweise feststellbar ist, aus der Sicht der guten Menschen, die natürlich alles nur positiv sehen, stellt sich eine starke Komponente entgegen, die nicht von vorneherein gegen alles ist, die aber sagt, dass die gewachsenen lokalen Strukturen nicht überfordert werden dürfen.

Ich habe meine Erläuterung mit dem Hinweis begonnen, dass jetzt Beiräte für das Thema "Einwanderung" eingesetzt worden sind. Ich weiß, dass mir jetzt von Seiten der Regierungsbank die Antwort entgegenschallen wird, dass man hierfür keine Zuständigkeit habe, aber deshalb fordern wir sie ja! Wenn wir irgendeine Zuständigkeit haben wollen, dann sind wir immer sehr schnell. Wir haben in diesem Zusammenhang verschiedene Vorschläge gemacht, beginnend bei der Errichtung eines Flüchtlingsheimes, das man uns damals aus unerklärlichen Gründen abgelehnt hat. Dann zeigt man aber sehr schnell mit dem Finger auf uns und sagt, dass wir rassistisch und ausländerfeindlich wären. Das sind dumme Klischees! Wenn man ein Problem nicht lösen will, dann fährt man mit der Moralkeule darüber, aber das nützt niemandem etwas. Das Sicherheitsproblem gibt es auch bei uns, denn das belegen verschiedene Daten. Anlässlich der Eröffnung des heurigen Gerichtsjahres hat es unterschiedliche Interpretationen der diesbezüglichen Daten gegeben, und zwar auf der einen Seite von Generalstaatsanwalt Dietz, auf der anderen Seite von Oberstaatsanwalt Tarfusser. Wenn wir uns das Bozner Gefängnis anschauen, so ist es so, dass die Mehrheit der dort Inhaftierten Ausländer sind. Der Generalstaatsanwalt hat gesagt, dass es in Südtirol drei große Probleme gibt: Ein Problem ist der Alkoholismus, das zweite fällt mir im Moment nicht ein und ein drittes Problem ist die hohe Kriminalitätsrate bei Ausländern. Wir haben in den letzten Jahren immer die Daten von Seiten des Einwanderungsamtes der Bozner Quästur angefordert, und auch dort wird das belegt. Natürlich sind

nicht alle Einwanderer kriminell, aber sie sind nun einmal öfters straffällig als die Einheimischen. Die Leute wollen mehr Sicherheit und vor allem mehr Transparenz!

Abschließend möchte ich noch eine ganz klare Frage stellen: Wer kontrolliert, was in diesen Beiräten geschieht? Wer weiß, was in obgenannter Radiosendung für Einwanderer gesendet wird? Das sind die Sorgen, die die Menschen haben, und diese sollte man ernst nehmen. Deshalb fordern wir die Zuständigkeit für die gesamte Problematik.

**KLOTZ (UFS):** Ich sehe in diesem Beschlussantrag zwei Paar Schuhe: Das eine sind die Prämissen, das andere ist der beschließende Teil. Ich werde mich mehr auf den beschließenden Teil des Beschlussantrages konzentrieren, in welchem zusätzliche autonome Zuständigkeiten gefordert werden. Es ist davon die Rede, dass dem Land Südtirol vom Staat die Zuständigkeit für die Bereiche Einwanderung und innere Sicherheit übertragen werden soll. *“Die Landesregierung wird aufgefordert, alle dafür notwendigen Schritte zu unternehmen.”* Kollege Leitner, ich befürchte, dass es hier gleich gehen wird wie mit der Steuerhoheit. Was den Inhalt des Beschlussantrages als solchen anbelangt, so wäre die Zuständigkeit über die Einwanderung schon gegeben, und dafür gibt es auch Beispiele. Wir kennen zumindest vom Hörensagen das Åland-Statut, also das Statut der autonomen Region Åland, die staatsrechtlich zu Finnland gehört, aber schwedisch besiedelt ist. Dort gibt es das sogenannte Heimatrecht. Nur derjenige, der dort fünf Jahre lang eine Tätigkeit ausgeübt hat und der nachweisen kann, dass er des Åländischen mächtig ist, kann auch Grund erwerben. Damit ist automatisch auch die Kontrolle über die Zuwanderung verknüpft. Åland hat auf diese Weise seine Identität erhalten können und man hat nie gehört – weder von schwedischer, noch von finnischer Seite, noch von Seiten der EU-Kommission -, dass diese Bestimmung des Heimatrechtes diskriminierend wäre. Die Kontrolle über die Zuständigkeit als wesentliches Element einer echten Autonomie hat bis heute vor der EU gehalten. Vorauszuschicken ist natürlich, dass Schweden und Finnland sehr wohl den Vorbehalt gemacht haben, den Österreich und Italien, aus welchen Gründen auch immer, in Sachen Südtirol-Autonomie nicht gemacht haben. Deshalb ist dem beschließenden Teil des Beschlussantrages nur zuzustimmen. Er beinhaltet ja die Forderung nach dem, was als selbstverständliches Element einer echten Autonomie anzusehen ist.

Was die Prämissen anbelangt, so ist das Ganze für meine Begriffe ein bisschen eingeschränkt formuliert. *“Wer nicht arbeiten und zumindest eine Landessprache lernen will, hat in Südtirol kein Bleiberecht und kann sich nicht der sozialen Leistungen bedienen.”* Die Einwanderer lernen beide Sprachen meist sehr schnell; es kommt nur selten vor, dass jemand nicht einmal eine der beiden Landessprachen erlernt.

**HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Ich gehöre zu jener Kategorie von Menschen bzw. Abgeordneten, die der Herr Abgeordnete Leitner als Gut-Menschen bezeichnet hat. Ich nehme dieses Etikett sehr gerne an. Ich glaube,

dass der Beschlussantrag einige Beobachtungen mit einigen Fehlurteilen bis hin zu einigen handfesten Vorurteilen vermischt. Es ist zweifellos so, dass Ausländer zu den Gruppen gehören, die am stärksten polizeilich überwacht und kontrolliert werden. Damit haben Sie auch eine durchaus erhöhte Chance, im überfüllten Bozner Gefängnis zu landen. Zweifellos muss man diesen Aspekt auch zu Gute halten, wenn sich man die leicht erhöhte Kriminalitätsquote von Ausländern anschaut. Ich muss diese Vorurteile aus zweierlei Gründen ablehnen. Der Abgeordnete Leitner hat sich sehr stark auf den Kriminalitätsaspekt von Ausländern eingeschossen. Wir sollten unsere Aufmerksamkeit aber auch auf den Kriminalitätsaspekt von Inländern richten und genau hinsehen, wo es in den letzten Wochen die großen Skandale gegeben hat. Bei diesem Aspekt besteht bedeutend mehr Handlungsbedarf als bei der Kriminalität von Ausländern.

Hier werden auch verschiedene Kategorien von Zuwanderern in einen Topf geworfen. Zum einen sind es diejenigen, die durchaus ausfällig und kriminell anfällig sein können, zum anderen jene vielen, die wirklich aus sozialer Not und aus Motiven der Wirtschaftsflucht in unser Land kommen. Hier muss man genau unterscheiden und nach Kategorien trennen, bevor man alles in einen solchen Beschlussantrag hineinwirft. Man muss auch jene Menschen im Blick haben, die hier im Land zugrunde gehen, wie beispielsweise jener Chinese, der sich vor zwei Tagen selber zu Tode befördert hat. Deshalb braucht es hier eine Unterscheidung zwischen den einzelnen Kategorien, bevor man irgendwelche Urteile abgibt.

Sie stellen den Sicherheitsaspekt über die menschlichen Grundrechte, und das kann ich nicht gutheißen. Die menschlichen Grundrechte gehen immer vor den Sicherheitsaspekten. Man darf an den Grundrechten nicht sägen, um allfällige Sicherheitsmaßnahmen durchzuführen. In diesem Sinne würde ich Ihren Beschlussantrag ablehnen und mir wünschen, dass hier sorgfältiger argumentiert wird und dass die Bemühungen von Frau Landesrätin Gnechi stärker anerkannt und honoriert werden.

**GNECCHI (Assessora all'intendenza scolastica italiana, lavoro, industria e formazione professionale italiana – Insieme a Sinistra – Pace e diritti/Gemeinsam Links – Frieden und Gerechtigkeit):** Abbiamo già discusso varie volte in quest'aula quali possono essere le iniziative che la Giunta provinciale può attivare per avere una maggiore competenza per quanto riguarda l'immigrazione. Avevo già approvato la mozione che prevedeva che riuscissimo ad avere la competenza per quanto riguarda i flussi migratori. Infatti questa è la direzione nella quale ci stiamo muovendo. Sono sempre più frequenti le riunioni degli assessori al lavoro e l'immigrazione con il Ministro al lavoro proprio per poter agire in questa direzione, perché anche altre regioni stanno chiedendo questa stessa competenza. Su molte fasi delle procedure siamo riusciti ad avere almeno più elasticità, e su questo possiamo ancora impegnarci.

Invece per quanto riguarda il discorso sicurezza, quindi la parte più legata al concetto di ordine pubblico, nell'accordo di coalizione abbiamo esplicitamente indicato che la Giunta provinciale si farà attrice di un maggior coordinamento tra le forze che sono preposte a tutte le varie situazioni legate alla sicurezza. Questa collaborazione è già molto buona.

Non condivido nelle premesse il fatto che si dica che è indubbio che in Alto Adige il numero di immigrati coinvolti in atti criminali è superiore alla media, perché noi abbiamo un'alta percentuale purtroppo di persone straniere in carcere anche perché per gli stranieri non è possibile nessuna misura alternativa alla detenzione. Il più delle volte gli stranieri non hanno famiglia e casa, quindi non possono essere mandati agli arresti domiciliari, oppure non possono avere situazioni di affidamento. Quindi è vero che se un cittadino straniero commette un reato ed è soggetto ad una pena detentiva, ha meno possibilità. Questo può far pensare che ci sia una più alta percentuale. Proprio due settimane fa abbiamo fatto un convegno sull'immigrazione, in cui è emerso che anche nella nostra provincia rispetto a reati simili non c'è una maggiore partecipazione al reato da parte di cittadini stranieri.

Sulle premesse non possiamo essere d'accordo. Per quanto riguarda la parte impegnativa, chiedo una modifica che sottolinei il fatto che la Giunta provinciale si dichiara a favore nel "continuare nell'impegno" per ottenere la competenza per la decisione sui flussi migratori, e di fermarci a quella situazione. Quindi non tralascerei la parte legata alla sicurezza interna per i motivi che ho già spiegato.

Peraltro in questa legislatura il Presidente della Giunta ha individuato una nuova delega che è quella al coordinamento all'immigrazione, delega che mi è stata data, legata al coordinamento dei cittadini stranieri per la gestione e il favorire il lavoro nella nostra provincia. Oltretutto anche in collaborazione con altri uffici stiamo cercando di fare un lavoro molto dettagliato, quantitativo ma anche qualitativo, rispetto a tutti gli stranieri che hanno avuto nell'arco di quest'anno la regolarizzazione del permesso di soggiorno in base alla sanatoria fatta dal Governo nazionale con il pagamento dei famosi 290 e 700 euro tra il settembre e il novembre dell'anno 2002.

La Giunta provinciale nel suo complesso è fortemente impegnata su questo tema dell'immigrazione, quindi mi sento di garantire che tutte queste attenzioni e questo impegno c'è, e per quanto riguarda la parte impegnativa, c'è la disponibilità di continuare su questa strada per ottenere maggiori competenze sui flussi migratori e sulla loro gestione e il coordinamento in materia di sicurezza.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich möchte vorausschicken, dass ich positiv zur Kenntnis nehme, dass sich die Landesregierung bemüht, in einigen Punkten mehr Klarheit zu schaffen und dass sich auch bereits Aktionen gesetzt hat. Allerdings möchte ich auch klar sagen, dass sich der genehmigte Beschlussantrag auf die saisonalen Arbeitskräfte und auf die Kontingente bezogen hat. Die Schritte, die damals gesetzt worden sind, möchte ich ausdrücklich positiv zur Kenntnis nehmen, denn das ist

ein Fortschritt. Nachdem am 1. Mai jene Länder, aus denen Südtirol bisher hauptsächlich saisonale Arbeitskräfte rekrutiert hat, der EU beitreten werden, möchte ich fragen, ob die Kontingentierung auch nach dem EU-Beitritt aufrecht bleibt oder ob sie dann fällt. Wenn Letzteres der Fall wäre, dann würde ja ein wesentlicher bürokratischer Aufwand wegfallen. Die Bemühungen und Bestrebungen zu einer unbürokratischeren Handhabung der saisonalen Arbeitskräfte nehme ich positiv zur Kenntnis, aber wir verlangen grundsätzlich die Zuständigkeit für den Bereich der Sicherheit und Einwanderung. Davon gehe ich nicht ab, denn das ist für mich eine Forderung, die zu einem autonomen Land gehört. Wenn man das nicht will, dann soll man es sagen. Das andere nehme ich positiv zur Kenntnis, aber dieser Beschlussantrag beinhaltet eine andere Forderung.

Wenn wir dieses Thema auch nur in den Mund nehmen, dann wird einem immer wieder gesagt, dass man Vorurteile habe usw. Das mag vielleicht so scheinen, aber es ist nicht so. Für mein Dafürhalten ist die ganze Sache sehr einfach. Die Menschen kommen von außen, weil wir sie größtenteils rufen. Dass sie anständig untergebracht werden usw., ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Allerdings verlangen wir immer, dass dann auch jene Leute, die davon profitieren, ihr Scherflein dazu beitragen sollen. Es kann ja nicht sein, dass, wenn Leute hereingeholt werden, die öffentliche Hand für deren Unterkunft und Betreuung herhalten soll. Das ist eine Vorgangsweise, die die Leute nicht akzeptieren. Das hat aber überhaupt nichts damit zu tun, dass man die Leute grundsätzlich nicht will. Wenn ein Betrieb keine einheimischen Arbeitskräfte findet, dann wird er sie von auswärts holen. Allerdings muss das Ganze nach bestimmten Spielregeln ablaufen. Es gibt leider Gottes Ansätze, dass die einheimische Bevölkerung oft das Gefühl hat, dass sie schlechter gestellt ist als die Einwanderer, beispielsweise bei der Zuweisung von Wohnungen usw. Das darf nicht sein! Da muss man aufpassen, damit es nicht zu sozialen Konflikten kommt. Jeder kann sich natürlich frei bewegen. Wir leben in einer freien Gesellschaft, in der es aber Spielregeln geben muss. Die Leute erwarten sich, dass sich jemand, der als Gast in dieses Land kommt, an die Spielregeln hält, die hier gelten. Es kann doch nicht sein, dass jemand, der zu uns kommt, neue Spielregeln schafft, an die wir uns dann halten müssen! Diese Dinge muss man ernst nehmen! Da braucht man nicht lange philosophieren, denn das weiß jeder, der sich mit dieser Thematik beschäftigt.

Kollege Heiss, es stimmt natürlich, wenn Sie sagen, dass man zwischen den einzelnen Kategorien unterscheiden muss. Ich habe das Problem der Sicherheit fokussiert, aber ich stelle nicht die Sicherheit über andere Grundrecht, denn die Sicherheit ist auch ein Grundrecht. In jeder Verfassung gibt es das Recht auf Unversehrtheit. Ich spiele diese Rechte nicht gegeneinander aus, aber bei vielen ist Sicherheit für viele das Wichtigste. Dieser Tatsache muss man Rechnung tragen. Wir werden sicher noch oft über diese Thematik diskutieren, und ich bin auch gerne bereit, all jene Schritte zu unterstützen, die in die Richtung gehen, dass wir eine Integration im wahrsten Sinne des Wortes haben, und zwar nach Spielregeln, die hier gewachsen sind und indem man

die ansässige Bevölkerung nicht überfordert. Machen wir nicht die Fehler, die andere Länder gemacht haben! In einem Land wie Südtirol, in dem es bereits die Problematik der Volksgruppen gibt, sollte nicht noch ein zusätzliches Problem geschaffen werden. Wenn man ohne Scheuklappen an die Thematik herangeht, dann kann eine gute Lösung gefunden werden.

Ich ersuche um eine getrennte Abstimmung zwischen Prämissen und beschließendem Teil, nachdem viele mit den Prämissen Schwierigkeiten haben. Mir kommt es auf den beschließenden Teil an und davon werde ich nicht abgehen, wenngleich ich die bisherigen Bestrebungen in Zusammenhang mit den Saisonarbeitern anerkenne.

**PRÄSIDENTIN:** Wir kommen zur Abstimmung über den Beschlussantrag.

Wir stimmen zuerst über die Prämissen ab: mit 1 Ja-Stimme, 6 Stimmenthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Wir stimmen noch über den verpflichtenden Teil ab: mit 3 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt. Somit ist der Beschlussantrag in seiner Gesamtheit abgelehnt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt Nr. 30, zum Beschlussantrag Nr. 20/03, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair.

Herr Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Frau Präsidentin, ich ersuche Sie, die Behandlung der Tagesordnungspunkte Nr. 30 und Nr. 31 zu vertagen.

**PRÄSIDENTIN:** In Ordnung.

**Punkt 32 der Tagesordnung: "Beschlussantrag Nr. 26/03 vom 18.11.2003, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend die verspätete Auszahlung der Abfertigungen von Seiten der Landesverwaltung".**

**Punto 32) dell'ordine del giorno: "Mozione n. 26/03 del 18.11.2003, presentata dai consiglieri Leitner e Mair, riguardante il pagamento ritardato delle indennità di buonuscita da parte dell'amministrazione provinciale".**

*Beim Ausscheiden aus dem Landesdienst erhalten die Bediensteten 70 % der Abfertigung vom Versicherungsinstitut ausbezahlt, während die restlichen 30 % von der Landesverwaltung selbst entrichtet werden. Normalerweise sollte die direkte Auszahlung schneller vonstatten gehen, in Wirklichkeit aber bezahlt das Versicherungsinstitut innerhalb von 7-8 Monaten und das Land erst in 1, 2 oder mehr Jahren. Diese Verzögerung ist unverständlich und die Folge davon ist, dass die Betroffenen nicht über ihr Geld verfügen können, was auf keinen Fall durch die Bezahlung von Zinsen wettgemacht werden kann (anstatt*



*das eigene Geld anzulegen, müssen Anleihen getätigt werden). Das Land muss selber beträchtliche Zinsen bezahlen. Vor allem aber ist diese verspätete Auszahlung für die Betroffenen eine Vorenthaltung des eigenen Guthabens und eine programmierte Säumigkeit der Landesverwaltung.*

*Festgestellt, dass der für das Personal zuständige Landesrat Otto Saurer am 5. November 2002 zugegeben hat, dass die Auszahlung der Abfertigungen im letzten Jahrzehnt immer wieder Anlass für Klagen war und unter anderem wörtlich ausgeführt hat: "Gestern Nachmittag (Anm. 4.11.2002) hat eine Klausurtagung der Personalabteilung stattgefunden, wobei ich diese Dinge vorgetragen habe. Dabei hat man mir versichert, dass die Programme Ende Oktober fertig gestellt worden sind und dass sie jetzt in Funktion treten. Wenn die Programme EDV-mäßig funktionieren und die entsprechenden Daten abrufbar sind, dann wird das Ganze schon schneller gehen ... Ich werde weiterhin dahinter sein und auch der Landeshauptmann hat die zuständige Amtsdirektorin letztthin zu sich gerufen und die Dinge angesprochen. Ich denke, dass sich die Dinge in den nächsten Monaten wesentlich verbessern werden."*

*Festgestellt, dass die Abfertigungen immer noch mit großer Verspätung ausgezahlt werden,*

*beschließt*

*DER SÜDTIROLER LANDTAG,*

*die Landesregierung aufzufordern,*

*die vom Land direkt auszahlenden Beträge der Abfertigung an die Berechtigten innerhalb von höchstens sechs Monaten zu überweisen.*

-----

*Quando lasciano il loro servizio i dipendenti provinciali ricevono il 70% dell'indennità di buonuscita dall'ente previdenziale, mentre il restante 30% rimane a carico della Provincia stessa. Mentre normalmente il pagamento diretto dovrebbe avvenire in tempi più rapidi, in realtà l'ente previdenziale paga entro 7-8 mesi e la Provincia solo dopo 1, 2 o più anni. Questo ritardo è incomprensibile e la conseguenza di tale fatto è che gli interessati non possono disporre del denaro che spetta loro e il pagamento degli interessi non basta certo a compensare tale situazione (invece di investire il proprio denaro, si è costretti a ricorrere a prestiti). E' la Provincia stessa a dover pagare ingenti somme per interessi. Sopra ogni altra cosa però questo pagamento ritardato priva gli interessati di un loro credito e rappresenta una situazione di morosità programmata da parte dell'amministrazione provinciale.*

*Constatato che l'assessore al personale dott. Otto Saurer in data 5 novembre 2002 aveva ammesso che il pagamento delle indennità di buonuscita negli ultimi dieci anni ha sempre suscitato proteste dichiarando di aver sollevato la questione in una riunione a porte chiuse della ripartizione personale (svoltasi il 4/11/2002). In tale occasione gli era stato garantito che i programmi, messi a punto alla fine di ottobre, sarebbero subito entrati in funzione. L'assessore aveva inoltre dichiarato che in presenza di programmi funzionanti con un supporto informatico, i dati avrebbero potuto essere richiamati e il tutto sarebbe risultato più veloce... e aveva promesso di seguire la cosa ricordando che il presidente della Provincia aveva da poco convocato la direttrice d'ufficio competente per discutere del problema. L'assessore si era in-*

*fine detto convinto che nei mesi successivi la situazione sarebbe migliorata.*

*Constatato che le indennità di buonuscita vengono tuttora pagate con grande ritardo,*

**IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO**  
*delibera*

*di sollecitare la Giunta provinciale,*

*affinché la Provincia versi agli interessati nel giro di al massimo 6 mesi gli importi delle indennità di buonuscita a suo carico.*

Herr Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Zu diesem Beschlussantrag ist nicht viel zu sagen. Die Problematik ist bekannt. Neu ist der Landesrat, der für diesen Bereich zuständig ist. Man hat mir gesagt, dass die Auszahlungszeiten immer noch unverhältnismäßig lang seien, obwohl der damalige Landesrat die Anweisung gegeben hat, dass das Problem in wenigen Monaten behoben sein müsse. Es ist einfach nicht verständlich, warum die Leute so lange auf etwas warten müssen, was ihnen eigentlich zusteht. Seit 1999 gibt es die Bestrebung, diese Prozedur dem privaten Bereich gleichzustellen, aber in der Praxis ist es leider Gottes noch nicht so. Ich habe in meinem Beschlussantrag Landesrat Saurer zitiert, der am 4. November 2002 gesagt hat, dass die Programme Ende Oktober, das heißt im Oktober 2002 fertiggestellt worden seien und nun in Funktion treten würden. *“Wenn die EDV-Programme funktionieren und die entsprechenden Daten abrufbar sind, dann wird das Ganze schon schneller gehen.”* Das waren die Worte von Landesrat Saurer. Nun stellt sich die Frage, ob das Programm in Funktion ist und welches die Auszahlungszeiten sind. Die zuständige Amtsdirektorin wurde ja auch vom Landeshauptmann dazu angehalten, die Maßnahmen schneller durchzuführen, und deshalb möchte ich auch nachfragen, ob das konkrete Früchte getragen hat. Damit man hier Klarheit, Transparenz und Rechtssicherheit hat, schlage ich vor, dass der Zeitraum für die Auszahlung der Abfertigung sechs Monate nicht überschreiten sollte. Das ist das Anliegen dieses Beschlussantrages. und ich erwarte mir hier klare Auskünfte und eine Besserung.

**WIDMANN (Landesrat für Personal, Tourismus, Verkehr und Transportwesen, Handel und Dienstleistungen – SVP):** Die Landesverwaltung ist bereit, dem ausgeschiedenen Personal die gesamte Abfertigung vor auszuzahlen, falls das INPDAP damit einverstanden ist und dem Land die entsprechenden Kosten vergütet.

Das Pensionsamt der Personalabteilung hat im letzten Jahr die Rückstände bei den Abfertigungen erheblich reduziert, sodass sich die Verspätungen bei der Auszahlung auf circa 1 Jahr reduziert haben. Die Landesverwaltung ist aber nur bereit, den zu Lasten der Landesverwaltung gehenden Teil der Abfertigung vor auszuzahlen. Zur Zeit bestehen jedoch rechtliche Unklarheiten darüber, wie hoch der zu Lasten des Landes gehende Anteil für jene ist, die dem Laborfonds beigetreten sind. Der zu Lasten

des Landes gehende Anteil der Abfertigung macht zudem nicht 30 Prozent, sondern maximal 20 Prozent und weniger aus. Die staatliche Abfertigungskasse hat nämlich auf Anweisung des Schatzministeriums die Auszahlung der Abfertigung für jenes ausgeschiedene Personal einstweilen blockiert, das dem Laborfonds beigetreten ist. Die Bestimmungen des Staates und des Landes überschneiden sich hier also. Die Landesregierung ist auf jeden Fall bemüht, in dieser Frage in Kürze eine Lösung zu finden, und deshalb braucht es keine Beschlussfassung durch den Landtag.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Der letzte Satz kommt uns irgendwie bekannt vor. Da hat der Landesrat wohl prominente Zuflüsterer gehabt. Wir werden noch öfters hören, dass alles schon im Gang ist usw. Tatsache ist, dass die Leute auf die Abfertigung noch ein Jahr warten. Positiv zur Kenntnis zu nehmen ist die Bereitschaft des Landes, Vorauszahlungen vorzunehmen, aber wenn es zwischen Landes- und Staatsgesetzgebung Überschneidungen gibt, dann kann man das nicht auf die Arbeitnehmer abwälzen. Da muss die Landesregierung danach trachten, dass die Gesetze in Einklang gebracht werden. Wir bekommen jetzt das dritte Mal mehr oder weniger die gleiche Antwort. Es kommt eine neue Vertröstung dazu, denn jetzt ist auf einmal der Laborfonds daran Schuld, dass man hier nicht schneller handeln kann. Das interessiert die Arbeitnehmer herzlich wenig, Herr Landesrat! Für sie ist es nicht zumutbar, dass sie so lange auf die Abfertigung warten müssen. Ich nehme zur Kenntnis, dass der Teil, den die Landesverwaltung auszahlen muss, nicht 30 Prozent, sondern nur 20 Prozent und auch weniger beträgt. Für jemanden, der aus dem Dienst ausscheidet, ist das aber ein schönes Geld. Der Bürger sollte ein Recht, das ihm zusteht, sofort in Anspruch nehmen können. Das ist Aufgabe der öffentlichen Verwaltung, und ich würde mir erwarten, dass man mit den heutigen Möglichkeiten der EDV in der Lage ist, die Auszahlung der Abfertigung innerhalb von sechs Monaten vorzunehmen. Was die staatliche Zuständigkeit anbelangt, so ist die Sache natürlich etwas anders, aber auch in diesem Bereich erwarte ich mir, dass diese Überschneidungen überwunden werden und dass sich die Auszahlungsfristen verkürzen. Bei den Privaten geht das sehr schnell. Ich glaube nicht, dass es Private gibt, die die Abfertigung nach einem halben Jahr noch nicht ausgezahlt haben. Warum also funktioniert das bei der öffentlichen Verwaltung nicht? Wir wissen, dass die öffentliche Verwaltung in der Regel schwerfälliger ist, aber von "Schlankheitskuren" und "Entflechtung" – darüber reden ja immer alle – merkt man in der Praxis nicht allzu viel. Deshalb möchte ich, dass über diesen Beschlussantrag abgestimmt wird. Ich verlange ja nur, dass die vom Land direkt auszahlenden Beträge innerhalb von höchstens sechs Monaten an die Berechtigten zu überweisen sind. Ich sehe einfach keinen Grund, warum man immer noch diese Verzögerungen in Kauf nimmt.

**PRÄSIDENTIN:** Wir stimmen über den Beschlussantrag Nr. 26/03 ab: mit 8 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Die Behandlung der Tagesordnungspunkte 32 bis 36 ist vertagt.

**Punkt 37 der Tagesordnung: "Beschlussantrag Nr. 33/03 vom 28.11.2003, eingebracht von den Abgeordneten Leitner und Mair, betreffend die Neuabgrenzung und Wildregulierung im Nationalpark".**

**Punto 37) dell'ordine del giorno: "Mozione n. 33/03 del 28.11.2003, presentata dai consiglieri Leitner e Mair, riguardante la definizione dei nuovi confini e controllo della fauna selvatica del Parco nazionale".**

*Bis Mitte 2003 hätte die Neuabgrenzung des Nationalparks Stilfser Joch erfolgen sollen. Mehrere Grundeigentümer fordern die Ausklammerung von Flächen aus dem bestehenden Nationalpark, um ihre Höfe erhalten und verbessern zu können. Sie erwarten sich, dass die Verantwortlichen in Südtirol das unter dem faschistischen Regime begangene Unrecht wieder gut machen. Vor allem hoffen sie darauf, dass sie in den Entscheidungsprozess miteinbezogen werden. Zu Recht werfen sie in die Wagschale, dass sie sich der Erhaltung und Pflege der Natur- und Kulturlandschaft verpflichtet fühlen und dass sie dies angesichts des täglichen Existenzkampfes und der schweren Knochenarbeit bewiesen haben.*

*Die derzeitige Wildregulierung im Nationalpark stößt ebenfalls nicht auf ungeteilte Zustimmung und bedarf einer verbesserten Lösung. Sie wird von Fachleuten teilweise sogar als falsch bezeichnet, weil sie den Bedürfnissen der Menschen, der Wildpopulation und der gesamten Natur nicht gerecht wird.*

*Notwendig ist ein vernünftiges Zusammenleben von Menschen und wild lebenden Tieren sowie die Erhaltung des Lebensraumes für Mensch und Tier. Das Rotwild verursacht alljährlich beachtliche Verbissschäden. Die geltende Regelung für die Reduzierung des Rotwildbestandes wird von Fachleuten als nicht waidgerecht bezeichnet. So geraten die Abschüsse durch "geprüfte Schiesser" nach dem Motto "Zahl vor Wahl" immer stärker unter Beschuss. Tatsächlich sollen führende Tiere von den Kälbern weggeschossen und die natürliche Rudelbildung zerstört werden. Eine Bestandsregulierung sollte auf jeden Fall unter Berücksichtigung der Lebensweise der verschiedenen Tierarten durchgeführt werden.*

*Die Forderung, eine Wildregulierung durch Wiederansiedlung von Luchs, Wolf und Bär herbeizuführen, scheint unrealistisch und zeugt von wenig Kenntnis der tatsächlichen Gegebenheiten. Eine vernünftige und zukunftsweisende Wildregulierung im Nationalpark sollte am besten von der Parkverwaltung in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Jagdrevieren und unter wissenschaftlicher Beratung angestrebt werden, um eine tragfähige Basis für eine allen Seiten gerecht werdende Lösung zu erzielen. Die Wildregulierung selbst wird den Jagdrevieren übertragen.*

*Dies vorausgeschickt,*

fordert  
DER SÜDTIROLER LANDTAG,

1. dass die Grundeigentümer bei der Neuabgrenzung des Nationalparks mit einbezogen werden und dass das vom Faschismus verursachte Unrecht so weit als möglich beseitigt wird,
2. dass die Parkverwaltung in Zusammenarbeit mit den betroffenen Jagdrevieren eine Wildregulierung anstrebt, die am besten geeignet ist, ein vernünftiges Zusammenleben von Menschen und wild lebenden Tieren sowie die Erhaltung des Lebensraumes für Mensch und Tier sicherzustellen.

-----

Entro metà di quest'anno avrebbero dovuto essere definiti i nuovi confini del Parco nazionale dello Stelvio. Molti proprietari di terreni interni al Parco chiedono l'esclusione delle proprie aree per essere più liberi per quanto riguarda la conduzione dei masi, e si aspettano che i responsabili in Alto Adige pongano rimedio a un'ingiustizia commessa dal regime fascista. In particolare sperano di essere coinvolti nelle decisioni che verranno prese, dichiarando di ritenersi impegnati nella salvaguardia della natura e del quadro paesaggistico tradizionale, come del resto dimostra il loro duro lavoro nell'ambito di una quotidiana lotta per la sopravvivenza.

Gli attuali criteri di controllo della fauna selvatica nel Parco dello Stelvio non trovano tutti d'accordo e devono essere migliorati. Secondo gli esperti si tratta addirittura di una regolamentazione in parte sbagliata, in quanto non tiene conto delle esigenze delle persone, degli animali selvatici e della natura nel suo complesso.

Ciò a cui dobbiamo mirare è un'accettabile convivenza tra persone e animali selvatici nonché la salvaguardia dello spazio vitale per persone e animali. I cervi causano ogni anno notevoli danni da morso. Secondo gli esperti l'attuale regolamentazione volta a tenere sotto controllo la popolazione di cervi non è corretta da un punto di vista venatorio e di conseguenza gli abbattimenti effettuati dai "tiratori abilitati" all'insegna del motto "il numero è più importante della selezione" incontrano sempre più critiche, anche perché così facendo si abbattano i capibranco lasciando gli animali più giovani allo sbando e alterando la naturale formazione dei branchi. Il controllo della popolazione di animali selvatici dovrebbe comunque tenere conto delle abitudini di vita delle diverse specie.

La richiesta di tenere sotto controllo i cervi reintroducendo la lince, il lupo e l'orso appare poco realistica oltre che segno di una scarsa conoscenza della realtà. Per attuare una regolamentazione ragionevole e lungimirante è necessario che l'amministrazione del Parco operi in stretta collaborazione con le riserve di caccia e sulla base delle indicazioni degli esperti del settore, poiché solo così si potrà giungere a una soluzione che rispetti tutti. Il controllo della fauna selvatica dovrebbe essere affidato alla riserve di caccia.

Ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO  
chiede che

1. i proprietari di terreni siano coinvolti nella definizione dei nuovi confini del Parco nazionale e che le ingiustizie commesse dal fascismo siano quanto prima eliminate;
2. che l'amministrazione del Parco elabori assieme alle riserve di caccia una regolamentazione tale da garantire un'accettabile convivenza

*tra persone e animali selvatici nonché la salvaguardia dello spazio vitale di entrambi.*

Herr Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Danke, Frau Präsidentin! Ich habe diesen Beschlussantrag bereits in der vergangenen Legislatur eingereicht, aber er ist aufgrund der Landtagswahlen nicht mehr zur Behandlung gekommen. Die Aktualität ist wohl weiterhin gegeben. Wir haben ja gehört, was sich in letzter Zeit in Zusammenhang mit dem Nationalpark – Wildererei usw. – abgespielt hat. Es ist eine Tatsache, dass viele Menschen, die im Bereich des Nationalparks leben, mit der derzeitigen Situation nicht nur nicht zufrieden sind, sondern höchst unzufrieden sind. Sie haben das Gefühl, dass sie in ihrer Arbeit eingeschränkt werden und dass sie Regelungen zu befolgen haben, die unsinnig sind. Deshalb braucht es ein neues Fundament der Zusammenarbeit aller im Park Tätigen. Ich habe in meinem Beschlussantrag auf das Unrecht verwiesen, das sich aufgrund der Abgrenzung des Nationalparks ergeben hat. Die Bevölkerung des Vinschgaus hat den Eindruck, dass sie hier ein weiteres Mal von den eigenen Leuten betrogen bzw. eingeschränkt wird.

Anlässlich der Vorstellung des Buches zur Wildererei im Nationalpark, das für sehr viel Furore gesorgt hat, sind wir auch auf Dinge aufmerksam gemacht worden, die einfach nicht angehen und bei denen auch die Politik nicht wegschauen sollte. Die Politik sollte deshalb nicht wegschauen, weil man sonst wirklich nur mehr dem Stammtisch das Wort gibt. Wir wissen ja, was sich derzeit im Nationalpark alles abspielt. Es gibt die großen Bewunderer der alten Wilderer, es gibt die großen Gegner. Wir haben sehr vieles mitverfolgen können, was in den Grenzbereich einer Posse alla Ganghofer fällt. Es geht darum, dass man in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft und mit den Jagdrevieren eine Lösung in dem Sinn findet, dass die Abgrenzung des Nationalparks so erfolgt, dass alle damit leben können. Es kann doch nicht sein, dass man die Jagd im Nationalpark zu 100 Prozent einschränkt und dann einmal im Jahr eine Horde von ausgewählten Jägern in den Park schickt, die wahllos Wild entnehmen und die Tiere von einer zur anderen Talseite treiben. Sinnvoller wäre es, wenn man die Jagd im Nationalpark so abwickeln würde, wie sie sonst in Südtirol abgewickelt wird. Das wäre weid-, aber auch umweltgerechter. Das, was sich derzeit abspielt, ist ein einziges Gemetzel, und das in einem Nationalpark zu dulden, ist wirklich ein starkes Stück! Ich bin der Letzte, der für irgendwelche Wilderer das Wort ergreift, aber wir sehen, dass es dort, wo die Jagd reguliert ist, nicht zu solchen Phänomenen kommt. Bei allem Verständnis für Schutzbestimmungen muss man auch den Bauern, die dort leben, den nötigen Spielraum lassen, damit sie die eigenen Felder so bewirtschaften können, wie es auch anderswo üblich ist. Man sollte sich endlich einmal zusammensetzen, um eine gemeinsame Regelung für eine Neuabgrenzung zu finden. Das bestehende Unrecht muss endlich beseitigt werden. Die Parkverwaltung sollte in Zusammenarbeit mit den betreffenden Jagdrevieren eine Wildregulierung anstreben, die dazu

geeignet ist, ein vernünftiges Zusammenleben von Mensch und Tier zu garantieren sowie die Erhaltung des Lebensraumes für Mensch und Tier sicherzustellen. Deshalb ersuche ich um Zustimmung zu diesem Beschlussantrag.

**LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Umwelt und Energie, Natur und Landschaft, Landesagentur für Umwelt und Arbeitsschutz, Wasser und Energie – SVP):** Der Nationalpark Stilfser Joch ist im Gegensatz zu den Naturparks anders aufgebaut, und zwar sowohl hinsichtlich der Philosophie, als auch hinsichtlich der Führung. Er ist aufgrund einer staatlichen Bestimmung errichtet worden. Es gibt Gremien, die Entscheidungen treffen, die nicht immer im Interesse der betroffenen Gemeinden und Grundeigentümer sind. Es ist so, dass für den Anteil, den Südtirol am Nationalpark hat, schon vor längerer Zeit der Versuch unternommen wurde, eine Neuabgrenzung und eine Neuzonierung herbeizuführen. Man möchte nach dem Vorbild der Naturparks den bewohnten Siedlungsraum ausklammern und innerhalb des verbleibenden Parkanteils eine verschiedenartige Schutzintensität festschreiben.

Was die Neuabgrenzung betrifft, so ist dies eine Angleichung an die Situation, die das Trentino bereits hat. Ende des letzten Jahres war man kurz vor der Beschlussfassung, aber dann hat ein Einwand der Provinz Trient zu einer Vertagung geführt. Vor wenigen Tagen hat man dieses Thema in Rom neuerlich aufgegriffen, und es scheint, dass man jetzt davon ausgehen kann, dass es in absehbarer Zeit wieder auf die Tagesordnung kommt, damit endlich eine Neuabgrenzung und Neuzonierung gemacht werden kann. Das ist ein altes und berechtigtes Anliegen der Gemeinden und Grundeigentümer. In Bezug auf die Wildregulierung ist mit Mühe und Not und auf massiven Druck der Gemeinden und Bauern eine Regelung gefunden worden, die vorsieht, dass man jährlich eine Entnahme von Wild herbeiführen kann. Dieses Projekt nennt sich "Wildregulierung im Nationalpark Stilfser Joch (Perco-Kommission)", und in diesem ist vorgesehen, dass geschulte und geprüfte Jäger in Begleitung des Parkpersonals eine entsprechende Wildentnahme vornehmen können. Meiner Meinung nach ist die Anzahl der zu schießenden Tiere aber noch immer zu gering, da die Wildschäden sehr beträchtlich sind. Aber immerhin hat man erkannt, dass die Jagd im Sinne von Hege und Pflege und im Sinne eines Ausgleichs des Öko-Systems sehr wohl sinnvoll und auch notwendig ist. Die Forderung einer Wildregulierung durch die Wiedereinbürgerung von Luchs, Wolf und Bär wurde eigentlich zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in Erwägung gezogen, und zwar auch deshalb nicht, weil diese Beutegreifer die Problematik nicht lösen würden. Natürlich ist hier auch im Bereich der Sensibilisierung und Information sehr viel zu machen. Schließlich ist der Park gegen den Willen der Gemeinden errichtet worden.

Was die Teilnahme der Bauern an der Planung des Nationalparks betrifft, muss ich Ihnen mitteilen, dass diese Interessengruppe sehr wohl aktiv eingebunden war. Das Außenamt des Bauernbundes in Glurns hat eine ganze Reihe von Informationsveranstaltungen organisiert und zudem über einen längeren Zeitraum hinweg auch

Sprechstunden angeboten, damit sich jeder einzelne persönlich informieren konnte. Ich hoffe, dass es gelingen wird, in absehbarer Zeit die Neuabgrenzung und Neuzonierung herbeizuführen.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Herr Landesrat, habe ich richtig verstanden, dass Sie diesen Beschlussantrag annehmen? Denn dann würde ich auf die Replik verzichten.

**LAIMER (SVP):** *(unterbricht)*

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich war so intensiv mit diesen "selecontrollori" beschäftigt, die mich einfach erschrecken. Das, was man hier als "Wildentnahme" bezeichnet, hat mit Jagd nichts zu tun! Da geht man einfach her und erlegt das zum Abschuss freigegebene Wild. Das ist ein einziges Gemetzel! Herr Landesrat, Sie sind selbst Jäger, und deshalb müsste Ihnen eigentlich jedes einzelne Tier leid tun, das auf diese Art und Weise erlegt wird. Die Tiere werden ja nicht weidgerecht erlegt. Ich weiß, dass die Jagd in Südtirol von vielen europäischen Ländern bewundert wird, weil sie besser ist als anderswo. Das gilt aber nicht für den Nationalpark, denn dort ist sie verboten. Dort findet das statt, was sich eigentlich kein Jäger anschauen sollte. Dass gerade dort am meisten gewildert wird, weil die Jäger, die in diesen Gemeinden ansässig sind, nicht auf die Jagd gehen können, ist logisch. Die dort ansässigen Jäger müssen zuschauen, wie Leute, die von außen kommen, das Wild erlegen, indem sie es von einer auf die andere Talseite treiben und dann erschießen, so à la Honecker, der in den Hauspatschen vom schönsten Stand aus die besten Stücke erlegen konnte, weil sie dort aufgezogen worden sind. Das ist im Prinzip dasselbe! Das hat mit Jagd nichts zu tun!

Dass man die Bauern miteinbezogen hat, nehme ich zur Kenntnis. Es hat immer wieder Klagen gegeben, dass diese Neuzonierung nicht stattfindet. Ich erinnere daran, dass das bis Mitte des Jahres 2003 über die Bühne hätte gehen sollen. Jetzt sind wir im Februar 2004 und es ist immer noch nichts geschehen, und es schaut auch nicht danach aus, als ob hier weiß Gott was passieren könnte. Dass ein Nationalpark anders geregelt ist als ein Naturpark wissen wir, aber man kann sich nicht darauf hinausreden, dass beim Nationalpark Stilfser Joch auch die Lombardei und das Trentino mitzureden haben. In Trient ist die Sache ja offensichtlich besser geregelt bei uns. Wenn das Trentino eine bessere Regelung gefunden hat, dann werden wir das wohl auch schaffen!

**LAIMER (SVP):** *(unterbricht)*

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Umso weniger verstehe ich es, dass Sie den Beschlussantrag dann doch nicht annehmen, Herr Landesrat. Wir könnten ein



bisschen Bewegung in diese Angelegenheit bringen. Ich weiß, dass die Bevölkerung, die im Nationalpark lebt, eine Regelung will, die anders aussieht als die heutige. Natürlich gibt es verschiedene Vorstellungen, aber es muss ein Kompromiss gefunden werden, und wenn man alle an einen Tisch bringt, dann wäre ein solcher sicher möglich. Ich verstehe diese Haltung der Landesregierung beim besten Willen nicht.

**PRÄSIDENTIN:** Wir stimmen über den Beschlussantrag Nr. 33/03 ab: mit 5 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Herr Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich beantrage die Vertagung der Behandlung aller weiteren Beschlussanträge, die von den Freiheitlichen eingebracht worden sind.

**PRÄSIDENTIN:** In Ordnung.

Punkt 41 der Tagesordnung: **“Beschlussantrag Nr. 37/03 vom 1.12.2003, eingebracht von den Abgeordneten Klotz und Pöder, betreffend die Verringerung nächtlicher Lichtkonzentrationen – Umstellung von den Quecksilber-Hochdrucklampen auf Natriumdampflampen”.**

Punto 41) dell'ordine del giorno: **“Mozione n. 37/03 del 1.12.2003, presentata dai consiglieri Klotz e Pöder, riguardante la riduzione delle emissioni luminose notturne – sostituzione delle lampade ai vapori di mercurio con lampade ai vapori di sodio”.**

*Die Welt ist in den letzten Jahrzehnten immer heller geworden. Wenn es Nacht wird, beginnen Tausende Lichtquellen zu strahlen. Von den Städten, Ortschaften, Gebäuden und Straßen bis zu den Bergbahnen im Gebirge erobern nächtliche Lichtkonzentrationen mehr und mehr die Landschaft.*

*Seit es immer heller und greller wird, verändern sich die Lebensbedingungen vieler Tiere dramatisch. Milliarden von Insekten und Vögeln gehen jährlich in die tödlichen Lichtfallen. Sie orientieren sich bei ihren Flügen am UV-Licht des Mondes bzw. der Himmelskörper. Ihr Sehmaximum liegt im UV-Bereich des Lichtspektrums.*

*Die auch in Südtirol überwiegend verwendeten Quecksilberdampf-Hochdrucklampen strahlen einen großen Teil des Lichtes in den für den Menschen unsichtbaren UV-Bereich aus. Dadurch werden die lichtempfindlichen Tiere geblendet und in ihrer Orientierung fehlgeleitet. Sie fliegen die Leuchtkörper an, bis sie vor Erschöpfung verenden oder verbrennen.*

*Für den Artenschutz stellt diese Tatsache ein zunehmendes Problem dar, denn ein Großteil der Insektenarten Mitteleuropas ist nachtaktiv. Allein von den in Tirol nachgewiesenen ca. 2700 Schmetterlingsarten*

*sind gut 85 % nachtaktiv und einige auch geschützt. Die Gefährdung bereits seltener Arten steigt zunehmend an. Starke Beleuchtung gefährdet auch Zugvögel. Während der Vogelflugzeit wird von verirrtten, orientierungslosen Zugvogelschwärmen berichtet, die durch starke Lichtkonzentrationen fehlgeleitet werden.*

*Die Notwendigkeit der Beleuchtung von Straßen, Plätzen und Wegen für Fußgänger und Fahrzeuge steht außer Zweifel. Es gibt jedoch Möglichkeiten, den nachtaktiven Insekten ein Überleben zu erleichtern und gleichzeitig Energiekosten zu sparen. Viele Gemeinden des Bundeslandes Tirol, aber auch die Stadtgemeinde Bozen, stellen vermehrt auf Natriumdampf-Hochdrucklampen bzw. Metaldampf-Leuchten um, die mit weniger Leistung gleich viel Licht erzeugen wie die Quecksilber-Hochdrucklampen. Weitere Vorteile sind: 1. geringerer Wartungsaufwand durch geringere Verschmutzung, 2. Langlebigkeit, 3. höhere Lichtausbeute (Energiesparpotential 30-40 %), 4. größere Reichweite, v. a. bei Nebel, 5. kein Entsorgungsproblem, da die Lampe kein Quecksilber enthält.*

#### DER SÜDTIROLER LANDTAG

*beschließt daher,*

*die Landesregierung zu verpflichten, nach dem Beispiel des Bundeslandes Tirol, welches die Umstellung seiner Gemeinden auf Natriumdampflampen finanziell fördert, die Südtiroler Gemeinden zur Umstellung zu ermutigen und sie dabei mit eigenen Beiträgen zu unterstützen.*

-----

*Negli ultimi decenni la terra è andata facendosi sempre più luminosa. Quando cala la notte si accendono migliaia di luci. Dalle città e le località, dagli edifici e le strade fino alle funivie le concentrazioni di luci notturne si vanno progressivamente espandendo.*

*Da quando ci sono sempre più luci e sempre più abbaglianti, le condizioni di vita di molti animali stanno cambiando drammaticamente. Ogni anno miliardi di insetti e uccelli finiscono nelle mortali trappole luminose. Nei loro voli si orientano secondo la luce ultravioletta irradiata dalla luna e dai corpi celesti e la loro capacità visiva arriva fino allo spettro ultravioletto.*

*Le lampade ai vapori di mercurio ad alta pressione, le più usate anche in Alto Adige, emettono soprattutto nella regione ultravioletta, invisibile all'occhio umano. Ciò porta gli animali sensibili a questa luce ad essere abbagliati e perdere l'orientamento. Essi volano verso i corpi luminosi fino a morire di sfinimento o bruciati.*

*Per la tutela delle specie questo fatto rappresenta un problema crescente, perché buona parte delle specie di insetti esistenti in Europa centrale è attiva di notte. Considerando le sole 2700 specie di farfalle ca. documentate in Tirolo, l'85% è attiva di notte ed alcune di esse sono anche protette. Aumenta sempre più il pericolo per specie già rare. Una forte illuminazione rappresenta un pericolo anche per gli uccelli migratori. Durante il periodo delle migrazioni giunge notizia di stormi di uccelli smarriti e senza orientamento a cui forti concentrazioni luminose hanno fatto sbagliare strada.*

*E' fuori dubbio che bisogna provvedere all'illuminazione di vie, piazze e strade per i pedoni e per gli automobilisti. Tuttavia vi sono modi per facilitare la sopravvivenza degli animali attivi di notte e nel contempo*

*risparmiare sui costi energetici. In molti comuni del Land Tirolo, ma anche nel Comune di Bolzano, si passa sempre più spesso alle lampade ai vapori di sodio ad alta pressione oppure alle lampade ad alogenuro metallico che con una potenza inferiore producono la stessa quantità di luce delle lampade ai vapori di mercurio ad alta pressione. Altri vantaggi sono: 1. meno costi per interventi di manutenzione perché si sporcano meno, 2. lunga durata, 3. maggiore efficienza luminosa (potenziale di risparmio energetico del 30-40%), 4. luce con maggiore portata, soprattutto in caso di nebbia, 5. nessun problema nello smaltimento, poiché la lampada non contiene mercurio. Pertanto,*

**IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO**  
delibera di impegnare

*la Giunta provinciale, sull'esempio del Land Tirolo, che sovvenziona il passaggio dei propri comuni alle lampade ai vapori di sodio, a incoraggiare i comuni dell'Alto Adige a fare questo passaggio, aiutandoli con contributi a tale scopo.*

Frau Abgeordnete Klotz, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

**KLOTZ (UFS):** Es gibt eine sehr eindringliche Broschüre mit dem Titel "Die helle Not", ein Gemeinschaftsprojekt des Tiroler Landesumweltanwaltes und des Tiroler Landesmuseums "Ferdinandeum". In dieser Broschüre wird dargelegt, welche Folgen diese Art der Lichtquellen gerade für nachaktive Falter und Insekten haben und wie viele Arten bereits bedroht sind. *"Allein von den in Tirol nachgewiesenen circa 2.700 Schmetterlingsarten sind gut 85 Prozent nachaktiv und einige auch geschützt."* Die Lichtquellen wirken sich äußerst negativ auf diese Tiere aus. Ich habe vor einigen Monaten einen Rundruf gemacht, wobei ich festgestellt habe, dass eigentlich nur die Gemeinde Bozen diese Problematik ernst nimmt und die Beleuchtung auf Natriumdampf-Hochdrucklampen umstellt. Diese Lampen sind außerdem energiesparender und erzeugen eine andere Art von Licht, und deshalb gibt es in diesem Zusammenhang sehr viele Vorteile.

In dieser Broschüre wird auch auf die Gefährdung der Zugvögel durch diese starke Beleuchtung hingewiesen. *"Vielfach wird während der Vogelflugzeit von verirrten, orientierungslosen Zugvogelschwärmen berichtet, die auf ihrem Flug in den Süden durch starke Lichtkonzentrationen beispielsweise von Sky-Beamern fehlgeleitet werden. Die Natriumdampf-Hochdrucklampe hätte neben der deutlich längeren Lebensdauer gegenüber der Quecksilberdampf-Hochdrucklampe pro Watt eine doppelt bis fast drei Mal fast so hohe Lichtausbeute. Mit der heutigen Technik ist sogar eine stufenweise Leistungsreduzierung der Lampen möglich. Abgesehen davon ist das Entsorgungsproblem nicht gegeben, da die Lampe kein Quecksilber enthält."* Landesrat Laimer hat einmal gesagt, dass bereits die Möglichkeit besteht, das zu fördern, aber mein Rundruf bei verschiedenen Gemeinden hat gezeigt, dass hier weder der Wille zur Umstellung, noch die Kenntnis irgendeiner Fördermöglichkeit besteht. Wie gesagt, ich

halte es für sehr wichtig, dass die Südtiroler Gemeinden zur Umstellung von Quecksilberdampf-Hochdrucklampen auf Natriumdampf-Hochdrucklampen ermutigt werden. Wenn es diese Förderung gibt, dann wissen die Gemeinden davon wahrscheinlich nichts, aber Landesrat Laimer wird uns sicher sagen, über welche Ämter diese Förderung läuft. Es ist nur die Gemeinde Bozen, die hier Sensibilität gezeigt und mir auf diesen Rundruf hin versichert hat, dass sie bereits dabei sei umzustellen. Man sollte die Gemeinden dazu ermutigen, endlich auf die Natriumdampf-Hochdrucklampen umzustellen. Das wäre im Sinne der nachaktiven Lebewesen, aber auch im Sinne der Kosten- und Energieeinsparung und im Sinne einer leichteren Entsorgung dieser Materialien.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Wir unterstützen diesen Beschlussantrag. Vielleicht kann sich die Abgeordnete Klotz noch daran erinnern, dass ich in der letzten Legislatur einen Gesetzentwurf zur Einschränkung von Lichtquellen eingebracht hatte. Es gibt eine ganze Reihe von Mücken und Faltern, die aufgrund dieser Lichtquellen zugrunde gehen. Außerdem verlieren die Vögel ihre Orientierung. Es ist eigentlich ganz angenehm, wenn man zwischendurch auch einmal den Sternenhimmel sehen kann, der in der heutigen Zeit ja fast nicht mehr zu sehen ist, nachdem uns so viele Lichtquellen daran hindern.

Mein Gesetzentwurf ist abgelehnt worden, aber dankenswerterweise ist meine Anregung in die Raumordnung aufgenommen worden. Bei der Bauordnung, die die Gemeinden zu erlassen haben, ist ein Absatz hinzugefügt worden, dass die Gemeinden das zu regeln haben. Ich finde es gut, dass diese Gesetzeslücke behoben worden ist und die Gemeinden tätig werden können. Allerdings kann die Forderung der Abgeordneten Klotz, die Gemeinden noch einmal daran zu erinnern, dass es umweltverträglichere Materialien, die eine Reihe von Vorteilen mit sich bringen, gibt, nicht schaden, und deshalb können wir uns mit diesem Beschlussantrag völlig einverstanden erklären.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Auch ich werde diesem Beschlussantrag zustimmen. Ich kann mir vorstellen, dass die Gemeinden, die ihr Beleuchtungsnetz in den letzten Jahren neu errichtet haben, damit überfordert wären, wenn sie das alles austauschen müssten, aber es wäre wahrscheinlich auch möglich, die Lampen nach und nach zu ersetzen. Deshalb ist die Aufforderung, dass die Gemeinden dazu ermutigt werden sollen, sicher in Ordnung. Ich bin zu wenig Fachmann, um das auch technisch beurteilen zu können, aber von der Ausrichtung her ist diesem Beschlussantrag nur zuzustimmen.

**LAIMER (Landesrat für Raumordnung, Umwelt und Energie, Natur und Landschaft, Landesagentur für Umwelt und Arbeitsschutz, Wasser und Energie – SVP):** Natriumdampf-Hochdrucklampen werden vermehrt gekauft, aber sie sind in der Anschaffung relativ kostenintensiv, weil es außer dem eigenen Leuchtkopf und der Lampe auch ein Vorschaltgerät mit Zünder braucht. Diese Technologie wird vom Landesgesetz zur Energieeinsparung – Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a) des Landesgesetzes Nr. 4 vom 19. Februar 1993 - gefördert. Die Abgeordnete Klotz hat die Vorteile aufgelistet: geringerer Wartungsaufwand, Langlebigkeit, höhere Lichtausbeute, größere Reichweite und keine Entsorgungsprobleme. Ich teile den Beschlussantrag vollinhaltlich und deshalb kann ich ihm nur zustimmen.

**PRÄSIDENTIN:** Die Frau Abgeordnete Klotz verzichtet auf die Replik.

Wir stimmen über den Beschlussantrag ab: mit 3 Stimmenthaltungen und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Jetzt käme der Beschlussantrag Nr. 38/03 zur Behandlung. Nachdem Landesrat Theiner, der für die Beantwortung zuständig wäre, heute entschuldigt abwesend ist, würde ich vorschlagen, dass wir die Behandlung dieses Beschlussantrages vertagen. Sind Sie damit einverstanden, Frau Abgeordnete Klotz?

**KLOTZ (UFS):** Ja.

**PRÄSIDENTIN:** Danke.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 44 – Beschlussantrag Nr. 40/03 -, eingebracht von den Abgeordneten Kury, Heiss und Kusstatscher.

Frau Abgeordnete Kury, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Frau Präsidentin, ich möchte Sie fragen, wer hier der Ansprechpartner ist.

**PRÄSIDENTIN:** Frau Abgeordnete Kury, die Abstimmung über zwei andere diesbezügliche Beschlussanträge ist ausgesetzt worden, weil man dem Präsidium die Möglichkeit geben wollte, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Dann ersuche ich um Vertagung auch dieses Beschlussantrages auf die nächste Sitzungssession.

**PRÄSIDENTIN:** In Ordnung.

Punkt 46 der Tagesordnung: **“Beschlussantrag Nr. 42/03 vom 10.12.2003, eingebracht von den Abgeordneten Kury, Heiss und Kusstatscher, betreffend die Errichtung einer Mobilitätszentrale in Bozen”.**

**Punto 46 dell'ordine del giorno: "Mozione n. 42/03 del 10.12.2003, presentata dai consiglieri Kury, Heiss e Kusstatscher, riguardante la centrale della mobilità."**

*Verkehrspolitik darf sich nicht nur auf technische und dirigistische Lösungen wie den Bau von Strassen bzw. Erlassen von Gesetzen und Einführung von Steuern beschränken, es braucht auch ein "intelligentes" Mobilitätsmanagement, das durch Information, Koordination und Kommunikation eine optimale Nutzung der vorhandenen Verkehrsmittel und Transportmöglichkeiten ermöglicht.*

*Ein wichtiger Teil eines effizienten Mobilitätsmanagements ist die Mobilitätszentrale. Sie ist die persönliche Anlaufstelle für Informationen und Dienstleistungen über alle vorhandenen Verkehrsträger und Mobilitätsformen des Personenverkehrs im städtisch/regionalen Bereich.*

*Um unsere Mobilität möglichst effizient und umweltverträglich zu gestalten, müssen die Stärken der einzelnen Verkehrsträger konsequent ausgenutzt werden. Dazu bedarf es einer besseren Integration der unterschiedlichen Mobilitätsformen. Vielfach erleben wir heute, dass bestehende Verkehrsunternehmen nebeneinander und nicht miteinander arbeiten - zum Schaden der Kunden und Betreiber.*

*In Südtirol ist die Information über das Angebot der verschiedenen Transportbetreiber und Mobilitätsmöglichkeiten sehr mangelhaft und ein Hauptgrund für die Nichtbenutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Die elektronische oder telefonische Fahrplanabfrage ist für viele Menschen - besonders auch für Touristen - nicht zugänglich oder nicht verständlich. An den Fahrkartenschaltern der Bahnhöfe (s. Bozen) verursachen Reiseauskünfte und Beratungen häufig lange Warteschlangen zum Unmut der Reisenden. In der Nacht und am Wochenende sind die meisten Schalterstellen geschlossen. An den kleineren Bahnhöfen gibt es überhaupt keine Auskunftsangebote.*

*Mobilitätszentralen sind schon heute vor allem in Deutschland mit etwa 60 Einrichtungen operativ. Besonders geschätzt wird von Kunden im Allgemeinen der persönliche Service und die Bündelung der Beratungsleistungen. Die Mobilitätszentrale muss zentral gelegen und leicht zugänglich sein (am besten am Bahnhof) und ausreichend lange Öffnungszeiten haben.*

*In Südtirol wurde erst kürzlich eine umfassende Studie über bereits bestehende Mobilitätszentralen und ein mögliches Konzept für Südtirol vorgestellt. Darin werden folgende Kerntätigkeiten vorgeschlagen:*

*- Information über Mobilitätsangebote und Fahrkartenverkauf für Bahn- und Buslinien, überregionale Linien, Regionalverkehr in den Nachbarregionen, Auskünfte über Seilbahnen und touristischen Sonderverkehr; Verkauf aller Fahrkartentypen des Südtiroler Verbundsystems, auch telefonisch und über Internet;*

*- Mobilitätsberatung für Betriebe, öffentliche Einrichtungen, Schulen und Erstellung von Mobilitätsplänen für Einrichtungen und Veranstaltungen;*

*- Pakete für Fremdenverkehr und Veranstaltungen: Erstellung von Angebotspaketen, Kontakte zwischen Tourismusorganisation/ Veran-*

*staltern und Mobilitätsdienstleistern, Erstellung und Vertrieb von kombinierten Angeboten (Kombitickets Eintritt-Anreise, etc.);*  
*- zusätzliche Tätigkeiten in Zusammenarbeit mit den zuständigen Anbietern: Betreuung der konventionierten Verkaufsstellen des Verbundsystems (Schulung, Belieferung);*  
*- Callcenter für Carsharing und Rufbus-/Sammeltaxisysteme;*  
*- Verwaltung des Beschwerde- und Vorschlagswesens für den öffentlichen Verkehr in Südtirol, Qualitätsentwicklung aus Kundensicht (in Zusammenarbeit/Absprache mit Landesverwaltung, Linienbetreibern und Verbraucherorganisationen) etc.*  
*Grundlegende Voraussetzung für die Errichtung einer Mobilitätszentrale in Südtirol ist der Aufbau eines elektronischen Auskunft- und Verkaufssystems für Mobilitätsdienstleistungen, das landesweit - auch für die Reservierungstätigkeit - genutzt werden kann (Callcenter, Internet, Außenstellen der Mobilitätszentrale in anderen Provinzstädten, evtl. Tourismusvereine, etc.). Der Aufbau eines derartigen Instruments ist bereits im aktuellen Entwurf zum Landesverkehrsplan vorgesehen ("informatische Plattform für die Mobilitätsdienstleistungen").*  
*Mit der baldigen Wiedereröffnung der Vinschgauer Bahn ergeben sich für Südtirol neue und interessante Mobilitätsmöglichkeiten für den Berufsverkehr und die Freizeitgestaltung. Die notwendige Vermarktung integrierter Reiseangebote wäre über das Netzwerk einer Mobilitätszentrale auf regionaler und internationaler Ebene möglich.*  
*All dies vorausgesetzt,*

*fordert*

**DER SÜDTIROLER LANDTAG**

*die Landesregierung auf,*  
*die Errichtung einer Mobilitätszentrale in Bozen für die Mobilitätsdienstleistungen des Landes zu planen und baldmöglichst zu verwirklichen.*

-----

*La politica dei trasporti non può limitarsi ad emanare provvedimenti tecnici e dirigitici come la costruzione di strade, l'approvazione di leggi e l'introduzione di tasse. È necessaria una strategia manageriale "intelligente" che permetta - grazie ad una corretta informazione e ad un adeguato coordinamento - un utilizzo ottimale dei mezzi e delle offerte di trasporto.*

*Parte integrante di una strategia della mobilità efficiente è e rimane la centrale della mobilità. Essa è il punto di raccolta di tutte le informazioni e di tutti i servizi inerenti i vari mezzi di trasporto e le diverse forme di mobilità per il trasporto locale e regionale.*

*Per far sì che la nostra mobilità sia la più efficace e meno inquinante possibile vanno sfruttati appieno i vantaggi dei singoli mezzi di trasporto. A tal fine è necessario integrare in modo ottimale i diversi mezzi di trasporto. Purtroppo si assiste spesso al fatto che le imprese di trasporto non collaborino, ma lavorino ognuna per conto suo, cosa che danneggia sia l'utente che il gestore.*

*In Alto Adige le informazioni sulle offerte dei diversi gestori di mezzi di trasporto e sulle possibili forme di mobilità non sono per nulla esaurienti e rappresentano uno dei motivi principali del mancato utilizzo dei mezzi di trasporto pubblico. Non tutte le persone, in particolar modo i turisti, possono accedere o sono in grado di accedere alle informa-*

zioni sugli orari via telefono o utilizzando apparecchiature elettroniche. Presso le biglietterie delle stazioni ferroviarie (vedasi Bolzano) le richieste di informazioni comportano spesso la formazione di lunghe file, cosa che infastidisce non poco gli utenti. Durante la notte e il fine settimana la maggior parte delle biglietterie è chiusa. Nelle stazioni più piccole non c'è alcuna possibilità di ottenere informazioni.

Molte centrali della mobilità sono già operative soprattutto in Germania che conta ca. 60 centrali. I clienti apprezzano soprattutto il servizio di consulenza personale e il raggruppamento dei servizi di informazione. Le centrali della mobilità devono trovarsi in un luogo centrale (possibilmente presso le stazioni ferroviarie), essere facilmente accessibili e prevedere tempi di apertura sufficientemente lunghi.

Solo poco tempo fa in Alto Adige è stato presentato un ampio studio sulle centrali della mobilità già esistenti ed è stato presentato un possibile progetto per l'Alto Adige. In questo studio si propongono le seguenti attività principali per queste centrali:

- informazione sulle offerte di mobilità e vendita di titoli di viaggio per le linee ferroviarie, le autolinee regionali e sovraregionali, i servizi regionali nelle regioni limitrofe, informazioni su funivie e trasporti speciali nel campo turistico, vendita di tutti i titoli di viaggio dello STI, anche via telefono e via internet;

- consulenza sulla mobilità per aziende, enti pubblici, scuole e redazione di piani di mobilità per enti e per singole manifestazioni;

- pacchetti per il turismo e per singole manifestazioni: realizzazione di pacchetti di offerte, cura dei contatti tra organizzazioni turistiche/organizzatori di manifestazioni e aziende di trasporto, realizzazione e vendita di offerte combinate (biglietti combinati viaggio-ingresso, ecc.);

- attività aggiuntive in collaborazione con i gestori locali: assistenza ai punti vendita convenzionati dello STI (formazione, forniture);

- callcenter per il carsharing e per i servizi di trasporto a chiamata;

- gestione dei reclami e delle proposte per il trasporto pubblico in Alto Adige, miglioramento della qualità dal punto di vista dell'utente (in collaborazione/d'intesa con l'amministrazione provinciale, i gestori di servizi di trasporto pubblico e le organizzazioni dei consumatori) ecc.

Requisito fondamentale per l'apertura di una centrale della mobilità in Alto Adige è la creazione di un sistema di informazione e vendita elettronico per i servizi di mobilità che operi a livello provinciale, anche per la prenotazione posti (callcenter, internet, sedi periferiche della centrale della mobilità in altre città della provincia, eventualmente associazioni turistiche, ecc.) La creazione di un tale strumento è prevista nell'attuale bozza del Piano provinciale dei trasporti ("piattaforma informatica per i servizi di mobilità").

Con la prossima apertura della ferrovia della Val Venosta per l'Alto Adige si aprono nuove e interessanti possibilità di mobilità per pendolari, escursionisti e vacanzieri. La necessaria offerta e vendita di pacchetti di viaggio attraverso la rete della centrale di mobilità potrebbe essere effettuata sia a livello regionale che a livello internazionale.

Tutto ciò premesso

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO

invita



*la Giunta provinciale  
a pianificare l'istituzione di una centrale della mobilità a Bolzano per i  
servizi di mobilità della Provincia e a realizzarla quanto prima.*

Herr Abgeordneter Kusstatscher, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

**KUSSTATSCHER (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):**

Danke, Frau Präsidentin! Wer sich diese relativ ausführlichen Prämissen durchgelesen hat, hat im Wesentlichen auch die Argumentation vernommen, warum die Errichtung dieser Mobilitätszentrale konkret angegangen werden soll. Im Beschlussantrag ist vom Entwurf des Landesverkehrsplanes die Rede, aber inzwischen ist es ja kein Entwurf mehr. Dieser Beschlussantrag wurde ja bereits in der letzten Legislaturperiode ausgearbeitet, und der Landesverkehrsplan ist inzwischen ja schon in Kraft. Im selben ist auch der Wille erklärt, dass in diese Richtung gearbeitet wird. Ebenfalls erwähnt ist die Mobilitätszentrale in der Regierungserklärung des Landeshauptmannes.

Ein weiterer wichtiger Grund, warum das jetzt angegangen werden soll, ist auch die Vinschger Bahn, die im Sommer in Betrieb gehen soll. Knapp vor Weihnachten hat es eine Tagung gegeben, bei der es um die Verkehrsintegration gegangen ist. Wir hatten damals ja noch geglaubt, dass Richard Theiner der für den Verkehr zuständige Landesrat werden würde. Auf jeden Fall war auch er bei dieser Tagung anwesend und hat der Idee der Mobilitätszentrale zugestimmt.

Im Wesentlichen geht es darum, dass Informationen verbessert, gebündelt und zusammengeführt werden. Die derzeitige Informationsentwicklung soll miteingebunden werden, denn teilweise kommt es einem ja so vor, als ob die Eisenbahn noch in der Gründerzeit liegen würde. Jeder, der öfters mit der Eisenbahn fährt und zum Informationsschalter am Bahnhof Bozen geht, wird feststellen, wie schlampig und schlecht die ganze Sache ist. Jeder, der in einem Bahnhof zusteigt, wo es keine Fahrkartenschalter gibt, sondern wo es nur mehr Rangier- und Schaltpersonal gibt, wird feststellen, dass dieses Personal keine Informationen erteilen kann. Ich habe einmal auf den Zug gewartet, da ich jemanden abholen musste. Dann habe ich einen Anruf bekommen und habe erfahren, dass der Zug am Brenner steht, aber die Bahnbeamten haben darüber nicht Bescheid gewusst. Es kommt auch vor, dass ein Zug einfach ausfällt und den Leuten das aber nicht gesagt wird. Hier fehlt es also an Kommunikation, und deshalb braucht es eine Mobilitätszentrale.

Wir haben den Eindruck, dass man, wenn es um Verkehrsprobleme geht, immer schnell daran denkt, neue Straßen und Infrastrukturen zu bauen, anstatt die derzeitigen Infrastrukturen effizienter und besser auszulasten. Die Mobilitätszentrale soll aber auch eine Dienststelle für all jene sein, die Fragen in Bezug auf besondere Anlässe, Großveranstaltungen usw. haben. Die Kerntätigkeiten dieser Mobilitätszentrale sind im Beschlussantrag klar aufgelistet. Es geht um Informationen, um den Fahrkartenvorverkauf über Internet, um die Beratung für Betriebe, öffentliche Einrichtungen und Schulen, um die Erstellung von Plänen für Einrichtungen und Veranstaltungen,

um Pakete für den Fremdenverkehr usw. Wir haben beim Tourismus ja gänzlich auf den Pkw gesetzt und dabei die Bahn vergessen. Es geht aber auch um neue kurzfristige Angebote, die intelligenter sind. Wir brauchen da nichts Neues erfinden. Wenn eine bestimmte Anzahl von Leuten beisammen ist, dann soll man sich über diese Mobilitätszentrale relativ schnell einen Bus bestellen können.

Aufgrund dieser differenziert festgelegten Punkte ersuchen wir um Zustimmung zu diesem Beschlussantrag.

**WIDMANN (Landesrat für Personal, Tourismus, Verkehr und Transportwesen, Handel und Dienstleistungen – SVP):** Besonders für Touristen und Personen ohne Interneterfahrung ist es natürlich schwierig, sich im Internet über Fahrpläne und Fahrpreise zu informieren. Die Koordinierung der Bus- und Bahnverbindung kann sicher noch stark verbessert werden. Sowohl der Verkehrsverbund als auch die Bahn verfügen über Telefonzentralen, die über grüne Nummern erreichbar sind. Bei Streik oder in anderen kritischen Zeiten sind diese Nummern allerdings genauso überfordert wie die beiden Internetseiten.

Die Informatikplattform für die Mobilitätsdienstleistungen, wie sie im Transportplan unter Kapitel 622 in der deutschen Ausgabe auf Seite 124 bis 126 vorgesehen ist, soll über Internet, Mobiltelefon, Telefon oder elektronische Informationspunkte an Bahnhöfen und Haltestellen zugänglich sein. Es ist auch vorgesehen, dass diese Informatikplattform in lokale Aktionspläne miteinbezogen wird. Die größeren Gemeinden oder Bezirksgemeinschaften können so Mobilitätszentralen errichten und damit einerseits Daten für die Informatikplattform zur Verfügung stellen und andererseits von den Informationen der Plattform profitieren.

Es stimmt, dass die Mobilitätszentrale im Koalitionsprogramm festgeschrieben ist. Auch im Regierungsprogramm des Landeshauptmannes ist sie erwähnt. Wir sind dabei, das Konzept für die Errichtung einer Mobilitätszentrale auszuarbeiten. Deshalb sehe ich keinen Grund für die Annahme dieses Beschlussantrages.

**KUSSTATSCHER (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Jeder, der einmal versucht hat, sich im Internet über Fahrpläne usw. zu informieren, wird festgestellt haben, dass wir da noch recht weit weg sind und dass es da sehr wohl die unterstützende Hand der Landesverwaltung braucht. Das, was die Bahn im Internet anbietet, ist wirklich sehr kümmerlich. Ich bin sicher, dass der neue Verkehrslandesrat noch nie versucht hat, die grüne Nummer zu wählen.

**WIDMANN (SVP):** Doch.

**KUSSTATSCHER (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Wie lange hast Du dann gewartet, lieber Thomas, bis Du endlich mit jemandem sprechen konntest? Das dauert meistens sehr lange.

Der Service am Bozner Bahnhof wird nur werktags und außerdem auch nur untermittags angeboten. Das ist jämmerlich! Wenn der Landesrat jetzt zumindest gesagt hätte, dass es einen Zeitplan gibt, innerhalb welchem man die Mobilitätszentrale errichten will, dann könnte ich mich damit abfinden, aber wenn man mir sagt, dass das bereits gemacht wird, dann ist mir zu wenig.

**PRÄSIDENTIN:** Wir stimmen über den Beschlussantrag ab.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Ich ersuche um namentliche Abstimmung.

**PRÄSIDENTIN:** Die Abgeordnete Kury und zwei weiteren Abgeordnete haben die namentliche Abstimmung beantragt. Wir beginnen mit der Nummer 9:

**HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Ja.

**HOLZMANN (AN):** Sì.

**KASSLATTER MUR (SVP):** (Abwesend)

**KLOTZ (UFS):** Ja.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Ja.

**KUSSTATSCHER (Grüne Fraktion–Gruppo Verde–Grupa Vërda):** Ja.

**LADURNER (SVP):** Nein.

**LAIMER (SVP):** Nein.

**LAMPRECHT (SVP):** Nein.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ja.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** (Abwesend)

**MINNITI (AN):** Sì.

**MUNTER (SVP):** Nein.

**MUSSNER (SVP):** Nein.

**PAHL (SVP):** Nein.

**PARDELLER (SVP):** (Abwesend)

**PÖDER (UFS):** Ja.

**PÜRSTALLER (SVP):** (Abwesend)

**SAURER (SVP):** (Abwesend)

**SEMPI (Unitalia – Movimento Iniziativa Sociale):** (Assente)

**STIRNER BRANTSCH (SVP):** Nein.

**STOCKER (SVP):** Nein.

**THALER ZELGER (SVP):** Nein.

**THEINER (SVP):** (Abwesend)

**UNTERBERGER (SVP):** Nein.

**URZÌ (AN):** (Assente)

**WIDMANN (SVP):** Nein.

**BAUMGARTNER (SVP):** Nein.

**BERGER (SVP):** Nein.

**BIANCOFIORE (Forza Italia):** Sì.

**CIGOLLA (Il Centro – Margherita):** No.

**DENICOLO' (SVP):** (Abwesend)

**DURNWALDER (SVP):** (Abwesend)

**FRICK (SVP):** (Abwesend)

**GNECCHI (Insieme a Sinistra – Pace e diritti/Gemeinsam Links – Frieden und Gerechtigkeit): (Assente)**

**PRÄSIDENTIN:** Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 9 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen. Somit ist der Beschlussantrag abgelehnt.

Die Behandlung der Tagesordnungspunkte 47 und 48 – Beschlussanträge Nr. 43/03 und Nr. 44/03 - wird auf die nächste Sitzungssession vertagt, da Landesrat Theiner heute entschuldigt abwesend ist.

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes 49 – Beschlussantrag Nr. 45/03 - wird ebenfalls auf die nächste Sitzungsfolge vertagt, da der Ersteinbringer, Abgeordneter Urzì, abwesend ist.

Punkt 50 der Tagesordnung: **“Beschlussantrag Nr. 46/03 vom 15.12.2003, eingebracht von den Abgeordneten Kury, Heiss und Kusstatscher, betreffend “Gegen die drohende Zunahme des Schwerverkehrs braucht es dringend Maßnahmen”.**

Punto 50 dell’ordine del giorno: **“Mozione n. 46/03 del 15.12.2003, presentata dai consiglieri Kury, Heiss e Kusstatscher, riguardante “Urgono misure per contrastare l’incombente aumento del traffico pesante”.**

*Ab 1. Januar 2004 fallen mit dem Auslaufen des Transitvertrages die bisher gültigen Beschränkungen der Lkws durch Tirol. Eine enorme Zunahme des Schwerverkehrs ist abzusehen. Südtirol ist davon unmittelbar betroffen. Zum Schutze der Gesundheit der Bevölkerung ist es dringend notwendig, auf lokaler Ebene Maßnahmen zur Einschränkung des Schwerverkehrs zu erlassen.*

*Die Landesregierung hat angekündigt, kontinuierlich an zwei Messstellen längs der Autobahn die Werte für Feinstaub (Pm10) und NOx erheben zu lassen. Wenn an 35 Tagen im Jahr die Grenzwerte überschritten werden, sollen laut Presseberichten zeitlich beschränkte Fahrverbote für Lkw ins Auge gefasst werden, die mit Euro 0 und Euro 1 Motoren ausgestattet sind.*

*Diese Maßnahmen erscheinen uns ungenügend.*

*Was besonders beunruhigt, ist die Tatsache, dass die gesamte Problematik der Lärmbelastung, der die Anrainer längs der Transitrouten genauso ausgesetzt sind, wie der Luftverpestung und die ebenfalls nachweislich krank macht, in keiner Weise berücksichtigt wird. Regelmäßige Erhebungen der Werte und Maßnahmen bei Überschreitung sind unerlässlich.*

*Als Präventivmaßnahme erscheint die Einführung eines Nachtfahrverbotes auf der Autobahn und den möglichen Ausweichrouten auf den Staatsstraßen besonders sinnvoll, weil dadurch zweierlei bewirkt wird: einerseits wird den Anrainern die Nachtruhe gesichert UND zugleich die Luftverschmutzung eingeschränkt. Es ist nämlich erwiesen, dass in den Alpen die Immissionsbelastung durch ein Schwerverfahrzeug in*

*der Nacht sechsmal höher als tagsüber ist und dass deshalb ein Nachtfahrverbot auch lufthygienisch sinnvoll ist.*

*Akuter Handlungsbedarf besteht auch in punkto Fahrsicherheit. Es gibt in ganz Südtirol keine Lkw-Kontrollstelle, die die Einhaltung der Vorschriften bezüglich Fahrzeiten, Ladegewicht, Ladegut, Sicherheitsstandards u. ä. kontrolliert. Auch ergibt sich die Frage, wie die von der Landesregierung angekündigten Fahrbeschränkungen für Lkw der Klasse Euro 0 und Euro 1 Motoren garantiert werden können, wenn es keine Lkw-Kontrollstellen gibt.*

*Dies alles vorausgeschickt,*

*beauftragt*

#### **DER SÜDTIROLER LANDTAG**

*die Landesregierung:*

- zusätzlich zu den Luftwerten auch die Lärmbelastung längs der Autobahn kontinuierlich zu erheben und die Daten zu veröffentlichen;*
- Maßnahmen zu setzen, die bei Überschreitung der Grenzwerte sofort umgesetzt werden müssen;*
- ein Nachtfahrverbotes für Schwerverkehr auf der Autobahn und den möglichen Ausweichrouten zu erlassen;*
- LKW-Kontrollstellen einzurichten.*

-----

*A partire dal 1° gennaio 2004 vengono a mancare con lo scadere dell'accordo sul traffico di transito le limitazioni finora in vigore per i mezzi pesanti che transitano in Tirolo. Ciò porterà inevitabilmente ad un enorme aumento del traffico pesante che interesserà direttamente anche l'Alto Adige. Per tutelare la salute della popolazione urgono misure volte a limitare a livello locale il traffico pesante.*

*La Giunta provinciale ha annunciato di voler far verificare costantemente i valori delle polveri sottili (Pm10) e NOx, predisponendo due centraline di rilevamento lungo il tratto autostradale. Secondo quanto riportato dagli organi di stampa, se si dovessero superare i valori soglia per 35 giorni complessivi in un anno, verrebbe introdotto un divieto di transito a tempo determinato per i mezzi pesanti dotati di motori Euro 0 ed Euro 1.*

*Queste misure ci paiono tuttavia insufficienti.*

*Quello che preoccupa è il fatto che non viene assolutamente considerata l'intera problematica dell'inquinamento acustico, cui è esposta la popolazione residente lungo le arterie in questione, e dell'inquinamento atmosferico, causa accertata di numerose patologie. Pertanto è indispensabile effettuare regolarmente delle misurazioni e prevedere misure in caso di superamento dei valori soglia.*

*Quale misura preventiva si potrebbe introdurre il divieto di transito notturno lungo l'autostrada e lungo le strade statali che potrebbero essere utilizzate in alternativa; in tal modo si prenderebbero due piccioni con una fava: primo, si garantirebbe ai residenti la quiete notturna e, secondo, si limiterebbe contemporaneamente l'inquinamento atmosferico. E' infatti dimostrato che le sostanze inquinanti emesse di notte nell'atmosfera dai mezzi pesanti è di sei volte superiore a quelle registrate di giorno e che, pertanto, un divieto del traffico notturno è opportuno anche per garantire la qualità dell'aria.*

*Urgono misure anche per quanto riguarda la sicurezza stradale. In tutto il territorio provinciale non esiste un solo punto di controllo dei*

*mezzi pesanti dove venga verificato il rispetto delle norme in merito a: durata del viaggio, peso di carico, merce trasportata, standard di sicurezza ecc. Oltre a ciò ci chiediamo come si intenda garantire il rispetto delle limitazioni annunciate dalla Giunta provinciale per i mezzi pesanti dotati di motori Euro 0 ed Euro 1, se non vi sono punti di controllo.*

*Tutto ciò premesso*

**IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO**  
*incarica*

*la Giunta provinciale di:*

- misurare e pubblicare regolarmente i valori riguardanti sia l'inquinamento atmosferico che quello acustico lungo l'autostrada;*
- prevedere misure da attuarsi non appena si superino i valori soglia;*
- disporre un divieto di circolazione notturna per i mezzi pesanti sia lungo l'autostrada che lungo i percorsi alternativi;*
- prevedere punti di controllo per i mezzi pesanti.*

Herr Abgeordneter Heiss, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

**HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Danke, Frau Präsidentin! Der vorliegende Beschlussantrag ist relativ kurz, enthält aber eine Reihe von Punkten, die verschiedene Aspekte betreffen. Einerseits geht es um den Aspekt einer Verbesserung der Information, andererseits um konkrete Maßnahmen, die in diesem Zusammenhang zu setzen sind. Wir alle wissen, dass der Transitvertrag mit 1. Jänner dieses Jahres gefallen ist. Erste Werte haben zwar gezeigt, dass der Lkw-Verkehr bis dato noch nicht in einem umfassenden Maß zugenommen hat, aber trotzdem ist Vorsicht geboten, denn die vorläufige Zurückhaltung liegt gewiss auch an der schwächelnden Konjunktur, die aber in absehbarer Zeit wieder anspringen dürfte.

Dieser Beschlussantrag ist noch vor Jahresende eingebracht worden, und man muss anerkennen, dass einzelne Teile desselben bereits umgesetzt worden sind. Die Landesregierung hat inzwischen eine Messstelle eingerichtet - bei Schrambach -, um die Luftwerte zu erheben. Eine zweite Messstelle soll im Unterland errichtet werden. Die Messwerte sind zwar noch nicht öffentlich bekannt, aber das, was bisher aus dem Umfeld des Amtes für Luft und Lärm hervorgeht, ist alles eher als beruhigend. Die Werte entsprechen durchaus – so hat es Amtsdirektor Lantschner hervorgehoben – dem, was im innerstädtischen Bereich an Feinstaub- und Stickoxydkonzentration anfällt. Deshalb war die Einführung zumindest einer Messstelle eine überfällige Maßnahme, und wir hoffen sehr, dass es in diesem Bereich zu einer verbesserten und intensiveren Informationspolitik kommt.

Ein zweiter Aspekt, der für lange Zeit völlig unterbelichtet war, ist die Lärmbelastung durch die Autobahn. Wer entlang einer Transitstrecke wohnt, wie auch wir Eisacktaler, der hat die Möglichkeit festzustellen, wie sehr der nächtliche Lkw-Verkehr die Anrainer belastet. In dieser Hinsicht ist ein Eingreifen und ein Monitoring gefragt, um Grenzwerte klar festzuhalten.

Der Vergleich mit der Situation des Bundeslandes Tirol zeigt, zu welchen Effekten ein sorgfältiges Monitoring führt. Es ist erfreulich, wenn auch unbefriedigend, dass auch bei uns Ansätze in diese Richtung unternommen werden. Vor allem hinsichtlich des Nachtfahrverbotes wäre es dringend notwendig, Maßnahmen zu setzen, die zu greifen beginnen. Schließlich ist allseits bekannt, dass der Schwerverkehr in der Nacht aufgrund der veränderten Inversionslage ungleich höhere Emissionen entwickelt, die dann zu Lasten der schlafenden oder Diskos besuchenden Bevölkerung gehen. In diesem Bereich besteht akuter Handlungsbedarf. Wir halten es vor allem auch für wichtig, dass in Südtirol ähnlich wie im Bundesland Tirol eine Kontrollstelle eingeführt wird. Die Kollegen Kusstatscher und Kury waren erst vor kurzem in Kundl und konnten sich davon überzeugen, wie eine solche Kontrollstelle funktioniert. Die Einrichtung einer solchen Kontrollstelle wäre auch für Südtirol eine dringende Anforderung.

Unser Beschlussantrag betont den Informationsaspekt sehr stark. Die Landesregierung soll aufgefordert werden, das Monitoring zu verstärken, das Nachtfahrverbot für den Schwerverkehr analog zum Bundesland Tirol in Betracht zu ziehen und die Lkw-Kontrollstellen als wichtiges Instrument der Kontrolle und des sofortigen Eingriffes in Kraft zu setzen.

**KLOTZ (UFS):** Der Appell der Ärzte hat gezeigt, dass hier Handlungsbedarf besteht. Der Zuwachs von Krebserkrankungen, aber auch Erkrankungen der Atemwege, vor allen Dingen bei Kindern, ist auch nachgewiesen. Deshalb besteht sicher kein Zweifel daran, dass hier sehr viel mehr unternommen werden muss. Irgendwann müssen wahrscheinlich drastische Maßnahmen gesetzt werden, denn hier geht es um eines der wichtigsten Rechte, nämlich um das Recht auf Unversehrtheit. Es geht also um die Frage, was auf lange Sicht wichtiger ist: die Gesundheit oder der uneingeschränkte Transit. Wenn man in der Politik Entscheidungen trifft, dann muss man auch die langfristigen Bedürfnisse und nicht nur die kurzfristigen Profite im Auge haben.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch einige Fragen stellen. Letzthin haben wir gehört, dass es in Bezug auf die "rollende Landstraße" einige Probleme gibt. Wir wissen, dass auch der Huckepack-Verkehr nicht funktioniert. Das bedeutet, dass das Angebot der Eisenbahn nicht funktioniert. Meine Frage: Inwiefern hat Südtirol die Möglichkeit der Einführung eines Nachtfahrverbotes in Betracht gezogen? Wir wissen, welche Schwierigkeiten es diesbezüglich in Nord- bzw. Osttirol gegeben hat, und ich glaube mich daran erinnern zu können, dass wir bereits x Mal darüber diskutiert haben und dann darauf hingewiesen worden ist, dass Südtirol diese Möglichkeit nicht habe. Mir kann es nur Recht sein, wenn man mir sagt, dass wir die Zuständigkeit für den Erlass eines Nachtfahrverbotes haben. Wenn das Nachtfahrverbot sinnvoll ist, dann bin ich natürlich vollkommen damit einverstanden, aber ich frage mich schon auch, ob es dann nicht so sein wird, dass untertags mehr Lkw's unterwegs sind. Nachdem die "rollende Landstraße" und der Huckepack-Verkehr nicht funktionieren, wird die An-



zahl der Lkw's, die untermittags unterwegs sind, steigen. Außerdem hat man ja auch gehört, dass das Angebot der Eisenbahn oft sehr unverlässlich ist, weil man nicht weiß, wo und wann die Waren unterwegs sind. Ein Unternehmer hat mir gesagt, dass er sich einen Transport der Waren mit der Eisenbahn nicht leisten könne, da er immer wieder recherchieren müsse, wo sich die Waren gerade befinden. Deshalb hört sich der gute Wille irgendwann auch auf. Kann man ausschließen, dass sich der Lkw-Verkehr infolge solcher Maßnahmen noch mehr auf die Zeiten untermittags konzentrieren wird?

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Dass es gegen die drohende Zunahme des Schwerverkehrs Maßnahmen braucht, ist uns allen klar. Der Transitvertrag zwischen Österreich und der EU ist ausgelaufen, ohne dass eine Nachfolgeregelung ausgearbeitet worden wäre, die die ursprüngliche Zielsetzung weiterverfolgen würde. Die Zielsetzung dieses Vertrages, nämlich die Reduzierung der Schadstoffe, wurde nicht erreicht. Wir haben in den vergangenen Monaten Aussagen von Ärzten gehört, die nachweisen, dass die Krankheitsbilder vor allem bei Kindern zunehmen, dass es neue Krankheitsbilder gibt und dass es durch die Zunahme des Verkehrs zu Erkrankungen der Atemwege vor allem bei Kindern kommt. Die Basler Studie weist sogar nach, dass aus den direkten Folgen des Verkehrs jährlich so und so viele Tote erwachsen.

Was muss man dagegen tun? Meiner Meinung nach darf man es nicht so einfach machen und den Lkw als den alleinigen Sündenbock darstellen. Ich erinnere daran, dass die Südtiroler Transporteure wirklich alle Anstrengungen unternommen haben, um den Fuhrpark so zu erneuern, dass er den Erfordernissen der heutigen Zeit entspricht. Ich weiß natürlich nicht, wie viele Südtiroler Lkw's noch mit Euro-0- bzw. Euro-1-Motoren unterwegs sind. Klar ist, dass man diese aus dem Verkehr ziehen muss, und das wird sich die öffentliche Hand etwas kosten lassen müssen. Sonst haben die kleinen Transporteure keine Chance zu überleben. Es gibt ein paar Große, die hier alles zudecken und diese haben kein Problem damit, aber die Kleinen haben effektiv ein Problem. Die Bedürfnisse der Bevölkerung stehen nicht so sehr den Interessen der kleinen Frächter gegenüber, denn Letztere tun ja nichts anderes als unsere Bedürfnisse zu erfüllen. Weil wir nicht in der Lage waren, auch nur einen kleinen Teil des Schwerverkehrs von der Straße auf die Schiene zu verlegen, ist das Problem jetzt natürlich noch akuter. Aufgrund des Auslaufens des Transitvertrages droht natürlich eine Zunahme des Lkw-Verkehrs. Das steht außer Frage! Die EU-Osterweiterung wird auch noch einige Probleme mit sich bringen, denn die dortigen Frächter werden nicht sofort in der Lage sein, ihren Fuhrpark umzurüsten. Wie wir das alles aussperren können, weiß ich nicht. Ich teile die Sorgen der Kollegin Klotz, denn wenn wir ein Nachtfahrverbot verhängen würden, dann hätten wir wahrscheinlich untermittags umso mehr Verkehr. Für die Nachtruhe wäre zwar gesorgt, aber die Schadstoffe am Tag wären dann wahrscheinlich noch stärker. Das muss man genau prüfen, bevor man hier irgendwelche Maßnahmen setzt. Mit der grundsätzlichen Ausrichtung des Beschlussantrages bin ich selbstverständlich einverstanden.

**KUSSTATSCHER (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):**

Zu den von den Abgeordneten Klotz und Leitner gestellten Fragen kurz Folgendes: Es ist selbstverständlich, dass der Verkehr untertags etwas höher sein wird, wenn ein Nachtfahrverbot erlassen wird. Allerdings ist eindeutig bewiesen, dass die Inversionslage in der Nacht und vor allem in den Wintermonaten bedeutend stärker ist als bei Tag und dass die ganzen Schadstoffe, die am Boden liegen bleiben, erst mit Sonnenaufgang aufsteigen können. Ein Teil von Österreich hat Gott sei Dank bereits ein Nachtfahrverbot verhängt, und somit kommen auch wir indirekt in diesen Genuss des Nachtfahrverbots. Gleichzeitig haben wir aber das Problem – vor allem im Raum Sterzing -, dass die Lkw's möglichst nahe an den Brenner heranfahren und dann bei laufenden Motoren stehen bleiben. Deshalb wäre das Nachtfahrverbot auch bei uns sinnvoll. Es wäre auch gleichzeitig ein Druckmittel, dass mehr Unternehmer ihre Waren mit der Eisenbahn transportieren. Die Unternehmer sagen, dass sie nur das tun, was ihre Kunden wollen. Das ist in Ordnung. Wenn der Transport dann aber teurer wird, dann wird das dem Kunden aufgerechnet, und für lokale Wirtschaft ist es ja gut, wenn die lokalen Produkte billiger werden. Es kann ja nicht sein, dass der Golden Delicious, der aus Südamerika kommt, billiger ist als der vor der Haustür produzierte.

**WIDMANN (Landesrat für Personal, Tourismus, Verkehr und Transportwesen, Handel und Dienstleistungen – SVP):** Zu Punkt 1. Für die Luft- und Lärmverschmutzung ist das Amt für Luft und Lärm zuständig, das im Rahmen der gesetzlichen und technischen Möglichkeiten Messungen an verkehrsreichen Straßen durchführt und über die entsprechenden Daten verfügt. Die Landesregierung hat ja erst vor kurzem beschlossen, noch zusätzliche Messstellen zu errichten.

Zu Punkt 2. Im Weißbuch der Europäischen Union zur Verkehrspolitik bis 2010 ist das Prinzip der Kostenwahrheit durch die sogenannten externen Kosten ergänzt worden. Diese externen Kosten beinhalten auch Werte für Luftverschmutzung und Lärm. Die im Weißbuch angekündigte Wegkostenrichtlinie "Eurovignette", die sich allerdings verzögert hat, wird es ermöglichen, die Mautgebühr auch auf Südtiroler Seite deutlich zu erhöhen. Weitere Möglichkeiten, die über die bereits geplanten hinausgehen, sind im Moment nicht auszumachen. Letztlich ist der Aktionsplan abzuwarten, der zur Zeit von der Landesagentur für Umweltschutz erstellt wird.

Zu Punkt 3. Das Land hat keine Möglichkeit, ein generelles Nachtfahrverbot für Lkw's einzuführen. Ein Nachtfahrverbot kann zwar im Rahmen des obgenannten Aktionsplanes vorgesehen werden, kann aber, genauso wie in Nordtirol, nur für eine gewisse Zeit verhängt werden.

Zu Punkt 4. Die Ordnungskräfte – Polizei und Carabinieri – sind in der Lage, vor Ort Fahrtschreiber zu überprüfen. Im letzten Jahr wurden insgesamt 3.895 Kontrollen durchgeführt, wobei bei 1.188 Lkw's Vergehen festgestellt wurden, die vor allem die Höchstüberschreitung des zulässigen Gesamtgewichts ausgemacht haben.

Ich könnte mir vorstellen, dass die Punkte 1 und 2 des Beschlussantrages angenommen werden können, nicht aber die Punkte 3 und 4.

**BAUMGARTNER (SVP):** Frau Präsidentin, ich ersuche Sie, die Sitzung kurz zu unterbrechen, damit wir über einen eventuellen Kompromiss in Bezug auf die Punkte 3 und 4 des Beschlussantrages reden können.

**PRÄSIDENTIN:** In Ordnung. Die Sitzung ist kurz unterbrochen.

ORE 17.41 UHR

-----

ORE 18.02 UHR

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

**GIORGIO HOLZMANN**

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

**PRESIDENTE:** Riprendiamo la seduta. Chiedo alla collega Kury se possiamo rinviare questo punto.

**KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda):** Herr Präsident, wir ersuchen um Vertagung der Weiterbehandlung dieses Beschlussantrages, damit wir uns vielleicht doch noch auf einen Kompromiss einigen können. Zugleich ersuche ich um Vertagung der Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes, weil das Thema identisch ist. Bei der nächsten Sitzung werden wir dann vielleicht wissen, wie sich die Landesregierung zu diesen beiden Beschlussanträgen verhält. Ich ersuche auch um Vertagung der Behandlung aller restlichen Beschlussanträge, die unsere Unterschrift tragen.

**PRESIDENTE:** Prendo atto della decisione della collega Kury. Anche i consiglieri Leitner e Seppi hanno chiesto il rinvio delle loro mozioni. Tenuto conto che manca anche il Presidente della Giunta che potrebbe rispondere alla mozione di cui al punto n. 54 dell'ordine del giorno, chiudo la seduta.

La seduta è tolta.

ORE 18.03 UHR

## **SITZUNG 8. SEDUTA**

**3.2.2004**

Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:  
Sono intervenuti i seguenti consiglieri:

Baumgartner (74)  
Cigolla (17,22)  
Frick (19)  
Gnecchi (39,44)  
Heiss (43,70)  
Klotz (7,8,13,14,30,31,32,38,43,58,71)  
Kury (3,4,9,10,11,12,23,24,32,59,60,74)  
Kusstascher (5,6,28,29,64,65,73)  
Laimer (4,9,11,23,54,55,60)  
Leitner (15,16,18,19,20,21,21,22,25,26,27,28,41,45,47,49,50,53,59,72)  
Mussner (15,20)  
Pürgstaller (15,17,18)  
Saurer (36)  
Seppi (33,35,37,38)  
Theiner (13,31)  
Widmann (5,7,25,27,29,49,65,73)